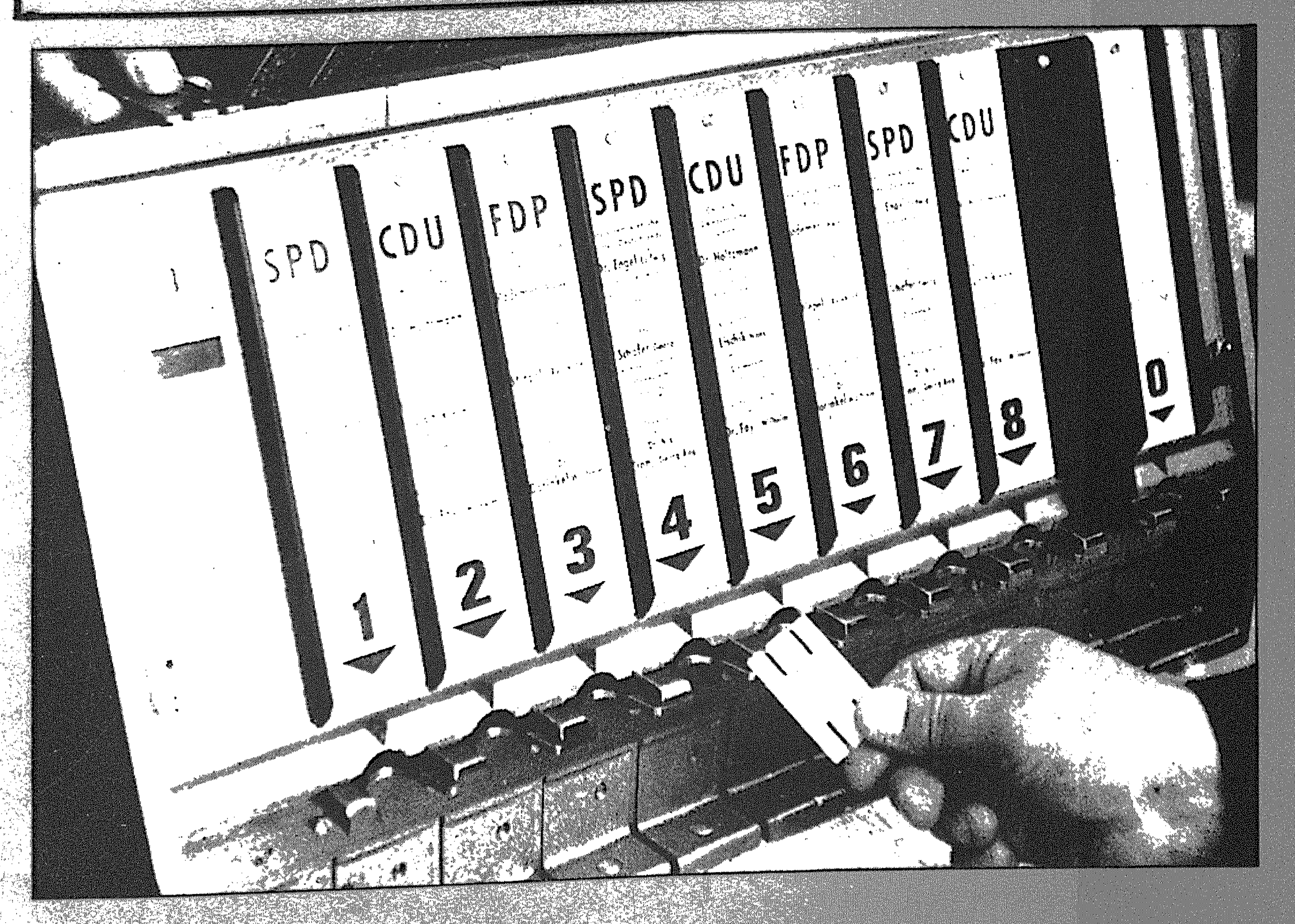
W 3696 F
NR. 9, 4/82
4.-DM

schwarzer FADEN

ANARCHISTISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT



- Ökologie und Ökonomie
- Palästinenser
- Nationalrevolutionäre
- Subversive Utopie
- Anarchisten in Polen

AUFRUF AN DIE LESER

Die Zahl der Abonennten steigt (auf 1022), die Spenden kommen zwar spärlich, aber sie kommen; der Postvertrieb verbilligt das Porto und den Satz machen wir inzwischen selbst, so daß er uns nur die Abzahlungsraten für die Maschine kostet. Und trotzdem haben wir Geldprobleme, der Grund liegt ganz einfach an der schlechten Zahlungsmoral vieler Bezieher. Um es einmal genau zu sagen: der SF hat 3348,50 DM ausstehende Rechnungen, deshalb also an alle, die es betrifft, die dringende Bitte, das Geld sofort zu überweisen. Aufgrund unserer Preiserhöhung und den vorgenommenen Umstellungen wäre es möglich, den Umfang des SF zu erweitern, (was wir mit dieser Nummer mal versuchen), - stattdessen sind wir zur Kürzung nahezu jeden Beitrags gezwungen. Trotz dieser Tatsachen erstmal Dankeschön, daß sich kein Buchladen, kein Abonennt und fast kein Wiederverkäufer aufgrund der Preiserhöhung für eine ABO-Kündigung entschieden hat.

Seit der Nr.8 hat der SF einen Herausgeber; dies wurde notwendig, weil das Postzeitungsgesetz eine Person oder eine öffentlich rechtliche Körperschaft als Herausgeber verlangt; erfüllen wir dies nicht, wird der SF nicht für den Postvertrieb zugelassen.

Nun finden wir jedoch, daß eine anarchistische Zeitschrift als "Ein-Mann-Unternehmen ein Unding ist. Eine Möglichkeit dem zu entgehen und gleichzeitig den SF auf eine breitere Basis zu stellen, wäre die Gründung eines Vereins "FORUM FÜR LIBERTÄRE INFORMATIONEN e.V." bei dem sowohl einzelne, wie auch Projekte Mitglied werden können. Wir versprechen uns von diesem Schritt (der seine Entsprechung in der "Zeitungskooperative e.V." der Berliner RADIKAL hat) eine größere rechtliche und finanzielle Absicherung, eine Einstiegsmöglichkeit um beim SF in irgendeiner Form mitzuarbeiten (ohne Bedingung zu sein!) und so die Vielfältigkeit der Zeitschrift zu vergrößern, sowie eine verstärkte Diskussion unter den Mitgliedern, die sich auf die redaktionelle Arbeit nur positiv auswirken kann. Da laut Vereinsrecht jährliche Mitgliederversammlungen stattfinden müssen und wir andererseits daran gedacht hatten, zu bestimmten Themen Diskussionen, Arbeitssitzungen o.ä. zu organisieren um den Austausch vieler vereinzelter Individuen und Kleingruppen zu ermöglichen bzw. um sich aktuelle Einschätzungen zu erarbeiten, sehen wir in dieser Gründung - keine typisch deutsche Vereinsmeierei, schon gar nicht eine anarchistische Ersatzorganisation,- sondern die Möglichkeit zu zu größerer Kommunikation bei gleichzeitiger Erweiterung der Basis dieser Zeitschrift. Wir wünschen uns deshalb die Mitgliedschaft vieler regelmäßiger Leser und insbesondere unserer bisherigen Mitarbeiter; aber auch diejenige von anarchistischen und undogmatischen Projekten, Verlagen, Druckereien und Individuen etc. Der Jahresmitgliedsbeitrag wird auf 20.-DM festgesetzt und enthält neben dem SF-ABO weitere interne Rundschreiben, die sich auf die Zeitung beziehen. (Die unumgängliche Satzung, die wir als notwendiges Übel betrachten, bekommt jede/r die/der Mitglied wird bzw. werden will zugeschickt; zur Veröffentlichung dieses formaljuristischen Teils ist uns der Platz im Faden zu schade; auch Diskussionen um Satzungsinhalte sind natürlich nicht beabsichtigt, wir wollen die bürgerliche Biederkeit ja nicht betreiben sondern als Vehikel benutzen.

Wer also Lust hat, in Zukunft den SF mittragen, sollte uns dies sofort mitteilen. Die erste "Mitgliederversammlung" dürfte dann im Frühjahr 83 stattfinden,...von Bewerbungen um die Vorstandspöstchen bitten wir abzusehen.



IMPRESSUM

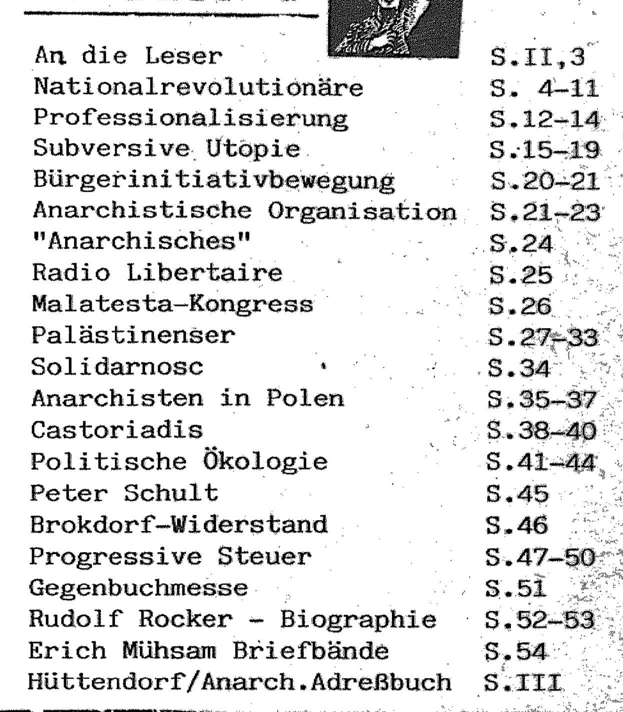
Herausgeber:Wolfgang Haug, Reutlingen; V.i.S.d.P.: Horst Blume, Schleusenweg 10, 47 Hamm; namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder presserechtlich Verantwortlichen wieder. Auflage: 1500 Exemplare; Satz: Trotzdem-Verlag; Photos: Welf, Nando u.a.; Druck: Winddruck-Kollektiv, Anzhausen; Weiterverarbeitung: ANARES-Gruppe, Köln; Erscheinungsweise: vierteljährlich; Konto: Friederike Kamann Postscheckkonto Stuttgart - Nr. 57463-703; Redaktionsanschrift: SCHWARZER FADEN, Obere Weibermarktstr.3, 741 Reutlingen, Tel.:07121/370494

ISSN: 0722-8988; Nachdrucke gegen Quellenangabe und Belegexemplare ausdrücklich erwünscht! SALUD...

Neben der Werbung um Einzelabonnenten suchen wir vor allem Wiederverkäufer, die den SF in Gegenden verkaufen, in denen es keinen linken Buchladen gibt bzw. dieser den SF nicht führt. Wir liefern gegen 30% Rabatt + Portokosten. Wiederverkäufer können alle sein, die mehr als ein Exemplar des SF abnehmen. Bei größeren Mengen gibt es Rückgaberecht. Wir stellen uns das so vor, daß ihr uns nach einem halben Jahr (so schnell veralten die Nummern ja nicht) unverkaufte Exemplare zurückschickt und dafür aktuelle bekommt, bzw. bei neuer Lieferung weniger von uns berechnet wird. Dies dürfte das Risiko für den einzelnen recht gering halten. In manchen Fällen, nach vorheriger Absprache mit uns, können alte Nummern statt an uns zurückgeschickt zu werden auch in den lokalen Knast bzw. an Juzes etc. verschenkt werden. Wir hoffen, daß über aktive einzelne und Gruppen der Strassenverkauf (zur Zeit 232 Exemplare) den Verkauf in Buchläden (zur Zeit 459 Ex.) bald erreicht hat.

4 Nummern SF-ABO: 15.-
8 Nummern SF-ABO: 30.-
FLI e.V.: 20.- DM
Postscheckkonto Stuttgart
F.Kamann
Ktonr.: 57463-703
REDAKTION:SCHWARZER FADEN
Obere Weibermarktstr.3
7410 Reutlingen
REDAKTIONSSCHLUß Nr.10 (1/83): 15.2.83

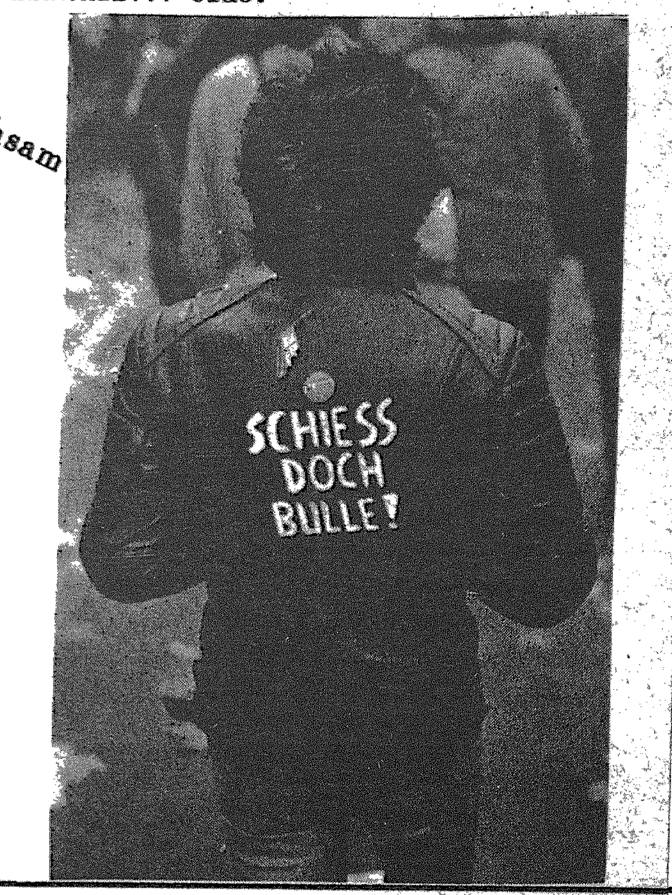
Inhalt



16 (!) Seiten mehr als üblich, hoffentlich bricht uns das finanziell nicht endgültig den Kragen..., aber zum Schluß noch mal ne Bitte: Unser Photoarchiv ist langsam aufgebraucht, deshalb schickt uns bitte Aufnahmen aller Art;d.h. von Demos, von bundesdeutscher Wirklichkeit und gelebter ANARCHIE!!! Ciao.

Wo nehm ich Geld und Reichtum her?
So merk: Sei Deines Nächsten Gast!
Pump von ihm, was du nötig hast.
Sei's selbst sein letzter Kerzenstumpen —
besinn dich nicht, auch den zu pumpen.
Vom Pumpen lebt die ganze Welt.
Glück ist und Ruhm auf Pump gestellt.
Der Reiche pumpt den Armen aus,
vom Armen pumpt auch noch die Laus,
und drängst du dich nicht früh zur Krippe,
das Fell zieht man dir vom Gerippe.
Drum pump, mein Sohn, und pumpe dreist!
Pump anderer Ehr, pump anderer Geist.
Was andere schufen, nenne Dein!
Was andere haben, steck dir ein!
Greif zu, greif zu! Gott wird's dir lohnen.
Hoch wirst du ob der Menschheit thronen!

Erich Mühsam



SPENDENLISTE ZUR FÖRDERUNG DES SF:

M.B., Mannheim: 50.-; K.N., Euskirchen:10.-
C.W.,Mönchengladbach:10.-; S.B.,Wetter:50.-
H.B.,Bonn: 5.-; O.R.,Laufenburg:10.-;
U.J.,Nordhorn:20.-

NATIONALREVOLUTIONÄRE

aus anarchistischer Sicht



Weltpolitik aus der Perspektive von Gartenzwergen

von Horst Blume

Wenn es in den letzten Jahren um Umweltschutz- oder Friedenspolitik ging, tauchte in den Diskussionen unter den Linken immer häufiger der Hinweis auf die Nationalrevolutionäre (NR) auf, ohne daß eine genauere Vorstellung darüber bestand, welche engumrissene Gruppe damit gemeint ist, was sich letztenendes hinter dem Streben nach "nationaler Identität" für ein Politikverständnis verbirgt und wie man dieses Phänomen nun beurteilen soll. Bei den Anarchisten ist die Situation heut nicht anders. Dabei hat es vor 1933 zwischen Nationalrevolutionären und Anarchisten gemeinsame Diskussionen gegeben und auch jetzt beziehen sich stellenweise Angehörige der beiden Richtungen in inhaltlichen Fragen aufeinander und arbeiten in der Werbung für Bücher und Zeitschriften zusammen.

I. RÜCKBLICK

Ende der 20er Jahre, wo ein starker Aufschwung der NSDAP zu verzeichnen war, passte sich die KPD der nationalen Euphorie an, um die Anhänger eines wie auch immer gearteten "nationalen Sozialismus" auf ihre Seite zu ziehen. Die Nationalrevolutionäre um Niekisch kamen verstärkt ins Gerede und von der NSDAP lösten sich einige 'linke' Gruppierungen unter der Führung von Straßer ab. Das Verhalten der KPD stieß bei den Anarchisten auf wenig Gegenliebe: "Statt die nationalen Revolutionäre zum eigenen Internationalismus zu gewinnen, statt kameradschaftlich und sachlich sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sie von ihren Rassenvorurteilen, ihrer Kriegsromantik, ihrem Nationalismus abzubringen zur Erkenntnis der allen Ausgebeuteten gleichen Klassenlage, die über die Grenzen weg gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrückung verlangt, übernimmt übernimmt die KPD im Gegenteil den ganzen nationalistischen Wortschatz der Hakenkreuzler und präsentiert sich damit einfach den Straßerfreunden als allein legitimierte Erbin des Hitlervermächtnisses."(1) Die Anarchisten hielten nichts von den rüden Methoden, denen sich KPD und NSDAP bedienten um sich gegenseitig zu bekämpfen, sondern setzten vielmehr auf die geistige Auseinandersetzung mit allen Gruppen guten Willens.

So fand am 20.11.1930 in Berlin eine überfüllte Diskussionsveranstaltung zwischen dem "Kampfbund Revolutionärer Nationalsozialisten" und der "Anarchistischen Vereinigung Berlin" unter der Leitung von Erich Mühsam statt. Die Referenten Straßer auf der einen und Rudolf Rocker auf der anderen Seite stellten ohne gegenseitige Zugeständnisse ihre Auffassungen vor. Der geistige Schlagabtausch fand ohne Gehässigkeiten statt und wurde von Ehrich Mühsam als vorbildlich angesehen.(2) Eine zweite gemeinsame Veranstaltung kam ebenfalls noch zustande.

Die auffällig schnelle Wandlung einiger Personen von dem extremen Nationalismus zum "nationalen Revolutionär" erfüllte allerdings viele Anarchisten mit Skepsis. So fragt Erich Mühsam berechtigterweise nach den Hintergründen, die zu dem Übertritt des nationalsozialistischen Reichswehrleutnants Scheringer zur nationalistischen KPD geführt haben: "Wäre der nationalistische Offizier auch für die KPD zu gewinnen gewesen, wenn dort nicht seit dem Wahlaufruf

vom letzten Sommer anstelle der früheren Bekenntnisse zur Weltrevolution die Parole der "nationalen" Revolution getreten wäre? Wäre der junge Scheringer auch für Klassenaktionen zu gewinnen gewesen, die neuerdings bei der KPD durch Aufrufe zur "Volks"aktion abgelöst sind? Hätte er das schneidige Linksum-Kehrt fertig gebracht, wenn er nicht die Rote Fahne von oben bis unten mit militärischen Ausdrücken bestickt sähe?

Achtung! Oeffentl. Versammlung!

Fortsetzung der Aussprache zwischen der **Anarchistischen Vereinigung** und der **Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten**

Am Donnerstag, den 8. Januar in den Hohenstaufensälen Cottbusser Damm 76 (großer Saal).

Genosse **Rudolf Rocker** und **Dr. Otto Straßer** sprechen über

„Autorität, Führertum, Staat."

(...) Die Radikalnationalisten um Otto Straßer, Niekisch, Paetei, Jünger stellten längst fest, daß die Kommunisten sich ihres Streitrosses bemächtigt haben. Kein Zweifel, daß sich das rotumsäumte Sattelzeug hübsch ausnimmt, und kein Wunder, daß es dieselben Reiter zum Aufsitzen reizt, die es ohnehin eingeritten haben. Nicht der nationalistische Offizier ist zu den Kommunisten gekommen, sondern die Kommunisten sind ihm entgegengereist." (3)

Die Beziehungen zwischen NR und Anarchisten erfuhren in der Folgezeit keine sonderliche Weiterentwicklung mehr, da die Anarchisten sich als Multiplikator für nationalistische Propaganda zu schade waren und die NR erkennen mußten, daß bei den Anarchisten für sie nicht viel zu holen war: "Wir wollen uns gern mit den revolutionären Kräften auch in der nationalistischen Bewegung unterhalten. Aber wir wollen dabei nicht ihre Ideen vertreten, sondern unsere." (4)

II. DIE NEUERE ENTWICKLUNG

In den 60er und 70er Jahren existierten weitgehend Abseits von der großen Medienöffentlichkeit kleinere NR-Zirkel, die sich um verschiedene Zeitungen gruppierten. Auch in der heute 27 Jahre alten seriös-neutralistischen "Neue Politik" hatten NR eine Möglichkeit gefunden, ihre Ansichten darzulegen. Die seit 1975 in München herausgegebene "Neue Zeit" markiert einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der bis dahin noch ziemlich rechtslastigen NR, weil sich in ihr erste ernstzunehmende, sich als links verstehende Strömungen durchzusetzen beginnen. Im Dezember 1979 wurde mit "Wir selbst - Zeitschrift für nationale Identität" das heute mit 7000 Exemplaren weitverbreiteste Publikationsorgan der linken NR gegründet. "Wir wollen die Neuschaffung eines unabhängigen, geeinten Deutschlands in einem Europa freier Völker und kämpfen für den weltweiten Befreiungsnationalismus", heißt es in der Selbstverständniserklärung der Redaktion und sie glaubt folgende "Einzelforderungen" in einen Gesamtzusammenhang stellen zu müssen (5fache Revolution*): "Ethnopluralismus, ökologische Lebensgestaltung, humaner Sozialismus, dezentrale Wirtschaftsordnung, kulturelle Erneuerung, Basisdemokratie." Die auch an Kiosken vertriebene Zeitschrift bezieht sich stark auf die Öklolgiebewegung, den Regionalismus, Befreiungsbewegungen (ETA,IRA) und versucht - teilweise mit Erfolg - auf die Grünen einzuwirken.

Die mit 500 Exemplaren in Düsseldorf erscheinende Zeitung "Laser - nationalrevolutionäre Perspektiven für eine sozialistische Demokratie" hat mit ihren z. T. auf hohem theoretischen Niveau geschriebenen Beiträgen zur Selbstfindung der linken NR beigetragen. Gewissermaßen als Nachfolgepublikation von "Laser" erschien Ende 1981 die Vierteljahreszeitschrift "Aufbruch - Beiträge zur nationalrevolutionären Politik" in Menden/Sauerland. Die verbalradikalen Adjektive, die sie sich hintereinander in den bisher 4 Nummern zugelegt hat (konsequent linksradikal, konsequent rätedemokratisch, radikal - nicht pazifistisch, konsequent antiimperialistisch) zeigen, daß die Redaktion auf dem Weg ist, im Eiltempo die zahlreichen (Irr-)Wege der alten Linken nachzuholen. Die hinter dem "Aufbruch" stehenden Leute haben in der 1981 erstellten "Nationalrevolutionären Plattform" ihre Ziele folgendermaßen definiert:

- Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für die Befreiung von wirtschaftlicher, kultureller und politischer Fremdbestimmung, für die staatliche Unabhängigkeit und Einheit der Nation.
- Für einen Sozialismus des eigenen nationalen Weges, gegen ökonomische Abhängigkeit, Liberal- und Staatskapitalismus, gegen Konzerne und Bürokratien.
- Für Menschenrechte und Demokratie, gegen Folter, Todesstrafe und Diktatur.
- Für kulturelle Selbstbehauptung, gegen Kulturimperialismus und Überfremdung.

III. Nationalismus - kein Indikator für freiheitliche Bestrebungen

Um zu beweisen, daß die nationale Frage - das Streben nach nationaler Befreiung und Selbstbestimmung des Volkes - sich tendenziell gegen die bestehende Gesellschaftsordnung richtet, griffen verschiedene Autoren von "Wir selbst" auf die Freiheitskriege gegen Napoleon vor 1848 zurück. Die nicht gerade bescheidene Behauptung, daß die heutigen NR es sind, "die als einzige in Deutschland diesen Kampf in seiner Gesamtheit, d. h. ohne Verengung auf einzelne Teilaspekte, führen und damit das Erbe des Vormärz und der Märzrevolution angetreten haben"(5) verdient genauer durchleuchtet zu werden. In der "Aufarbeitung der revolutionären Kulturtraditionen des deutschen Volkes" sehen sie eine wichtige Waffe im Kampf gegen diese Entfremdung und Manipulation."(6) Ein

besonders starkes Stück leistet sich Henning Eichberg, der uns weismachen will, daß der 'Turnvater' Ludwig Jahn in den Jahren 1810 - 1819 einen "neuen, alternativen Lebensstil" in Deutschland erweckt habe und somit "ein Grüner, ein Aufrührer, ein NR" (7) sei. In dem Kampf Jahns und seiner Burschenschaften gegen die napoleonische "Supermacht" (...schon mal gehört?) sieht er "eine Praxis, in der sich nationale Befreiung, demokratische Selbstbestimmung, gesellschaftliche Veränderung und neuer jugendlicher Lebensstil miteinander verbanden."(8) Wenn auch Eichberg nebenbei zugestehen muß, daß Jahn fremdenfeindlich eingestellt war und nicht gerade zu den schärfsten und klarsten Denkern gehört hat, so kommt es ihm umsomehr auf die Herausarbeitung des vermeindlichen "Hauptwiderspruchs" an: "Volk und 'Volkstum' standen gegen die Herrschaft der (napoleonischen) Supermacht und gegen deren Kollaborateure,..."(9) An anderer Stelle ist es für Siegfried Bublies sonnenklar, daß "der aufkommende nationale Enthusiasmus nichts von jener chauvinistischen Großmannssucht enthielt, die die nationale Idee später pervertierte."
Hier sind wir an einem Punkt angelangt, an dem wir als Anarchisten energisch widersprechen müssen. Rudolf Rocker hat in seinem Hauptwerk "Nationalismus und Kultur" nachgewiesen, daß der Nationalismus in allen seinen Erscheinungsformen immer nur zur Verengung des geistigen Blickfeldes führt und damit gefährliche Entwicklungen heraufbeschwört. So auch bei den Romantikern zu Beginn des 18. Jahrhunderts:"Bei den meisten dieser Männer gelangte die nationalistische Idee zu ihrem folgerichtigen Abschluß: Sie hatte begonnen als lockere Sehnsucht nach einer verlorenen Heimat und mit der poetischen Verklärung der deutschen Vergangenheit; danach kam ihren Trägern der Gedanke an die große historische Sendung der Deutschen; man stellte Vergleiche an zwischen dem eigenen Volk und anderen Völkern und verbrauchte zur Ausmalung der eigenen Vorzüge so viel Farbe, daß für die anderen kaum noch etwas übrigblieb. Das Ende war ein wilder Franzosenhaß und eine blöde Deutschtümelei, die häufig an Unzurechnungsfähigkeit grenzte."(10)
Rudolf Rockers Urteil über 'Turnvater' Jahn fällt in seinem von Thomas Mann, Albert Einstein und Bertrand Russel hochgelobtem Werk wenig schmeichelhaft aus:"Ludwig Jahn, der nach Fichtes Tod der geistige Führer der deutschen Jugend wurde, den sie abgöttisch verehrte, trieb die Franzosenfresserei und die nationalistische Verschrobenheit so weit, daß er selbst vielen seiner patriotischen Mitkämpfern auf die Nerven ging.(...) Liest man die Lebensgeschichte dieses seltsamen Heiligen, so erhält man den Eindruck, in dem 'Alten mit dem Barte' einen frühen Vorläufer der modernen Hitlerei vor sich zu haben."(11) Mit einer solchen Einschätzung befindet er sich im Einvernehmen mit den wirklich freiheitlichen Geistern jener Zeit, die Heinrich Heine wohl am ehesten mitrepräsentiert: "Da sehen wir nun das idealistische Flegeltum, das Herr Jahn in System gebracht; es begann als die schäbige, plumpe, ungewaschene Opposition gegen eine Gesinnung, die eben das Herrlichste und Heiligste ist, was Deutschland hervorgebracht hat, nämlich jene Humanität, gegen jene allgemeine Menschenverbrüderung, gegen jenen Kosmopolismus, dem unsere großen Geister: Lessing, Herder, Schiller, Goe-

Die Aktion

XXII. JAHR HERAUSGEBER: FRANZ PFEMFERT HEFT 1/4

INHALT: Heinrich Hoerle (Köln): Die Internationalen gehen auf den nationalistischen Strich (Titelblatt) — Lenin: Ueber den Staat — Leo Trotzki: Ein Sieg Hitlers würde Krieg mit Sowjetrußland bedeuten — Franz Pfemfert: Nationalisten-Zirkus — Leo Trotzki: Ueber den Antikriegskongreß — Karl Korsch: Kommunistischer Kassenkampf gegen Marx' Kapital — Kleiner Briefkasten — Für den Pressefonds der AKTION — Antiquariatskatalog.



the, Jean Paul, dem alle Gebildeten immer gehuldigt haben." (12)
Die von Eichberg beschworene "jugendliche Subkultur", die damals in Verbindung mit dem "Volk" zu neuen Ufern aufgebrochen sein soll, erscheint bei näherem Hinsehen mehr als fragwürdig: "Ihr christlich-germanischer Mystizismus, ihre groteske Abwehr gegen alles, was sie 'fremdes Wesen' und 'fremden Geist' nannten, ihre judenfeindlichen Bestrebungen, die in Deutschland von alters her zum Erbgut aller reaktionären Ideengänge gehörten, und die allgemeine Verschwommenheit ihrer Ansichten, das alles machte sie zu Vertretern eines mystischen Glaubens, in dem sich Bestandteile der verschiedensten Auffassungen in bunter Mischung zusammenfanden, aber sicher nicht zu Bannerträgern einer neuen Zukunft."(13)
Das Problem des Mißbrauchs nationaler Stimmungen versuchen die NR theoretisch in den Griff zu bekommen, indem sie die dem Volke dienenden als die wahren guten Bestrebungen deklarieren und die chauvinistischen mechanisch als Pervertierung abtun. Mit einer solchen Verklärung des Begriffs "Nation" werden sie dem Problem in keinster Weise gerecht, sodaß er als charakteristisches Merkmal zur Beschreibung revolutionärer Bestrebungen untauglich ist: Jede Nation umfaßt verschiedene Klassen,Stände und Parteien, die nicht nur ihre besonderen Interessen verfolgen, sondern sich häufig in ausgesprochener Feindschaft gegenüberstehen und deswegen auch nicht als nationale Befreiungsbewegung subsummiert werden können. Denn auch wenn es Ereignisse in nationalen Staaten gibt, die von allen Gliedern als ihr Schicksal empfunden werden, so ist die Art des Empfindens sehr verschieden und wird vielfach bestimmt durch die Rolle, welche die eine oder andere Partei oder Klasse in den Ereignissen spielt. Wie unzuverlässig das Nationalbewußtsein als Indikator für eine freiheitliche Entwicklung ist, soll die folgende historische Rückschau - eine Zusammenfassung von Prof. Arno Klönnes Aufsatz "Zur Geschichte des Nationalbewußtseins und zu den Bedingungen des neuen Nationalismus in der BRD"(14)- zeigen:

1. Der sich nach dem Absolutismus vollziehende Strukturwandel beruht nicht auf dem Bewußtwerden immer schon gegebener nationaler Zusammengehörigkeit, sondern zunächst auf einer durch ökonomische und soziale Probleme hervorgerufenen,herrschaftstechnischen Veränderung. Die Herausbildung des modernen Staates ist nicht etwa die Folge, sondern die Entstehungsursache der Nationen und des Nationalbewußtseins. Zuerst ist der Staat da, dann entwickelt sich das, was wir Nation nennen.

2. Das widerspruchsvolle Verhältnis der Bürger dieser Staaten äußert sich darin, daß einerseits die Herrschaftsstruktur dem Bedürfnis nach Berechenbarkeit im wirtschaftlichen Bereich nachkam, andererseits die absolutistische Regie des Staates nicht in ihrem Sinne war. Diese Ablehnung absolutistischer Machtansprüche - auch von anderen Staaten ausgehend - führt nicht zwangsläufig zur Mißachtung anderer Nationen, sondern kann den Wunsch nach bürgerlichen Freiheiten auch für andere Staaten ausdrücken.

3. Die bürgerlich-demokratische Ausfüllung des Begriffes der Nation kam in Deutschland gar nicht erst zu Erfolg, da die feudale Kleinstaaterei als Ergebnis eine "verspätete Nation" hatte und das deutsche bürgertum sich folglich an den revolutionären Impulsen anderer Länder nicht orientieren konnte.

4. Die historische Konstellation der Befreiungskriege brachte es mit sich, daß der Kampf für nationale Unabhängigkeit gleichzeitig als Kampf gegen die Ideen der Französischen Revolution erschien und damit in die Regie nicht des Bürgertums, sondern des Obrigkeitsstaates geriet.

5. Im Höhepunkt des bürgerlichen Versuchs zur Revolution 1848 meldet sich als nächste Klasse bereits die Arbeiterschaft mit ihren revolutionären Wünschen an. Die ebenfalls verspätete Industrialisierung in Deutschland nahm explosiven Charakter an und vollzog sich in den ideologischen Traditionen des Obrigkeitsstaates.

6. Industrieller Aufstieg wurde vom deutschen Bürgertum nicht als eigene gegen die Widerstände feudaler Schichten erkämpfte Leistung, sondern eher als Gabe des feudalen Staates empfunden. Das Bedürfnis nach Kompensation für den Mangel an politischem Selbstbewußtsein und politischer Herrschaft fand Befriedigung in einem militanten Überlegenheitsgefühl des Völkisch-Deutschen gegenüber der westlichen Zivilisation.

7. Das Kleinbürgertum, welches in den 70er Jahren von der wirtschaftlichen Konzentration einerseits und von dem anwachsenden Proletariat andererseits in seiner Stellung bedroht fühlte, fand seinen Ausweg in einer "Verlagerung des Klassenkampfes nach außen" , deren ideologische Rechtfertigung völkische Überlegenheitsgefühle boten.

***



IV. Idealisierung der Befreiungsbewegungen

Die Idealisierung der Nation führt bei den NR folgerichtig zu einer allzu unkritischen Parteinahme für nationalistische Befreiungsbewegungen: "Die NR sind solidarisch mit den befreiungsnationalistischen und antiimperialistischen Bewegungen aller Welt. Insbesondere begrüßen und unterstützen sie den Kampf der Völker ....gegen das neokolonialistische Hegemoniestreben der beiden Supermächte USA und UdSSR." (15) Unter der Rubrik "weltweiter Befreiungskampf" in "Wir selbst" wird allen möglichen Befreiungsbewegungen Beifall gezollt, sofern in ihnen "Sozialismus" und Nationalismus eine wie auch immer geartete Verbindung eingehen. Auch wenn des öfteren von "Basisdemokratie" geschrieben wird, so fehlen bei den NR eindeutige Kriterien, an denen das Verhalten der Befreiungsbewegungen gemessen wird. Präsentieren sie in dem einen Fall die gewaltfreie Aktion als einzig glaubwürdiges Mittel der Befreiung (16), so ist ihnen in zahlreichen anderen Fällen die Ebene der militärischen Auseinandersetzung (sogar in Europa) gerade recht. Die NR verschließen vor der Tatsache die Augen, daß Teile der Befreiungsbewegungen ein genaues Abbild derjenigen Staaten sind, die sie zu bekämpfen vorgeben: Marxistisches Avantgardedenken, autoritärer Organisationsaufbau und der Ruf nach dem eigenen Staat vorprogrammieren Absolutismus und Despotie einer neuen Schicht, wenn dieser "Befreiungskampf" sein Ziel erreichen sollte. Die auch von nationlistischen Befreiungsbewegungen mitbetriebene Polarisierung der gegnerischen Gruppen steht einer auf gegenseitigen Austausch bedachten Föderation von gleichberechtigten Gruppen direkt entgegen.Der den Anarchisten sehr nahestehende Albert Camus sah während des Algerienkonfliktes in den 50er Jahren gerade in "diesen nationalistischen und im wanren Sinn des Wortes imperialistischen Ansprüchen" des arabischen Aufstandes "unannehmbare Aspekte": So wohlwollend man den arabischen Ansprüchen auch gegenüberstehen mag, so muß man doch zugeben, daß im Falle Algeriens die nationale Unabhängigkeit ein rein von der Leidenschaft bedingtes Schlagwort ist. Es hat noch nie eine algerische Nation gegeben. Die Juden, die Türken, die Griechen, die Italiener, die Berber hätten ebenso das Recht, die Führung dieser virtuellen (=scheinbaren,d.V.) Nation zu beanspruchen."(17)
Da heute der einheitliche Volkscharakter von größeren Regionen durch Arbeitsemigranten etc. immer mehr im Entschwinden ist, besteht zwischen den verschiedenen Menschengruppen ohnehin die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Es ist die Frage, warum die NR trotzdem das "anderssein" - also die Trennung - und nicht wie Camus die Vereinigung als sinnvoll empfinden? Die Konsequenzen aus der Unfähigkeit zur gegenseitigen Kooperation hat er 1955 formuliert und sie beherrschen heute immer noch die Wirklichkeit:"Gezwungen, miteinander zu leben, und unfähig, eins zu werden, beschließen sie, wenigstens zusammen zu sterben." (18)

V. Revolutionäre Blockfreiheit ?

Für eine Vereinigung besonderer Art plädieren die NR dort, wo sie jede Menge hochexplosiven Sprengstoff mitbringt: "Die deutschen Teilstaaten BRD, DDR und Österreich (?!) sind das Ergebnis imperialistischer Politik der Besatzungsmächte nach dem zweiten Weltkrieg. Sie sind unter



Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes geschaffen worden und sind im Zuge des nationalen Befreiungskampfes auf der

Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu überwinden."(19) Da die Umstellung der Armeen auf soziale Verteidigung sicherlich noch einige Zeit in Anspruch nimmt, führt "die Zerschlagung der Blockmilitarismen in lauter kleine National- oder auch größere Kontinentalmilitarismen (...) zu einer erheblichen Verlängerung der Konflikt- und damit potentiellen Kriegsfronten. Aufrüstung ist die höchstwahrscheinliche Folge von Abkopplung, bei Mittel- und Großmächten steht sogar die eigene Nuklearrüstung ins Haus. Das Ausscheren Frankreichs aus dem westlichen Block und Chinas aus dem östlichen Block war unmittelbar mit der nuklearen Aufrüstung verknüpft. In Japan gehen Nuklearrüster und Neutralismus eine enge Verknüpfung ein."(20) Die von den NR genährte Vorstellung nur ihre "revolutionäre Blockfreiheit" eines vereinten Deutschlands würde wirklich den Frieden in Europa sichern, erweist sich als gefährliche Illusion, da ihr volksgemein-

schaftliches Politikverständnis völlig außer acht lässt, daß Interessengruppen anderer Länder eine Wiedervereinigung als bedrohlich empfinden würden und die Vertiefung der gegenseitigen Widersprüche zur Folge hätte. Der von den NR propagierte "Kampf um die Wiederherstellung einer klassenbewußten gesamtdeutschen Arbeiterbewegung"(21) stellt keinen Wert an sich dar, sondern die emanzipatorischen Inhalte einer Bewegung bewirken eine freiheitlich-sozialistische Praxis. Die im Gegensatz zu den "Supermächten" gemeinte "Balkanisierung für Jedermann" trägt nebenbei auch noch die Züge eines Kulturkampfes. Mit Vorliebe wettern diese Gralshüter der nationalen Volkskultur gegen die kulturlosen Barbaren aus den USA. Da sie in ihrer selbstauferlegten Verengung des Blickfeldes nur die schlimmsten Auswüchse des "american way of life" wahrnehmen, gibt es für sie eine sozialistische Bewegung dort schlichtweg nicht! (22) Nun, sie existiert in den USA in dem gleichen Maße, wie es hier der Fall ist und es besteht kein Grund, überhebliche Vergleiche anzustellen.

VI. "Wird mirs' weh ums Herz": Heimat und Regionalismus

Im Kampf gegen "Vermassung, Vereinsamung, kulturelle Verflachung, Zerstörung der Volkskulturen, die Vernichtung sozialer Bindungen und Normen durch die Konsumideologie" (23) sehen die NR das Aufleben der Regionen und Erwachen eines neuen Heimatgefühls als sehr begrüßenswerte Erscheinungen an, die in ihrer Publizistik ausführlich gewürdigt werden. Innerhalb der undogmatischen Linken erreichte die "Regionalismuswelle" vor zwei Jahren ihren Höhepunkt. Ihre Zeitungen waren voll mit euphorischen Berichten über diese neue Wunderwaffe, denn "nachdem sich Hoffnungen, über andere Fragen die gesellschaftlichen Verhältnisse 'zum Tanzen zu bringen', nicht erfüllten, erscheint nun die 'nationale Frage' als eine neue Chance politischer Mobilität oder Mobilisierung, als emotionales Vehikel für eine Bewegung nach links hin."(24) Indem die NR die Regionalismus-Problematik aufgriffen, erschienen sie verständlicherweise vielen Linken glaubwürdiger und konnten so ihre Isolation teilweise aufbrechen.

Es gab jedoch nicht nur euphorische Anteilnahme oder Ablehnung an den regionalen Bewegungen, sondern eine Schwachstellen und Möglichkeiten aufzeigende: "...genauso, wie sich bei der Bestimmung sozialistischer Strategie der bornierte Bezug auf die unmittelbar vorgefundenen 'nationalen' Bedingungen steets verheerend ausgewirkt hat, werden Regionalismen, die sich allein auf ihre vorgebliche spezifische Ethnizität berufen, nur allzu leicht von den Herrschaftsapparaten in den Zentren und deren regionalen Repräsentanten funktionalisiert und ihres herrschaftskritischen Potentials beraubt werden."(25) Die Euphorie der Linken, in der Vergangenheit auch noch durch die oberflächliche Regionalismusreihe vom Trikont Verlag gefördert, wich allmählich einer realistischen Betrachtungsweise, wie sie in dem TAZ-Artikel "Gegen den okzitanischen Mythos" (15.3.82) zum Ausdruck kommt. Die Betonung des Volkstums bei regionalistischen Bewegungen halte ich für verfehlt, da insbesondere die sozialen Kämpfe Wellen in Bewegung gesetzt haben, die der nationale oder regionaistische Gemeinschaftsgeist regionalistische Gemeinschaftsgeist aus sich selbst nicht vollbringen konnten. In der wohl genauesten Studie, die in deutscher Sprache über eine europäische Regionalbewegung geschrieben worden ist, belegt Wolfgang Hertle diese These in seinem Buch "Larzac": Die okzitanisch-regionalistischen Ideen blieben nur ein Element für die Politisierung und Radikalisierung der Bauern und wurden, zumindest teilweise, in ihr gewaltfrei-ökologisch-linkssozialistisches Bewußtsein eingeschmolzen. (...) Auch nachdem sie ihrer eigenen Zeitschrift den okzitanischen Titel 'Gardem Lo Larzac' gegeben hatten, ließ sich die Bauernbewegung von den Okzitanisten ebensowenig vereinnahmen wie von allen anderen sie unterstützenden Gruppierungen."(26)

- "Ein unabhängiges Friesland, ein Freistaat der Alemannen, ein Freies Franken, ein sozialistisches Sachsen oder eine Republik Tirol??" (Richberg) - Die regionalistischen Bewegungen in Deutschland sind so blaß und schwächlich, daß man ihren Propagandisten jeglichen Realitätssinn



absprechen muß, wenn auch unter bestimmten Bedingungen in einigen anderen Ländern der Regionalismus eine Rolle spielen könnte.

VII. Nationalismus - und sonst noch was ?

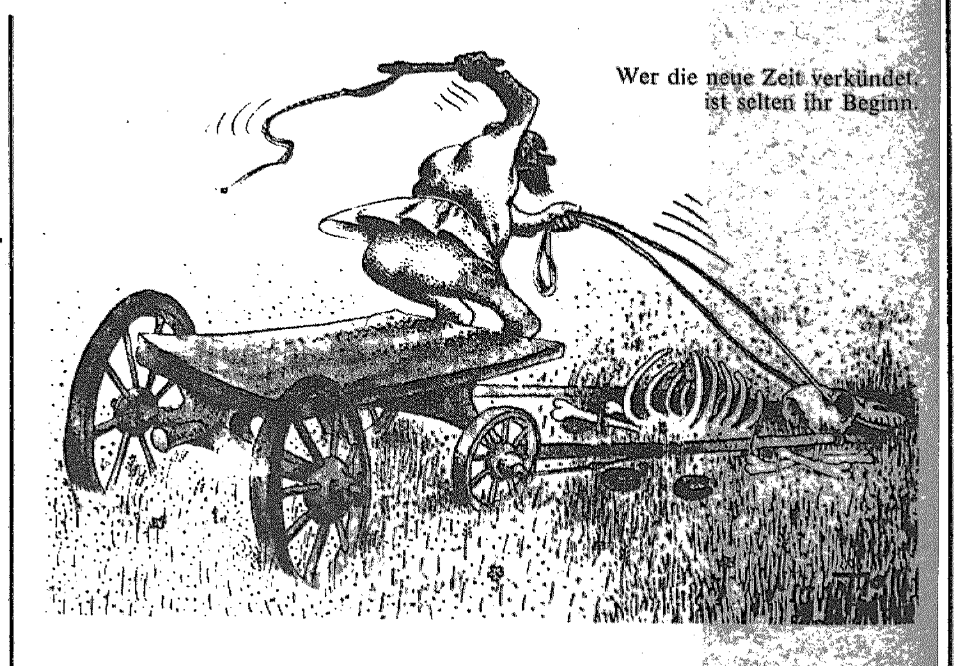
Wie stellen sich aber die NR die Zukunft in der BRD vor, wenn hier der "Ethnopluralismus" keine Grundlage haben kann? Fällt das errichtete Theoriegebäude in sich zusammen, wenn ein Stützpfeiler der "fünffachen Revolution" fehlt? Sind die restlichen Stützpfeiler stark genug ausgeprägt, sodaß sie standhalten? Oder aber haben sie - wie es in ihrer Plattform der Fall ist - die für eine soziale Emanzipation wichtigen Elemente nur in einer summarischen Aufzählung aneinandergereiht und nicht in ihrer geistigen Tiefe erfasst?

Da nationale Identität und Entfremdung Ausgangspunkt der NR-Überlegungen sind, befindet sich die Auseinandersetzung mit sozialistischen Gesellschaftsmodellen noch in den Kinderschuhen und die ersten Gehversuche stimmen nicht sehr zuversichtlich. Die von "Wir selbst" 1980 geführte Sozialismusdiskussion beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Marxismus. Sie machen es sich dabei sehr einfach, indem sie die Rosinen aus dem Sauerteig holen: Die Kapitalismusanalyse von Marx wird in ihrer Methode übernommen, das marxistische Menschenbild abgelehnt, gegen die sozialistischen Staaten wird ordentlich geschimpft und die besondere Rolle des Befreiungsnationalismus bei jeder sich bietenden Gelegenheit eingeflochten. Marist, Nichtmarxist und Nationalist werden von dieser "Theorie" gleichermaßen gut bedient und können sich das Passende heraussuchen.

In der Vergangenheit hat es sich immer wieder gezeigt, daß nur diejenigen Bewegungen, welche sich lange Zeit mit der Konkretisierung von sozialistischen Gesellschaftsentwürfen produktiv auseinandergesetzt haben, später in der Lage waren, diese in die Wirklichkeit umzusetzen (siehe z. B. in Spanien). Viel zuwenig befassen sich die NR mit den Problemen der wirtschaftlichen Koordination in einer freien Gesellschaft. In völlig unzureichendem Maße wird der Frage nachgegangen, wie die zu schaffenden ökonomischen Verhältnisse aussehen sollen und welche Vorbedingungen hierfür notwendig sind. Sieht man einmal von Berichten über Libyen, einigen mittelmäßig gelungenen Nacherzählungen von Ota Sik's Hauptgedanken oder kurzen Darstellungen der Landkommunebewegung und des Frühsozialismus ab, herrscht gähnende Leere. Die wirklich revolutionären Gedanken wie Selbstverwaltung und antiautoritäre Organisationsformen entstammen nicht den NR selber. Ihrer teilweise recht unbeholfenen Aufarbeitung ist es deutlich anzusehen, daß sie erst nachträglich beigeordnet worden sind und der tatsächliche Bewußtseinsstand der NR hinter den aufgestellten Postulaten noch hinterherhinkt.

Meinen die NR, sie könnten sich trotzdem der von ach so argen Selbstzweifeln geplagten undogmatischen Linken als die ideologische Klammer empfehlen, welche alle "Zerrissenheit" aufhebt, so zeigt die aus lauter Mosaiksteinchen zusammengeschusterte NR-Plattform, daß dazu schlicht die Substanz fehlt. Offenbar stecken die NR ihre ganze Kraft darin, sich auf publizistischer Ebene ins Gerede zu bringen und die Frage nach der "nationalen Identität" in andere Organisationen (z.B. Grüne) zu tragen. Besonders unter der Rubrik "Die nationale Frage im literarischen Aufwind" von "Wir selbst" wird jedesmal laut aufgejubelt und werden wohlgefällige Kommentare abgegeben, wenn irgendeine linke Zeitung in einem Artikel den Sinn der nationalen Frage erkannt zu haben glaubt. - Wären diese nationalen Identitätsarbeiter doch genauso eifrig in der praktischen Basisarbeit!

Die Aussagen von politischen Gruppen sollten danach bewertet werden, wie ihre Mitglieder die von ihnen erstrebte Gesellschaft vorleben und ob sie auch den Erkenntnissen, die sie in der Theorie erarbeitet haben, praktische Konsequenzen folgen lassen. Es soll hier nicht bestritten werden, daß vereinßelt NR in Bürgerinitiativen mitarbeiten. Aber wo gibt es denn Genossenschaften, selbstverwaltete Werkstätten oder andere Gemeinschaften, die sich explizit als NR verstehen und so eine Vorstellung davon vermitteln, was die Ver-





bindung von nationaler Identität und gelebtem Sozialismus zuwege bringen kann und was das ganz konkret überprüfbar bedeutet?? - Bisher haben sich die NR lediglich auf alternative Projekte berufen, sie in ihr theoretisches Konzept einbezogen indem sie ihre Vorstellung von nationaler Identität hineininterpretiert und sich zu ihren Sachwaltern emporgeschwungen haben. Wenn die NR so sehr von der Wichtigkeit der Arbeit in den Regionen überzeugt sind, warum unterstützen sie sie nicht mit fundiertem praktisch verwertbarem Material, wie zum Beispiel der "Provinz-Film-Katalog" der AG SPAK das tut?

VIII. Bismarxismus

Besonders die Zeitschrift "Aufbruch" nimmt für sich in Anspruch, gewisse positive Elemente der alten marxistisch-leninistischen Bewegung verarbeitet zu haben und gibt sich besonders radikal. Die in den 4 bisher erschienen Ausgaben in einer unglaublichen Dichte vorkommenden Phrasen und Kampfbegriffe machen mich stutzig: "rotlackierte Faschisten der DKP, äußerste Härte und Ausdauer, sozialfaschistische Bürokratendiktatur in Moskau, kleinbürgerlicher Reformismus, von den Herrschenden direkt oder indirekt gelenkt, usw...."
Diese niveaulosen verbalen Kraftmeiereien gehören seit fast 15 Jahren zu den geistlosesten Erscheinungen der ML-Bewegung und sind nicht das Papier wert, auf denen sie geschrieben sind. Eine Ursache für dieses Verhalten liegt vielleicht darin, daß die Aufbruch-Redakteure meinen, so am besten den Vorwurf des Rechtsradikalismus entkräften zu können. Es ist aber nicht zu verkennen, daß sich hinter der Verwendung solcher Begriffe letztendlich ein autoritärer Kern verbirgt, der noch wenig von libertärem Geist durchdrungen worden ist. An verschiedenen Stellen sind die beiden NR-Zeitungen kurz auf das Thema Anarchismus zu sprechen gekommen. Weil der Ahde-Verlag zwei Bücher von dem NR Niekisch herausgegeben hat, wurde er von "Wir selbst" forsch als "nationalanarchistisch" (27) eingestuft. Das mehrmalige oberflächliche erwähnen von anarchistischen Ideen und eine äußerst vage Erklärung, daß man sich "dem anarchistischen Anliegen verbunden" (28) fühle, als wirkliches Aufgreifen unserer Vorstellungen mißzuverstehen, davor sollten wir uns hüten.

ANMERKUNGEN

1. Erich Mühsam in Fanal 1930 Nr. 1, Seite 11
2. "Einwertvoller Versuch" in Fanal 1930, Nr. 3, Seite 71
3. Fanal 1931, Nr. 7, Seite 167
4. Fanal 1930 Nr. 1, S. 12
5. Wir selbst, 4/80, S.44, KLaus Berger.
6. siehe 5.
7. Wir selbst 6/80,S.13, Henning Eichberg.
8. siehe 7.
9. siehe 7.
10. Nationalismus und Kultur, Rudolf Rocker, Impuls Verlag, S.288
11. siehe 1o.S.290
12. siehe 10.,S. 292
13. siehe 10. S. 292
14. Neofaschismus.Die Rechten im Aufwind, Sozialpolitischer Verlag, S. 225, Arno Klönne.
15. NR-Plattform, Punkt 16
16. Wir selbst 81/6, S. 6 Siegfried Bublies.
17. Albert Camus, Verteidigung der Freiheit, S.96+98
18. siehe 17. S. 82
19. NR-Plattform, Punkt 1
20. Links Nr. 140,S.13,Egbert Jahn
21. NR-Plattform, Punkt 2
22. Wir selbst, 1981/3+4,S.11,Hennig Eichberg
23. NR-Plattform, Vorwort
24. Studien von Zeitfragen, 16/1978 S.14, Arno Klönne.
25. Blaschke, Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen, Syndikat, S. 26
26. Wolfgang Hertle, Larzac 1971 bis 1981, S. 235.
27. Wir selbst, 5/80, S. 48
28. Wir selbst, 4/80, S. 12.

VOM "MARSCH DURCH DIE INSTITUTIONEN" ZUR PARAGRAPHENTREUE

GEDANKEN ÜBER STAATLICHE DENKSCHRANKEN IN UNSEREN KÖPFEN

VON NELLI JUNG

PROFESSIONALISIERUNG UND KRISE

Professionalisierung ist eines der jüngsten Schlagwörter im linksalternativen Vokabuler. Und für viele bedeutet es nicht etwa, sich längst fällige, neue Handlungsmöglichkeiten für die linke Praxis anzueignen - wie etwa, daß die mittelalterliche Produktion von "Flugschriften" und Werken der "Buchdruckerkunst" endlich durch die Neuden Medien ergänzt wird: Freie Radios, Video ...- sondern Professionalisierung bedeutet statt dessen Effektivierung, Konkurrenzfähigkeit, rechtliche Absicherung. Es sei dahingestellt, ob dabei allein die aktuelle Krise des Kapitalismus ausschlaggebend ist. Denn von dieser werden linke und alternative Projekte in den ökonomischen Nischen des Reproduktionsbereichs (Nahrungsmittel, Bücher, Möbelverwertung) wohl mit am ehesten betroffen, weil "die Leute kein Geld mehr haben" (also Luxus- Produzenten?). Und auch dann wäre es ja lediglich Krisenmanagement, das sich im ökonomischen Bezugsrahmen der BRD mit Rationalisierung uns Massenentlassung wenn schon nicht gleichsetzen so doch zumindest strukturell vergleichen ließe. Ist Professionalisierung also nichts anderes als unternehmerische Rationalität?

Diese Betrachtungsweise bleibt insgesamt doch zu oberflächlich - besonders, wenn man berücksichtigt, daß sich die genannten Beobachtungen auch bei politischen Institutionen der Links-Alternativen machen lassen, nicht nur bei den selbstverwalteten Projekten, die im Rahmen der Gesamtwirtschaft arbeiten. Da wäre vor allem die Gefahr für die Protestbewegungen zu nennen, sich verstärkt als Wahlbewegung ins Gespräch zu bringen. Der Rückgriff auf die bürgerliche Institution einer Partei (der Grünen) und deren zunehmende Parlamentarisierung zeigt, daß es bei der Erklärung nicht mit dem Bennenen finanzieller Engpässe getan ist.

PARLAMENTARISIERUNG

Es handelt sich weitaus eher um ein verstärktes Hervortreten des Staates im Denken und Handeln - was wir uns selbst durch radikale schönklingende Parolen zu verbergen suchen.

"Raus aus dem linken Ghetto!" - lassen wir nicht gerade hinter dieser Maskerade unser bürgerliches Sicherheitsdenken zur Hintertür herein? Ist der Versuch, die Chance der Stunde zu nutzen und Massenbedürfnisse aufzugreifen - wie soziale Sicherheit, gesunde Luft und sauberes Wasser, Frieden - nicht auf dem besten Weg, zum Pragmatismus zu verkommen?
Der Trend bei den GRÜNEN zur Koalitionsfähigkeit mit der SPD spricht eine klare Sprache! Durch angepaßtes Auftreten Punkte zu sammeln, Zugeständnisse zu "ertaktieren" reicht manchem, wie dem badenwürttembergischen grünen Landtagsmitglied Winfried Kretschmann schon aus; dieses entspricht nämlich der Vorstellung von der 'Hohen Politik', durch die er sich von "kleinbürgerlicher Sonnenblumenromantik" (ZEIT

Nr.45, 1982) abgrenzt. Das Ziel linker Politik, die Umkrempelung der gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse bleibt dabei auf der Strecke. In den Parlamenten ist aber schon vom Gesetz her nur solche politische Arbeit üblich - der Staat im eigenen Hirn, der Respekt vor den gesetzlichen Gegebenheiten hat wieder einmal den Sieg davon getragen.

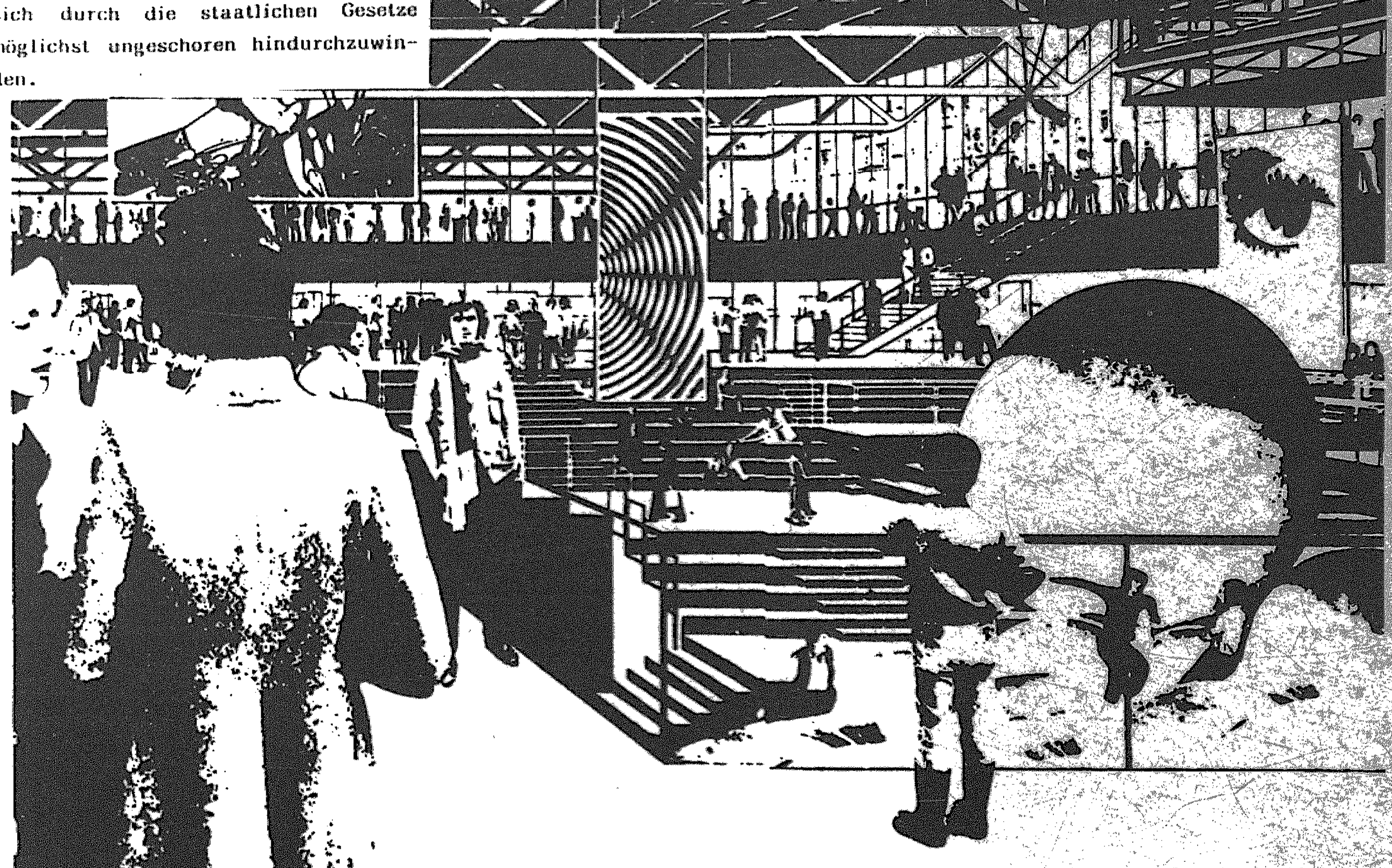
DIE FDGO IM HIRN

Demgegenüber beinhaltet ein linksradikales, anarchistisches Politikverständnis - und das wird ja heute, weil's so schick ist, gerne im Munde geführt - die konsequente Infragestellung des Staates und seiner Strukturen, auf materieller Ebene (also Gesetze) ebenso wie auf der psychologischen (eben deren Auswirkungen in unseren Köpfen). Das aber bedeutet, offensiv und eben nicht präventiv zu handeln; es bedeutet, die vollkommene Reglmentierung unseres Lebens durch staatliche Verordnungen anzugreifen, die bis in den privatesten Bereich hineingehen - etwa die Sanktionierung von zwischengeschlechtlicher Liebe durch die Ehe, oder Schulzwang. Es bedeutet gerade nicht den Versuch, sich durch die staatlichen Gesetze möglichst ungeschoren hindurchzuwinden.

Die staatliche Präsenz mittels gesetzlicher Verordnungen hat in der BRD ein solches Maß erreicht, daß eigenverantwortete Initiative kaum noch zugelassen ist. Nahezu überall stößt man auf Vorschriften, die es einzuhalten gilt - die Vielfalt gesellschaftlicher Produktion und Kommunikation wird immer mehr auf wenige gesetzlich reglementierte Handlungsmuster reduziert. Fast alles muß angemeldet, registriert, kontrolliert werden und erhält dadurch eine bestimmte Form des bürgerlichen Rechts aufgedrückt. Dabei werden manche Initiativen bis zur Unkenntlichkeit verändert. Wir werden gezwungen, unsere Phantasie darauf auszurichten, Lücken in diesem System zu finden, anstatt sie für unsere eigentlichen Wünsche einzusetzen.

ALTERNATIVER PRAGMATISMUS

Heute ist bereits bei vielen Projekten der zweite Weg der zum Steuerberater oder zum Rechtsanwalt! Mit unseren Ängsten vollkommen auf den 'Boden unserer FDGO' vereidigt, gilt derjenige am professionellsten, der die meisten Schliche beherrscht, die besten 'Konnexions' hat! Wer kommt schon noch auf die Idee, sich sein Recht, seine Legitimität gegenüber dem Staat herauszunehmen? Daß das staatliche Recht sich dem Zugriff seiner Untergebenen völlig entzieht, dürfte spätestens seit den Notstandsgesetzen, den AKW-Genehmigungsverfahren, der neuen Demonstrationsgesetzgebung deutlich sein!
Dennoch die meisten tun sich mit der bewußten Ungesetzlichkeit schwer. Sie wird als "naiv" abgetan. Klar, wer geht schon freiwillig wegen Steuerhinterziehung in den Knast - oder wegen verbotenem Demonstrieren! Daß bei dieser Haltung aber alle Radikalität auf der Strecke bleibt, ist ebenso klar. Das zeigt sich besonders daran, daß die erstmal eingebuchteten sich dann meist sehr schnell alleingelassen finden. Wieder das Tabu der Gesetzesübertretung!



DIE UTOPIE WIRD EINGEPASST

Über das Bemühen, sich zu professionalisieren, versuchen die meisten, die bürgerliche Bahn zu halten, nicht abzurutschen. Die TAZ z.B. präsantiert uns von den großen Agenturen abgekaufte Nachrichten und vergißt dabei, daß sie ursprünglich im Interesse der Betroffenen selbst recherchieren wollte.

Der VLB (Verband Linker Buchhändler) verkauft selbst Raubdrucke bürgerlichster Verlage nicht mehr.

Bei der Rezeption der 'Dualen Ökonomie' in alternativen Kreisen (vgl. Joseph Huber, Anders Arbeiten - anders Wirtschaften, FfM 1980 und Wer soll das alles ändern, Berlin 1980), bei welcher ein politischer Machtwechsel dadurch vorbereitet werden soll, daß "neben dem industriellen Kapitalismus mit seiner arbeitsteiligen, fremdbestimmten Arbeit als Alternative die partielle Selbstversorgung durch Eigenarbeit und die genossenschaftliche ökologisch orientierte Produktion" (Th.Ebert, Strategien der Ökologie- und Friedensbewegung in: Unsere Zukunft ist nichts ohne Änderung der Gegenwart, AhDe-Verlag 1981, S.173) entsteht, überträgt ebenfalls nur die vorgegebenen bürgerlichen Rechtsformen auf die Ansatzpunkte von Gegengesellschaft. Damit stutzt sie die Utopie zurecht, meistens ohne daß die Beteiligten es wahrnehmen.



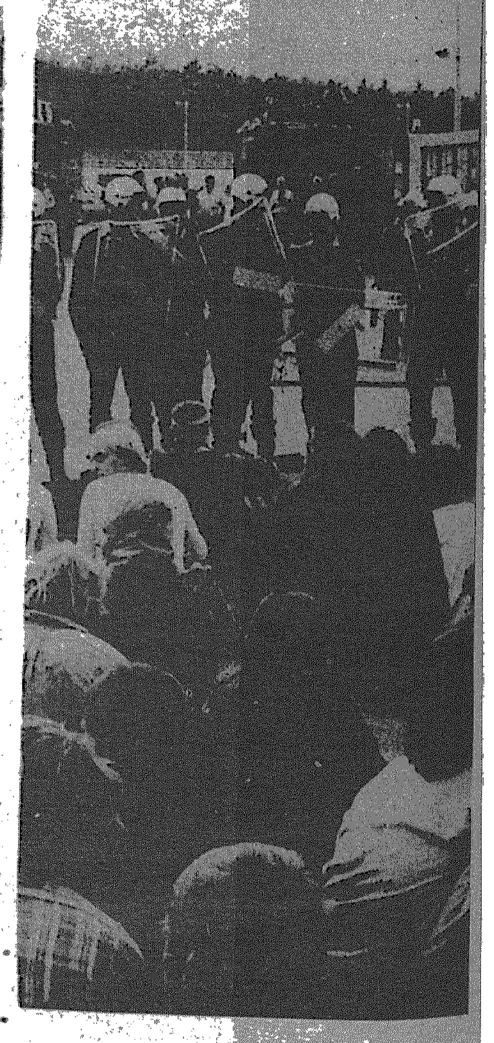
Dieser Weg, sich am Möglichen auszurichten, und letztendlich darin einzurichten, bedeutet, die bunt zusammengewürfelten Massenbewegungen, die Friedens-, Öko- und Gewerkschaftsbewegung bei dem diffusen Minimalkonsens stehenzulassen, der es der SPD ermöglichen wird, Teile aus



deren Reihen wieder zu sich herüberzuziehen. Und das deshalb, weil kaum etwas unternommen wird, die psychologische Vereidigung auf den Staat und sein Gewaltmonopol herauszufordern.

ZIVILER UNGEHORSAM

Kriegssteuerboykott, Betriebs- und Geländebesetzungen, Blockaden als Negation und Herausforderung des Staates und seiner Machtapparate können, wenn sie erst einmal in einer breiten Bewegung Fuß gefaßt haben, staatliche Fixierungen eher beiseite drücken, als ihn professionelle Kleinkrämerei jemals aushöhlen wird.



Auch dann bleibt das Eindringen staatlicher Gewaltlogik in die Reihen solches 'zivilen Ungehorsams' immer noch möglich. Anders ist es jedenfalls nicht zu erklären, wenn über ein enges Verständnis von 'Gewaltlosigkeit' es in pazifistischen Bezugsgruppen zum Trainingsinhalt wird, wie man effektiv "Gewalttäter" isoliert.

UTOPIE - Kongreß, Mailand 1981:

Abwechselnd hat die Utopie gute und schlechte Zeiten erlebt; (...) es gibt immer jemanden, der den Terminus mit negativem Beigeschmack gebraucht, und auf der anderen Seite jemanden, der ihm einen positiven beifügt.(...) Auch unter Anarchisten gab es in über 100 Jahren und gibt es bis heute ein breites Spektrum von Standpunkten, auch wenn man allgemein sowohl eine absolute Verweigerung wie eine unkritische Überschwenglichkeit ausschließen kann.

Die These für die gegenwärtige Beziehung ist, daß insgesamt die Utopie eine unauslöschbare und positive Dimension des Menschen repräsentiert,- die Dimension der Hoffnung, des Willens zur Veränderung, der Kreativität - und im Speziellen, daß der Anarchismus, kritisch, aber ohne Komplexe, diese Dimension erforschen und ausdehnen muß. (...)

* von Amedeo Bertolo, übersetzt v. Werner Brill. (stark gekürzt), Erstabdruck in: Volonta, 2/81.

DAS ERDACHTE SUBVERSIVE

Abwechselnd hat die Utopie gute und schlechte Zeiten erlebt;(...) es gibt immer jemanden, der den Terminus mit negativem Beigeschmack gebraucht und auf der anderen Seite jemanden, der ihm einen pisitiven Wert beifügt. (...)
Auch unter Anarchisten gab es in über 100 Jahren und gibt es bis heute ein breites Spektrum von Standpunkten, auch wenn man allgemein sowohl eine absolute Verweigerung wie eine unkritische Überschwenglichkeit ausschließen kann. (...)
Die These für die gegenwärtige Beziehung ist, daß insgesamt die Utopie eine unauslöschbare und positive Dimension des Menschen repräsentiert,- die Dimension der Hoffnung, des Willens zur Veränderung, der Kreativität - und im Speziellen, daß der Anarchismus, kritisch, aber ohne Komplexe, diese Dimension erforschen und ausdehnen muß. (...)

Die Utopie behandelt nach Ernst Bloch drei grundlegende Funktionen. Die erste ist, den anderen zu zeigen daß "das Reale sich nicht im Unmittelbaren auflöst", die zweite ist, ein Instrument der Arbeit zu sein, "das erlaubt, systematisch alle konkreten Möglichkeiten zu erforschen", die dritte ist, "sich bewußt zu werden über die Unzulänglichkeiten dieser Welt, nicht um in eine goldene Vergangenheit oder in eine illusorische Zukunft zu flüchten, sondern, um sie gemäß den vorgeschlagenen Erfordernissen aus der Utopie selbst zu verändern." (...)

In Zustimmung oder Ablehnung finden wir in den vorangegangenen Sätzen alle wichtigen Bedeutungen, die dem Bregriff Utopie zugeordnet werden:

1. die, die absolut nicht zu verwirklichen ist und folglich ein kostenloses Spiel der Phantasie oder eine schizoide Flucht in eine illusorische Welt darstellt
2. Bild der Zukunft
3. Kritisches Bewußtsein des Bestehenden und der Absicht zur sozialen Veränderung
4. geistiges Modell einer anderen Gesellschaft
5. Plan einer anderen Gesellschaft

Die erste Bedeutung der Utopie als schöne aber unmögliche Sache, ideale aber nicht zu verwirklichende Gesellschaft (und folglich als unnützer Traum im besten Fall, wenn nicht sogar schädlich, weil er zur Untätigkeit oder als Gegenteil zu irrationalen sozialen Aktionsformen beitragen kann) ist ohne weiteres als die diffuseste abzulehnen. (...)
Nun ist eine begriffliche Definition notwendig: was hält man für unmöglich? (...) Karl Mannheim beobachtete, daß nicht zufällig jedes Mal eine Idee von denen utopisch genannt wird und auch dafür gehalten wird, die fast immer auch Repräsentanten einer schon durchlaufenen Epoche sind. So sind von den Ideologien der herrschenden Klasse von Mal zu Mal die Utopien als absolut unverwirklichbar gehalten worden, deren Träger die aufsteigenden Klassen oder auch die bescheideneren reformatorischen Planer waren; wie die Abschaffung der Sklaverei, das allgemeine Wahlrecht, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Lohnarbeiter etc. (...)
Es ist folglich klar, daß die Utopie,

von der wir ab jetzt reden werden, nicht die "absolute" Utopie sein kann. (...) Aber nach Karl Mannheim: "Es ist möglich, daß die Utopien von heute die Wirklichkeiten von morgen sein werden".

Die Sache ist die, daß die Zukunft in der Gegenwart enthalten ist wie die Vergangenheit. (...) Ähnliches drückt Bookchin aus, wenn er schreibt, daß "wer aufhört das Neue und das Mögliche zu suchen im Namen des Realismus, schon den Kontakt mit der Gegenwart verloren hat, weil die Gegenwart immer durch die Zukunft bedingt ist." Unbegreiflich ist ein Mensch, der ganz im 'hier und jetzt' lebt, wenn er nicht wie ein Korken passiv auf der ewigen Gegenwart schwimmt. Wenn der Mensch mehr oder weniger frei wählt, kann er dies nur dank seiner Vergangenheit und dank seiner Zukunft. Mehr noch: auch seine Vorstellung von der Vergangenheit (die wohlgemerkt nicht allein durch seine persönlichen Erfahrungen, sondern teilnehmend an der sozialen Vorstellung entstanden ist) wird beeinflußt von seinen Voraussichten und Erwartungen, d.h. von seinem Bild der Zukunft, weil das individuelle und kollektive Gedächtnis nicht ein Magazin ist, sondern eine lebendige Funktion, die ständig die Vergangenheit wiederaufarbeitet und dabei unterschiedlich die Daten, die sie ausmacht, bewertet und organisiert. (...)
Wenn die Zukunft für die Gegenwart wichtig ist, dann haben das die Ideologen des status quo immer gewußt, (seien es Priester oder Wissenschaftler). Sie waren immer damit beauftragt, ein Bild der Zukunft zu entwerfen, das im Wesen der Gegenwart ähnlich war, - und aus der Zukunft (- und folglich aus der Gegenwart-) die Erwartungen zu beseitigen, die mit der sozialen Ordnung unvereinbar waren, indem sie diese in eine unbestimmte Zeit verschoben oder durch kleine Erwartungen geringer Verbesserungen ersetzten. Im Gegensatz dazu haben die gegen die herrschende Klasse opponierenden sozialen Gruppen (im Konkurrenzkampf um die Macht oder im antagonistischen Kampf gegen die Macht) die Zukunft immer im utopischen Sinn benutzt, d.h. subversiv zur existierenden Ordnung. (...)

"Die Geschichte der Utopie ist deshalb die Geschichte einer immer wieder vereitelten Hoffnung", schreibt Silone, 'Christ ohne Kirche und Sozialist ohne Partei' (wie er sich selbst bezeichnet hat). Die utopische Spannung ist sicherlich geprägt von Hoffnung, aber nicht allein von Hoffnung. Die Hoffnung auf eine andere soziale Ordnung reicht nicht aus, ... ebenso notwendig ist die Dimension des Willens. (...) Die willensmäßige Dimension ist die Dimension der kreativen Intelligenz, der planmäßigen Intelligenz, und sie führt uns zu den weiteren Definitionen bzw. Funktionen von Utopie: Utopie als geistiges Modell und als Plan.

Der Reformator, der Revolutionär kann es unterlassen, minuziös ausgearbeitete Modelle und Pläne vorzuschlagen, aber er kann nicht umhin, deutlich und klar die Richtung der Veränderung anzuzeigen. Und um die Richtung anzuzeigen, genügt es nicht, die verfolgten Werte anzuzeigen (wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit etc.), weil diese Werte nichts als Worte bleiben mit 100 Bedeutungen, wenn sie nicht innerhalb eines sozialen Kontextes realer oder geplanter Art gelesen werden, der ihnen einen präzisen Sinn gibt.

Nur eine eng determinierte Auffassung der sozialen Veränderung kann Modelle entbehren, in der Überzeugung, daß das Neue nicht geplant und konstruiert werden muß, sondern daß es ganz in den notwendigen Mechanismen der Geschichte bzw. der Vorsehung enthalten sei.
Wenn die Utopisten im Gegensatz dazu vom Modell zum Plan und von dort zur Verwirklichung kamen, dann taten sie das nicht, indem sie im Namen der Geschichte mit willenlosen Meerschweinchen experimentierten, sondern sie taten es in willentlichen Gemeinschaften. Die Ergebnis-

se, positive wie negative, der Millionen utopischer Experimente, dieser "verwirklichten Utopien" (in mehr oder weniger vergänglicher Weise, auf einer mehr oder weniger reduzierten Skala, von den amerikanischen "Ikarussen" bis zu den israelischen Kibbuzim, von den französischen industriellen Gemeinschaften bis zu den spanischen bäuerlichen Kollektivierungen) - diese also haben ein sehr reichhaltiges wissenschaftliches Material geliefert, sogar vielleicht mehr als die kolossalen "geschichtlichen" Experimente der Sowjetunion und Chinas; ein Material, das zum größten Teil noch ungenutzt ist von der jungen "Wissenschaft der Freiheit". (...)
Da die utopische Funktion jedweder sozialen Bewegung eigen ist, die eine radikale Transformation (Umwandlung) verfolgt, sagt uns das allein noch nichts über die Richtung der Transformation. (...) In unserem Fall heißt das, daß die utopische Funktion des Anarchismus in seinem spezifisch theoretisch-praktischen Zusammenhang gesehen werden muß. Auch ein wachsamer Theoretiker der Utopie wie Karl Mannheim hat die Eigenheit der anarchistischen Utopie nicht verstanden. Er sieht in der Tat nur den letzten modernen Ausdruck der chiliastischen Utopie darin (Chiliasmus: Lehre vom tausendjährigen Reich Christi auf Erden; Heilserwartung; sf-red.). Es ist wahr, daß ... sich viele der wesentlichen Bestandteile des Chiliasmus in den Anarchismus transformierten und sich dorthin übertrugen (besonders im volkstümlichen slavischen und lateinischen Anarchismus); worin sie die Funktion übernahmen, die revolutionäre Aktion zu beschleunigen und voranzutreiben; aber es ist auch wahr, daß wir vor, nach, neben und sogar innerhalb jener chiliastischen Ausdrucksformen des Anarchismus andere Formen finden, die im Gegensatz dazu den beiden anderen Formen Mannheims sehr ähnlich sind: die "liberal-humanitäre" Utopie (bzw.aufklärerische) und die "sozialistisch-kommunistische" Utopie.
In der Tat kann man die anarchistische Utopie nicht auf irgendeine der anderen Formen zurückführen, wenn die utopische Funktion in all ihren wesentlichen Aspekten und in Bezug auf die essentiellen Wesenszüge des Anarchismus gesehen wird. (...)
Der erste Wert, von dem sich durchgängig anarchistische Theorie und Praxis ableiten und auf den sie sich beziehen, ist die Freiheit. Wir wollen uns hier der Freiheit nicht als philosophischer sondern als soziologischer Kategorie nähern und definieren sie zunächst einmal als die Abwesenheit von Macht. (...) Durch eine andere etwas angenäherte Vereinfachung definieren wir hier die MACHT als Möglichkeit - über bestimmte soziale Rollen -, Normen zu setzen und Sanktionen durchzuführen, Befehle zu geben und sie ausführen zu lassen. Das heißt also als Serie autoritärer sozialer Beziehungen, die ständig asymetrisch sind. Damit wollen wir folgendes sagen:
Wenn wir - mit einem etwas ketzerischen Gebrauch bezüglich der traditionellen anarchistischen Sprachgewohnheit - die asymetrische Natur einer sozialen Beziehung als Entscheidungsmöglichkeiten für Autorität begreifen, dann müssen wir erkennen, daß Autorität mehr oder weniger stark und offensichtlich in jeder

Gesellschaft vorhanden ist, in realen wie in erdachten. Damit erscheint sie als nicht auszuschaltende soziale Funktion (in Versammlungen, als "öffentliche Meinung" etc.) (...)
Aber diese Asymetrie ist noch nicht die Macht, wenn in ihrer Gesamtheit die sozialen Beziehungen wieder eine substantielle Gleichwertigkeit der Autorität aller Individuen herstellen, d.h. wenn sich das verwirklicht, was wir einen allgemeinen und angemessenen "symbolischen Austausch" der Autorität nennen können, durch den niemand in seinem Verhalten mehr eingeschränkt ist als er das Verhalten anderer einschränkt. (...)

Wenn die Asymetrie jedoch institutionalisiert wird in Strukturen und hierarchischen Verhaltensweisen, dann erst entsteht Macht.
Die Macht kommt von der Autorität her, aber genausowenig notwendigerweise, wie die Ungleichheit aus der Unterschiedlichkeit entsteht. (...)
Wenn wir also die beiden Begriffe unterscheiden, können wir sagen, daß für den Anarchismus die Freiheit um so mehr enthalten bleibt oder sich entwickelt, je mehr man verhindert, daß die Autorität zu Macht und die Verschiedenheit zu Ungleichheit wird. (...) Folglich meint die soziale Freiheit des Anarchismus notwendigerweise auch Gleichheit und Verschiedenheit. (...) In der Tat sind die Begriffe der Gleichheit und Verschiedenheit komplementär und nicht widersprüchlich: denn es ist in Wahrheit die Ungleichheit, die zur Uniformität, zur Nivellierung und zur Vermassung führt. (...) Freiheit, Gleichheit und Verschiedenheit auf dem höchst möglichen Stand und in enger Beziehung untereinander: das ist der Kern der anarchistischen Eigenart. Und von daher stammt die Eigenart anarchistischer Utopie.

Der Anarchismus ist folglich die Hoffnung und der Wille zu einer solchermaßen radikalen sozialen Veränderung; er steht in so starkem Widerspruch zur bestehenden Ordnung, daß er eine außergewöhnlich starke utopische Spannung bewirkt. Aber diese außergewöhnliche Spannung ist auch nötig, um der sozialen Aktion die Richtung für eine grundlegende Veränderung zu zeigen. (...)
Da die anarchistische Veränderung einen Sprung kultureller Qualität mit sich bringt, ist die Funktion der anarchistischen Utopie vor allem (...) die Überwindung der Grenzen eines gegebenen Machtsystems, sowie das Zerstören der zähen "kulturellen Membran". Einer Membran, die seit 1000 Jahren durch ständige Erneuerung, Erweiterung und Weitergabe von Generation zu Generation gebildet wurde; - in welcher Charakterstrukturen und Sozialvorstellungen von soldatisch-autoritären Verhaltensweisen und hierarchische Werte vorherrschen, welche Phantasmen und Mythen enthält, die von und für eine Gesellschaft geschaffen wurden, die fest auf die Teilung in Herrschende und Beherrschte gegründet ist.
In diesem kulturellen Bruch steckt der wahre Sinn der anarchistischen Revolution, die nicht die Apokalypse ist, sondern eine kulturelle "Mutation" von unerhörter Intensität und Tragweite. (...) Da der Staat vor allem in den Köpfen der Leute existiert, in denen der Knechte noch mehr als in denen der Herren, ist die utopische Funktion im anarchistischen Sinn vor allem, diesen "unbewußten Staat" aufzulösen, indem sie die Befreiung enormer möglicher Energien zuläßt (...).

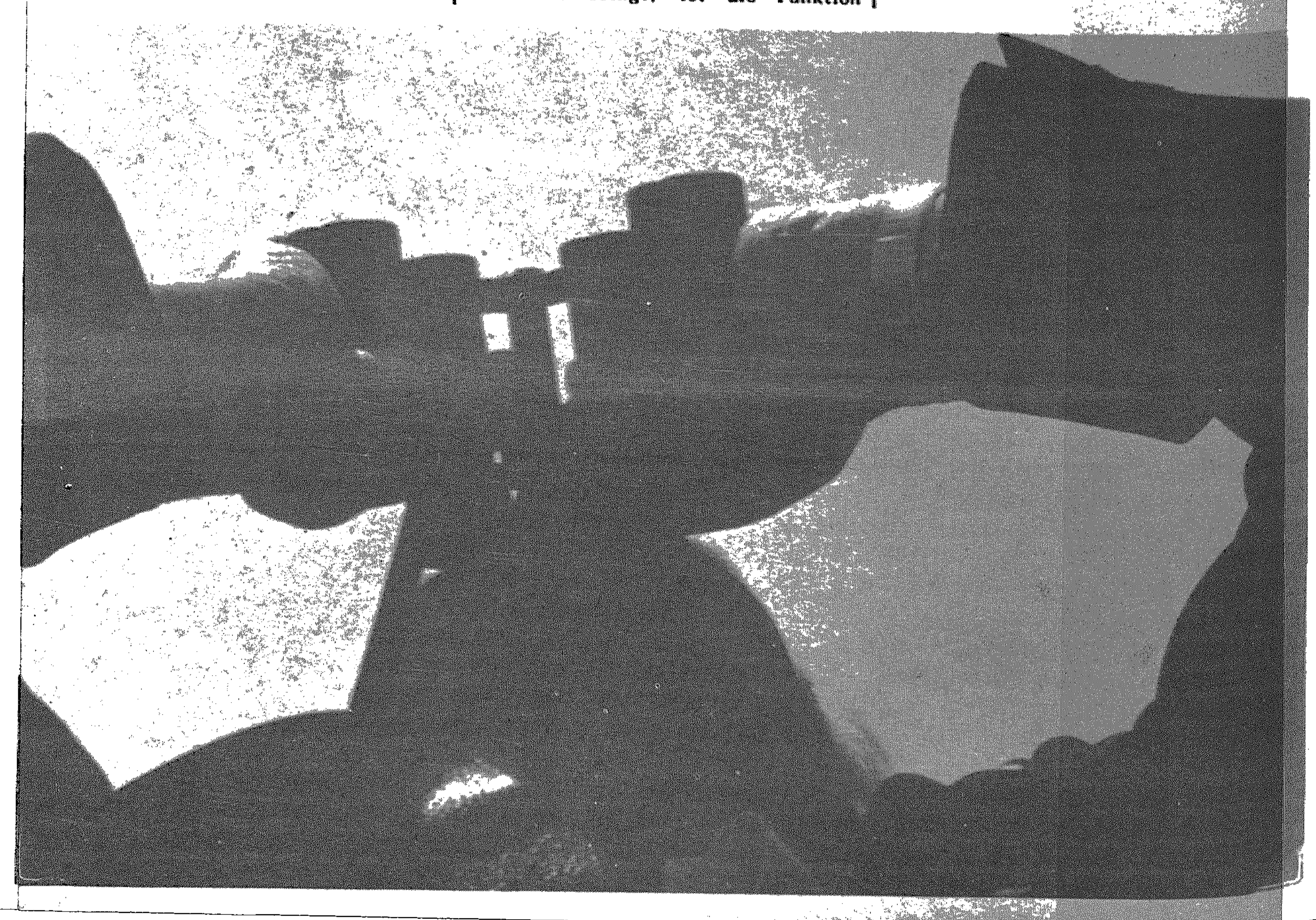
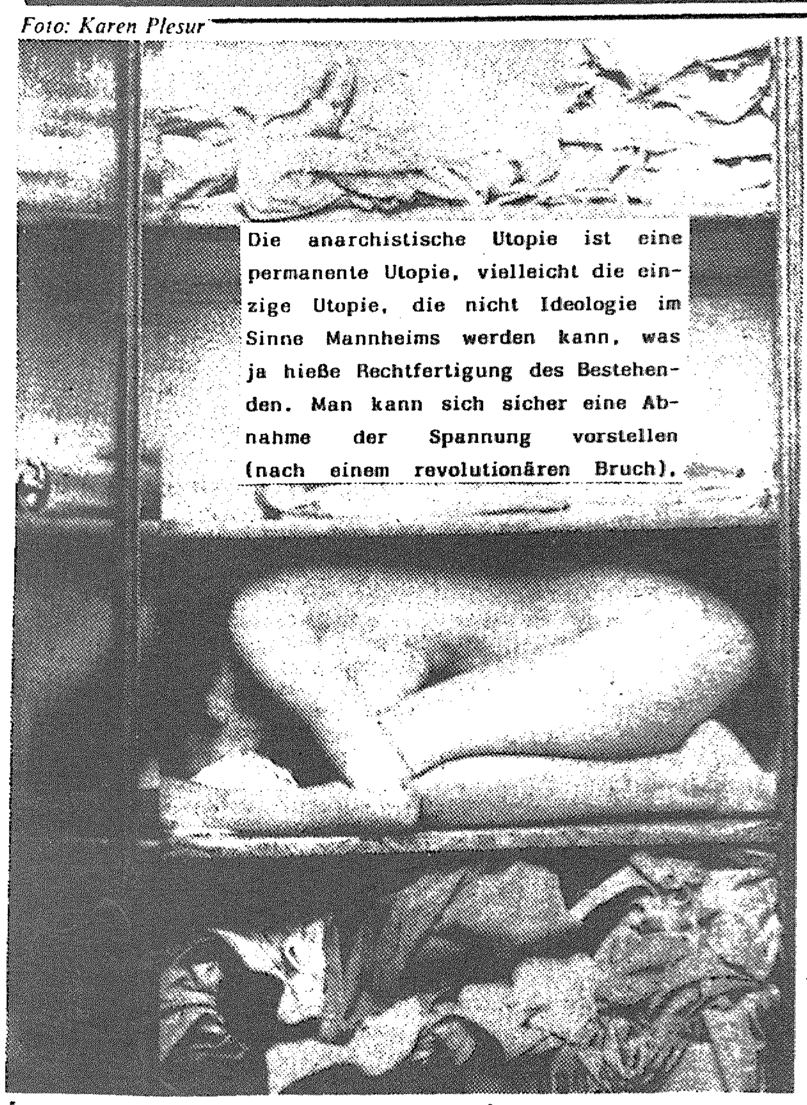


Foto: Karen Plesur



Die anarchistische Utopie ist eine permanente Utopie, vielleicht die einzige Utopie, die nicht Ideologie im Sinne Mannheims werden kann, was ja hieße Rechtfertigung des Bestehenden. Man kann sich sicher eine Abnahme der Spannung vorstellen (nach einem revolutionären Bruch), aber die libertäre Besonderheit der anarchistischen Utopie garantiert eine unbeugsame Spannung in Richtung Wandel. (...) Niemand wird jemals behaupten können, daß die unbegrenzten Formen der Freiheit ausgeschöpft worden sind; daß der Horizont erreichbar ist! (...)

Die anarchistische Utopie ist der Raum für 1000 Utopien, sie ist der Raum für 1000 Modelle, die die Formen der Freiheit erforschen mit der doppelten Funktion, subversiv auf das soziale Bild einzuwirken (in dem sie die Möglichkeiten des "Unmöglichen" aufzeigen und das "Unglaubliche" glaubhaft machen) und im Kopf mit Plänen libertärer und gleicher Gesellschaften zu experimentieren, (...) um sie auch wirklich schaffen zu können. (...) Die Zurückweisung (von Seiten der Anarchisten) dieser geistigen Experimente, d.h. dieser Diskussion der Organisationsprobleme einer sozial gleichen und libertären Gesellschaft ist unvernünftig, sei es, daß sie aus der Furcht vor der "Flucht nach vorne" erwächst, sei es, aus der Überlegung, daß die Konstruktion der Freiheit nicht unsere Aufgabe, sondern die der Massen ist, ... und daß man sich im Moment nur mit dem destruktiven Moment beschäftigen muß.

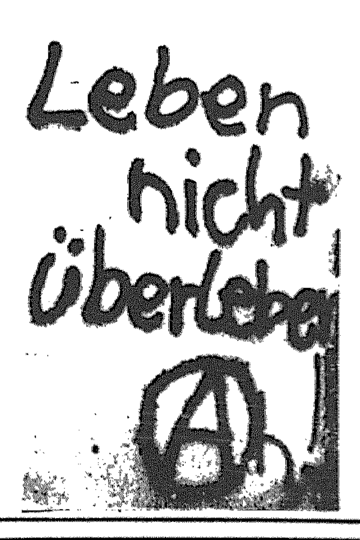
Die Irrtümer, die hinter dieser Argumentation stehen, sind zurückführbar auf ein Unverständnis der utopischen Funktion oder auch auf eine streng deterministische Auffassung der Geschichte oder streng naturalistische des Menschen oder gar auf eine weitergehend mystische apokalyptische Sichtweise der Revolution. Es ist eine Zurückweisung, die die subversive Kreativität abtötet, die das intellektuelle Gepäck des Anarchismus verarmen läßt; die schließlich riskiert, die libertäre Theorie und Praxis wehrlos zu lassen gegenüber den unmittelbaren Problemen der Destruktion-Konstruktion, und vor allem gegenüber dem gewaltigen sozialen Beharrungsvermögen, mit dem die Macht sich nach jedem revolutionären Bruch wieder erneuert. (...)

Der Staat faßt heute mehr denn je das hierarchische Prinzip in sich zusammen. Wenn er gestern nur die Organisation der politischen Macht war, so absorbiert er heute (und wird dadurch scheinbar gerechtfertigt) eine große Spannweite sozialer Funktionen (wirtschaftliche, pädagogische, logistische, kulturelle, dienstleistungsmäßige). Die Utopie des Staates - die technobürokratische Utopie - ist die Strukturierung der gesamten Gesellschaft gemäß seinen hierarchischen Linien. Es ist eine Utopie, die wenn sie verwirklicht würde, den Tod der Gesellschaft bedeutete, ... die anarchistische Utopie ist folglich der Antikörper, den die Gesellschaft in wachsendem Maße produzieren muß, wenn sie überleben will.

Die "Gesellschaft gegen den Staat" der anarchistischen Utopie ist die Revolte der beherrschten sozialen Gruppen (der ausgebeuteten Klassen, der Frauen, der unterdrückten Minderheiten ...) gegen das Prinzip der Beherrschung, gegen die Logik der Macht ... . Dies muß vorstellbar sein, ... die Gesellschaft muß nachdenken - und so weit wie möglich auch ausprobieren (über Formen der Selbstverwaltung, direkten Demokratie, Dezentralisierung und Föderalismus). Sie muß experimentieren mit nicht-hierarchischen Beziehungen zwischen Mann und Frau, zwischen Erwachsenen und Kindern, Stadt und Land, Hand- und Kopfarbeit.. .

"Wir haben nicht die geringste Absicht", schrieb Bakunin, "irgendeinem Volk ein System aufzudrängen, das in Büchern beschrieben oder von uns erarbeitet worden ist. Das Volk wird nur dann glücklich und frei sein, wenn es sich aus sich selbst heraus organisieren kann." Dies ist eine Behauptung, die sicherlich jeder Anarchist teilen wird. Aber was hier mit Gewalt verneint wird, ist nicht die utopische Planbarkeit überhaupt, sondern es ist die Forderung von oben globale Pläne der Gegenwart und der Zukunft aufzudrücken, es ist der technobürokratische Traum vieler Sozialingenieure, die Wirklichkeit in die Zwangsjacke <u>ihrer</u> Rationalität zu zwingen. (...)

Die antiautoritären Utopien hingegen, wie Maria Luisa Berneri es beobachtet, "versuchten nicht, einen vorgefertigten Plan zu präsentieren; aber gewagte und normverletzende Ideen verlangten, daß jeder Mensch 'einzigartig' sei und nicht einer von vielen, sie schlugen ein Ideal des Lebens vor, ohne davon einen Plan zu machen - das hieße nämlich eine tote Maschine angewandt auf lebende Materie." (...)
Es wird klar, daß man die dogmatische Strenge der Modelle ablehnt, nicht ihre Existenz und ihre Nützlichkeit allgemein. (...) Subversive



Modelle, die bisweilen schriftlich, viel öfter in unserem Verhalten, in Entscheidungen, im Leben vorgezeichnet werden (...) und die das Bild von einer möglich-unmöglichen Gemeinschaft von freien und gleichen Menschen am Leben erhalten. Möglich, weil es ganz in der menschlichen "Natur" liegt, unmöglich, weil es ganz außerhalb der herrschenden Kultur liegt. Möglich, weil der Mensch sich denkt und wünscht, als Gleicher unter Gleichen zu leben, unmöglich wenn der Knecht sich weiter als Knecht fühlt und davon träumt, Herr zu sein.

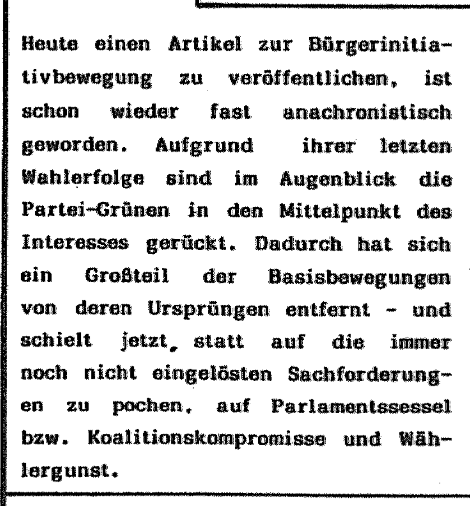


Bürgerversammlung

Heute, Dienstag, 24. August, findet um 20 Uhr in der Hepper-Turnhalle eine Bürgerversammlung statt zum Thema

»Wie können die Arbeitsplätze bei ZANKER erhalten werden?«

Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Tübinger Betrieben und die Bevölkerung, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, um zu dokumentieren, daß sie mit den betroffenen Arbeitern und Angestellten von ZANKER solidarisch sind. Da Ziel muß sein, die endgültige Schließung von ZANKER zu verhindern.



Heute einen Artikel zur Bürgerinitiativbewegung zu veröffentlichen, ist schon wieder fast anachronistisch geworden. Aufgrund ihrer letzten Wahlerfolge sind im Augenblick die Partei-Grünen in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Dadurch hat sich ein Großteil der Basisbewegungen von deren Ursprüngen entfernt - und schielt jetzt, statt auf die immer noch nicht eingelösten Sachforderungen zu pochen, auf Parlamentssessel bzw. Koalitionskompromisse und Wählergunst.

Der im September 80ig Jahre alte Otto Reimers, ehemals Herausgeber von INFORMATION, NEUES BEGINNEN und ZEITGEIST, veröffentlichte im 1977 in der Zeitschrift AKRATIE, Nr.8 folgenden Artikel, durch den wir auf die Ursprünge der Basisbewegung und ihren eigentlichen Sinn zurückverweisen wollen, nämlich als Ein-Punkt-Bewegungen gerade außerhalb und in Konflikt mit dem Parlament direkte Interessen der Betroffenen wahrzunehmen.

Die antiautoritären Impulse, die Otto Reimers vor 5 Jahren in den Bürgerinitiativen sah, gilt es wieder verstärkt ins Zentrum der Diskussion zu rücken; gerade dann, wenn sich grüne Politiker a la Hasenclever vollends der MACHT zuwenden und es unser Interesse ist, enttäuschte "Basisgrüne" zur eigentlichen Arbeit zurückzugewinnen.



BÜRGERINITIATIVEN: AUFSTAND GEGEN DIE VERWALTUNGSMENTALITÄT

Die BI's sind heute eine nicht zu übersehende Kraft, die durch ihre vielseitigen Aktivitäten ein Faktor des Fortschritts in Riehtung auf eine unmittelbare Demokratie darstellen. Bemerkenswert ist, daß diese neue Volksbewegung Organisations- und Aktionsformen entwickelt hat, durch die die sterilen, auf Zentralismus und Bürokratisierung ausgerichteten Parteien und Gewerkschaften ins Abseits gedrängt wurden. Durch den föderativen und unbürokratischen Aufbau haben die Bürgerinitiativen sich zu einer eigenständigen und unabhängigen Bewegung entwickelt, die sie, wenn auch unbewußt, in die Nähe anarchistischer Gedankenwelt rückt. Als örtliche Interessengemeinschaften zur Wiederherstellung der vernachlässigten und gegen die Anliegen der Bewohner gerichteten Parteienwirtschaft entstanden, haben sie ihre volle Unabhängigkeit gegen Bevormundung und zentrale Steuerung bewahrt.
Sie richten sich gegen die Stadt-und Gemeindeverwaltungen und deren zentralgesteuerte Unzulänglichkeit, die total von den Hausmächten der Parteien dirigiert werden, abseits der Bewohner, die einflußlos alles über sich ergehen lassen müssen, als das verhängnisvollste Übel unserer Gesellschaft. In der lebendigen Anteilnahme der Bevölkerung läßt sich die schöpferische Gestaltungskraft erkennen, die nur in der Autonomie und im Föderalismus ihren eigenstän-

digen und verantwortungsbewußten Ausdruck findet.
Mit diesen Gedanken der Selbstverantwortung sind die Bürgerinitiativen zu einer bedeutungsvollen Volksbewegung geworden, die aus vielen selbstständigen Ortsinitiativen zu mächtigen Protestkundgebungen zusammenwächst, wo alles von der Basis her, vom Willen der Mitglieder gestaltet wird. Ihre aktive Arbeit mit direkter Zielsetzung verrichten sie uneigennützig und sind von innerer Begeisterung erfüllt. Für sie sind Staat und Wirtschaft in ihrer zwingenden Selbstherrlichkeit nicht das Maß aller Dinge. Der tägliche Einsatz im friedlichen Geist der Revolte gegen Unbilden von Staat und Wirtschaft hat sie zu einer neuen Sicht der Gesellschaft geführt, für eine wirkliche Kultur und Neugestaltung des menschlichen Lebens. Die BI's sind heute für die Bundesrepublik eine ungewöhnliche und für die Amtssessel der Parteienbürokratie eine entscheidende Volksbewegung geworden, die sie in ihrer Wesenheit weder begreifen noch verstehen wird.
Sie rütteln die Menschen aus ihrer Gleichgültigkeit, nehmen Einfluß auf die Gestaltung ihrer Umwelt, wie es keine Partei vermag und wachsen zu einer allumfassenden Bewegung der mündigen Bürger für direkte Demokratie. Für sie ist Demokratie nicht ein Begriff der Staats-und Parteienideologie und ebensowenig wird der "Fortschrittsglaube" von wirtschaftlicher Expansion akzeptiert, der in seinem Wesen vom technokratischen Managertum beherrscht wird und deutlich den Weg markiert zu einem industriellen Feudalismus, der letztlich in der Despotie - im Atomstaat endet.
Staat und Wirtschaft sind in ihren Auffassungen und Zielsetzungen identisch. Alle Wege, die unsere heutige Gesellschaft beschreitet, sind menschenfeindlich und naturwidrig. (...) Die Bürgerinitiativen warnen den Staat und die Parteien, die lauthals von Freiheit und Verteidigung demokratischer Rechte reden vor Verleumdungen und ihrer verabscheuungswürdigen Methode der Verteufelung, kritische Bürger zu Kommunisten zu stempeln, als plausible Rechtfertigung zum Einsatz der Staatsgewalt.(...)
Das Wesen der Bürgerinitiativen ist der friedliche Aufstand der Dezentralisation gegen den Monolith der Staats-und Parteienherrschaft und ihrer technokratischen Blindheit einer lebenswerteren Kultur gegenüber. Sie muß den Köhlerglauben zerstören, daß in der Regierung, im Parlament und in den Amtsstuben der Bürokratie die Weisheit und die Intelligenz sitzen und unten die Dummen sind, die an der Basis die Arbeit verrichten, das Leben meistern und alles über sich ergehen lassen müssen. Ihre Aufgabe ist es, dem geistlosen, alles nivellierenden Zentralismus der Staats-und Verwaltungsbürokratie die Grundlage zu entziehen, indem sie die Städte in Stadtteile, in kleine überschaubare Wohnbezirke dezentralisieren. Es müssen hunderte von Volksinitiativen entstehen, wie die Pariser Sektionen und Clubs 1789, die mit direkten Mandaten versehen eine neue Stadtverwaltung anbahnen, die vom handlungsfähigen Stadtvolk getragen ist. Erziehung und Schule müssen dem Staat und dem verheerenden Einfluß der Parteien entzogen und ihre Kompetenz ganz unter die Verwaltung der Schüler, Lehrer und Eltern kommen.
Die Bürger im solidarischen Geist vereinigt, werden über alle Fragen der Gemeinden entscheiden und zu einem immerwährenden Handeln kommen. Das ist der Sinn der Bürgerrechte, sich einzusetzen und wirksam zu sein im echten Geist der Freiheit, der Menschlichkeit und der geschändeten Natur. Heute richten sie ihren entschiedenen Willen gegen die großen Gefahren der Atommeiler und morgen werden sie sich gegen die unfähige und falsche Schulpolitik wenden.(...) Beide Bewegungen, die Bürgerinitiativen und der Anarchismus, müssen sich gegenseitig befruchten und gemeinsame Anstrengungen machen, eine neue menschenwürdige Welt zu zimmern...

ANARCHISTISCHE FÖDERATION





Wenn wir bundesdeutschen Anarchisten konkret über den Aufbau einer nationalen Föderation nachdenken, müssen wir uns zwei Fragenkomplexen zuwenden:
1. Was kann eine anarchistische Organisation in realistischer Einschätzung der gegenwärtigen Lage leisten?
2. Was sind wir bereit, für den Aufbau und den Erhalt einer anarchistischen Föderation auf nationaler Ebene zu opfern?

__1. Was kann eine anarchistische Organisation heute leisten?__

Eine anarchistische Föderation darf per Definition die meisten Funktionen politischer Organisationen nicht haben, nämlich all die, die der Machtentfaltung über die Mitglieder oder gar über Nicht-Mitglieder dienen. Es bleiben die Funktionen von Koordinierung/Information zwischen aktiven lokalen Gruppen und von organisierter Diskussion. Daß eine Föderation nicht aktiver sein kann als die ihr angeschlossenen Mitglieder und Gruppen, versteht sich zwar eigentlich von selbst, wird jedoch nur allzu leicht vergessen. Den Aufbau einer nationalen Föderation, die Aktionsgruppen koordiniert und zwischen ihnen die Kommunikation herstellt, hat Horst Stowasser in der Sondernummer "Organisation" der "Freien

Presse" gut dargestellt: Nur über regionale Föderationen von Gruppen, die über längere Zeit eine stabile Zusammenarbeit erprobt haben, kann eine sinnvolle und dauerhafte nationale Föderation mit aktionistischem Anspruch entstehen. Gründungen "von oben" sind hierfür zwecklos. Alle Ansätze zu solchen regionalen Föderationen sind bisher leider im Sande verlaufen. Es scheint mir darum müßig, eine nationale Föderation mit dem Ziel des Zusammenschlusses von Aktionsgruppen zum jetzigen Zeitpunkt zu planen; alle dahingehenden Energien müssen in den Aufbau stabiler regionaler Organisationen gehen.

Dennoch gibt es eine Funktion, die eine nationale anarchistische Föderation erfüllen könnte, eine zwar bescheidene, aber dennoch gerade jetzt eine wichtige Funktion, nämlich <u>die Durchführung einer organisierten programmatischen Diskussion.</u> Diejenigen, die da meinen, Anarchismus sei durch die Begriffe "Ablehnung jeglicher Herrschaft" und "Errichtung von Selbstverwaltung" hinreichend erklärt und es käme nun darauf an, ordentlich Randale zu machen, werden das als Papierkram abtun. Dagegen meine ich, daß eine solche Diskussion ebenso notwendig ist wie sie der anarchistischen Praxis nützt:

*(a) Sie ist notwendig, weil die Auslegung des Anarchismus auf heutige Verhältnisse durchaus Probleme aufwirft, besser: weil der Anarchismus keine so einfache Sache ist, wie manche Anarchos sich einreden - denn warum sonst gäbe es so viele verschiedene Richtungen, die manchmal gar so weit gehen, sich gegenseitig das Anarchist-Sein abzusprechen? Überdies ist eine programmatische Diskussion notwendig, damit wir nicht Selbstverständlichkeits-Überzeugungen erliegen, die eher zufällig und modisch das linke Millieu prägen. So scheint es uns selbstverständlich zu sein, daß Anarchisten gegen Atomkraft sind; in England und Amerika trifft dies aber nicht zu, dort gibt es erbitterte Diskussionen über die anarchistische Position zur Kernenergie. Mit diesem Beispiel will ich <u>nicht</u> sagen, daß auch wir in der BRD anarchistische Kernkraft-Befürworter "brauchen" - ganz im Gegenteil glaube ich Argumente zu haben, die die angelsächsischen anarchistischen KKW-Befürworter widerlegen. Das Beispiel soll nur zeigen, daß wir unsere Positionen begründen müssen und nicht einfach als selbstverständlich hinnehmen dürfen.

*(b) Die programmatische Diskussion ist <u>nützlich</u> für die Praxis, weil sie als Transmissionsriemen zwischen Theorie und Praxis fungiert: Die praktischen Erfordernisse, gesellschaftliche Probleme und Entwicklungen werden mit den theoretischen Einsichten, Modellen und Analysen in der programmatischen Diskussion zusammengebracht. Wenn der bundesdeutsche Anarchismus seine eigene Identität haben soll und nicht nur als "Gefühl" oder "Tendenz" in anderen Bewegungen mitschwingt, wo er dann letztlich doch untergebuttert wird (wenn es keine eigene anarchistische Perspektive gibt), dann müssen die Anarchisten sich auch in programmatischen Diskussionen jene Identität <u>geben</u>. Weder Bakunin noch Bookchin gelesen zu haben, reicht für eine solche Identität aus, ebensowenig die Teilnahme an Aktionen, die von anderen Bewegungen initiiert wurden oder deren Ziele andere Bewegungen vorgaben. Wie genuin antistaatliche Aktionen heute aussehen und wo sie ansetzen könnten, ist kaum einem bundesdeutschen Anarchisten ganz klar.







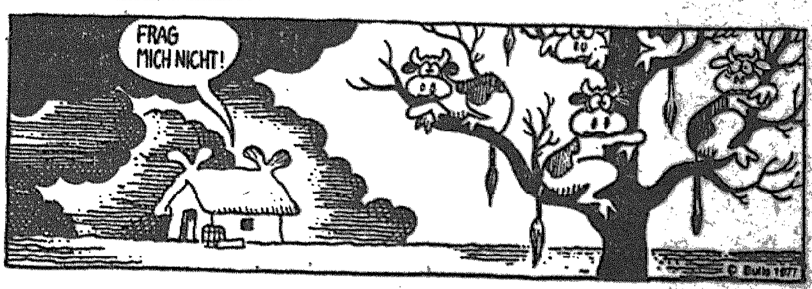


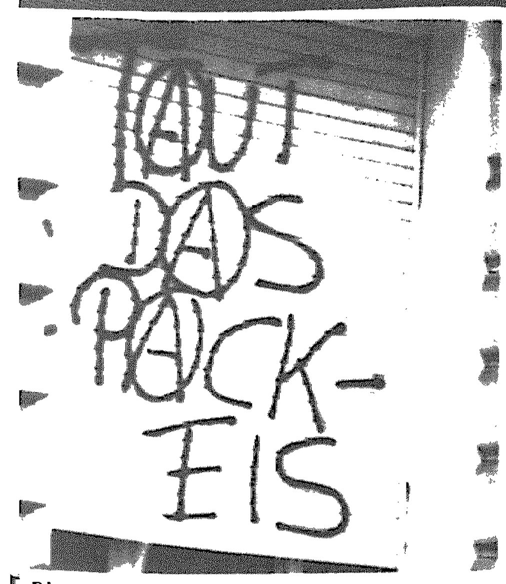
Eine programmatische Diskussion organisiert anstatt informell durchzuführen, scheint mir aus folgenden Gründen angebracht:

*(a) Die anarchistischen Publikumszeitungen müssen Rücksicht auf die Interessen eines größeren Leserkreises nehmen, sie können und sie sollten auch nicht In-Group-Organe sein; überdies haben sie oft Platz-und Geldmangel, erscheinen nicht einer programmatischen Diskussion entsprechend.

*(b) Die informellen Kontakte zwischen Gruppen und Einzelpersonen sind zufällig und neigen überdies zur Abkapselung von anderen Richtungen und Meinungen.

Eine Föderation könnte zunächst folgendes in Angriff nehmen: Schaffung von mehr oder weniger regelmäßigen Diskussionstreffen und eines zur Vor- und Nachbereitung dieser Treffen geeigneten billig produzierten Diskussionsorgans. Es wäre möglich, schon mit einer sehr kleinen Gruppe, dies in Angriff zu nehmen.





Die Perspektive dieses Vorgehens wäre selbstredend, letztlich nicht nur nach "innen", sondern auch nach "außen" zu wirken, nämlich anarchistische Fragestellungen und Perspektiven in andere gesellschaftliche Gruppen zu tragen. Eine solche katalytische Wirkung wird allein dadurch erreicht, daß die Mitglieder der Föderation in weiteren sozialen Bezügen stehen oder gar aktiv in einer der Bewegungen arbeiten; durch Kontakt mit anderen Anarchisten, die Identität und die Perspektive, die in der Föderation hergestellt werden, vergrößert sich auch der Einfluß der ihr Angeschlossenen je in ihrem persönlichen Bereich.

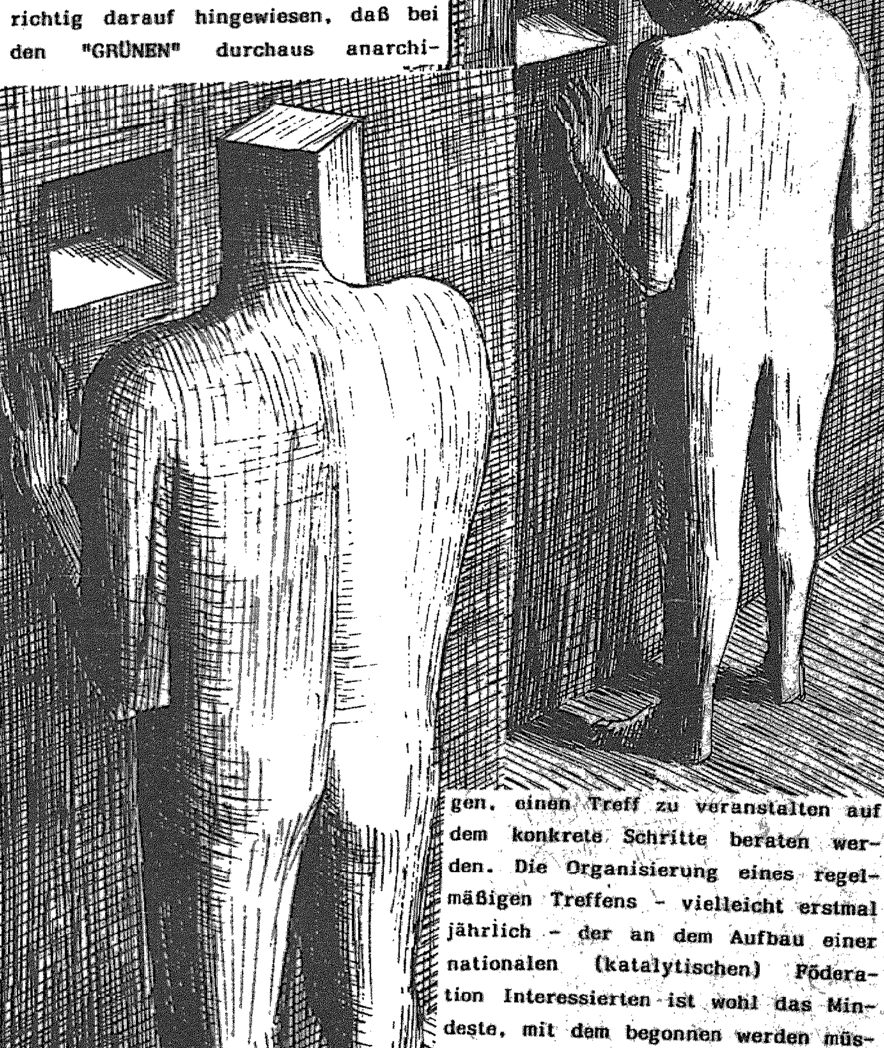
Wenn eine solche Föderation stabil funktioniert, kann sie auch eventuell anfallende Koordinations/Informations-Funktionen übernehmen und so schrittweise zu einer aktiven anarchistischen Organisation werden. Regionale Föderationen, aber auch lokale Gruppen könnten auf eine bestehende nationale Föderation zurückgreifen und bräuchten nicht ihre Energien zwischen der Erhaltung der eigenen Organisation und dem Aufbau einer nationalen Föderation zu teilen.

2. WAS SIND WIR FÜR EINE FÖDERATION ZU OPFERN BEREIT?

Die bisherigen bundesdeutschen anarchistischen Organisations-Versuche scheiterten aber nicht nur an zu hoch gesteckten Zielen oder mangelnder Basis, sondern auch an falscher Einschätzung des notwendigen Einsatzes. Es ist nur sinnvoll, den Aufbau einer Föderation anzugehen, wenn die Gründungsmitglieder bereit sind, dauerhaft Arbeit und eventuell auch Geld in das Projekt zu stekken;d.h. indirekt auch, daß diese Arbeit und dieses Geld anderen anarchistischen Projekten nicht zur Verfügung steht. Es ist darum in einer Situation, in der es um den Anarchismus in der BRD nicht gerade gut bestellt ist, durchaus ein Problem, ob die nationale Organisierung als so wichtig angesehen werden muß, daß dafür ein Teil der spärlichen Kräfte abgezweigt werden sollte. Ich meine JA: denn anarchische Tendenzen, Strömungen und Sympathien gibt es in verschiedenen Bereichen der bundesdeutschen Gesellschaft und es käme darauf an, ein Forum zu schaffen, auf dem diese Tendenzen zusammengefaßt und verstärkt werden, sich eine gemeinsame Identität suchen und sich mit koordinierten praxisnahen Perspektiven ausstatten. Nur ein Beispiel:

Volker Schössler hat im SF No.8 richtig darauf hingewiesen, daß bei den "GRÜNEN" durchaus anarchistische Ansätze existieren. Dies drückt sich in dem Eintreten für Dezentralisierung und Selbstverwaltung aus. Schauen wir aber die Programme an, zeigt sich, daß "Dezentralisation" und besonders "Selbstverwaltung" eigentlich sehr verschwommene ungenaue und unbestimmte Zukunftsmusiken darstellen - die konkreten politischen Forderungen verbleiben im Etatismus, ja zielen oft genug auf Vermehrung von Staatstätigkeit und Staatsausgaben. Es wäre meines Erachtens schon einiges wert, die anarchischen Perspektiven anzureichern.

Ein erster konkreter Vorschlag zum Aufbau einer "katalytischen" Föderation von mir wäre, daß sich engagierte Leser und Mitarbeiter der Zeitschriften "DIE FREIE GESELLSCHAFT" und "SCHWARZER FADEN"(Erweiterung dieser Liste ist selbstverständlich jederzeit möglich) darüber verständigen, einen Treff zu veranstalten auf dem konkrete Schritte beraten werden. Die Organisierung eines regelmäßigen Treffens - vielleicht erstmal jährlich - der an dem Aufbau einer nationalen (katalytischen) Föderation Interessierten ist wohl das Mindeste, mit dem begonnen werden müsste.

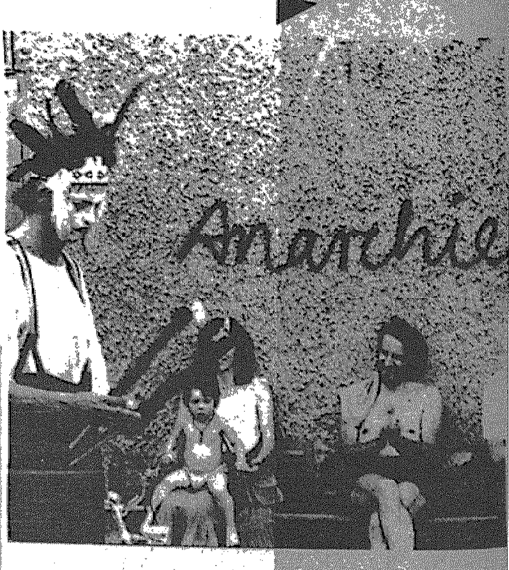


von Stefan Blankertz

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH UNTER ANARCHISTEN

Am 6.11.82 fand in Essen ein Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und französischen Anarchisten statt. Die Zeitschrift "TRAFIK" hatte eingeladen und ca. 20 Leute aus Köln, Mühlheim, Essen, Düsseldorf, Dorsten, Dortmund und Hamm waren anwesend. Während der Bericht der drei französischen Genossen über den außergewöhnlichen Erfolg von Radio Libertaire in Paris sehr interessant war, blieben ihre Aussagen zu den Themen Selbstverwaltung, Regionalismus, Befreiungsorganisationen der 3. Welt, Parlamentswahlen und der Arbeitsweise der anarchistischen Föderation (FAF) mit ihren abstrakten, altbekannten Statements so sehr an der Oberfläche, daß man nach der Veranstaltung in diesen Fragen nicht klüger als vorher war. Wegen dem Erfahrungsaustausch mit den Franzosen konnte die Auseinandersetzung über die in Zukunft angestrebte Zusammenarbeit in der Region Ruhrgebiet nicht den breitesten Raum einnehmen. Angesprochen wurden die Haltung der Anarchisten gegenüber den Grünen und vor allem, inwieweit eine Zusammenarbeit unter den Anarchisten möglich ist und wie sie für die Zukunft aussehen könnte. Es war klar, daß an diesem Tag solche Fragen nur andiskutiert werden konnten und deswegen in den nächsten Monaten weitere Zusammenkünfte stattfinden müssen. Peter Peterson von Trafik hat sich dankenswerterweise bereiterklärt, hierfür Einladungen zu verschicken.

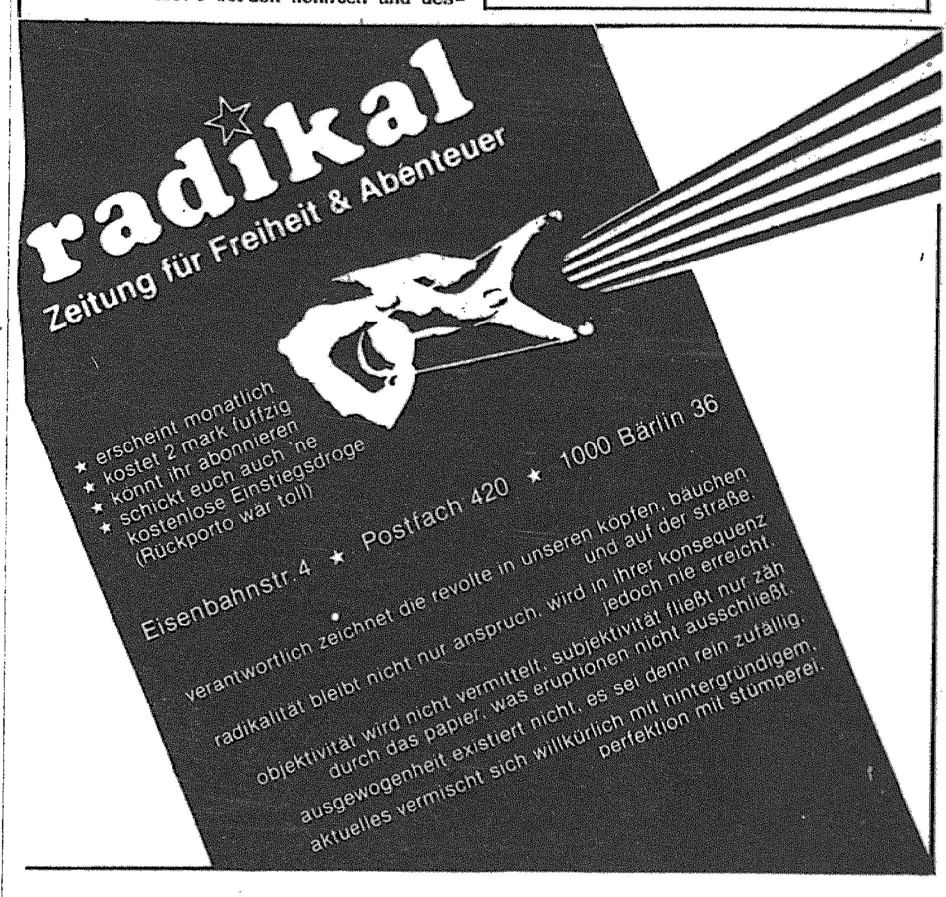
von Horst Blume



btr.: Anarchoclinch

Aufgrund unserer Organisationsdebatte kam es z.T. zu überraschenden Reaktionen von Seiten "befreundeter" Redaktionen. Auf der Gegenbuchmesse 82, konnten die strittigen Punkte mit Teilen der AKTION-Redaktion solidarisch beigelegt werden. Dafür erschien in der DIREKTEN AKTION eine Art Satire, obwohl wir uns Erfahrungen, Anregungen, Warnungen o.ä. von dieser Seite erwartet hätten. Da uns indirekt Zensur dieses Textes, der uns zugeschickt worden war, vorgeworfen wird, zwei Anmerkungen: im SF werden gemäß Redaktionsbeschluß keine Polemiken, Satiren etc. gegen Genossen veröffentlicht, die behalten wir uns für unsere wirklichen Gegner vor. Zum anderen und grundsätzlich: wir werden <u>nicht</u> die unrühmliche Anarchotradition fortsetzen, in der sich kleinste und größere Gruppierungen gegenseitig mehr bekämpften als sie nach außen politische Wirkung erzielten. Wenn wir deshalb auf anmachen etc. in Zukunft nicht reagieren, so möge uns dies nicht als Arroganz ausgelegt werden, sondern als unsere Überzeugung, daß Clinch mehr mit geistiger Enge als mit Anarchismus zu tun hat, und daß er in jedem Fall der anarchistischen Bewegung nur schadet. Wenn wir politische Widersprüche haben, können wir die auch solidarisch und ernsthaft ausdiskutieren bzw. statt besserwisserischem Zurechtweisen mit Argumenten Gegenpositionen beziehen. Grundsätzlich sehen wir den SF als Diskussionsforum, in dem auch "anarchistische Wahrheiten" neu durchdacht werden dürfen. Weg mit allen Tabus – man wirft Prinzipien noch lange nicht über Bord, wenn man sich getraut, sie aktuell zu überprüfen!

SF-REDAKTION



RADIO LIBERTAIRE

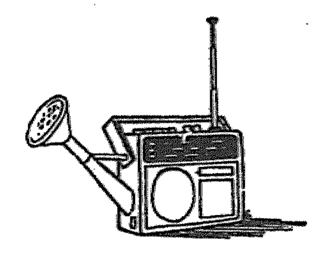
Radio Libertaire (RL) hat in letzer Zeit durch seine Sendungen zu einer ungewöhnlich starken Verbreiterung freiheitlichen Gedankengutes beigetragen. Dieser Bericht soll Hintergrundinformationen über die Arbeitsweise der anarchistischen Genossen bringen und knüpft inhaltlich an den Artikel in der letzten Nummer des SF an.

Die Situation des regionalen Rundfunkwesens in Frankreich wird dadurch geprägt, daß bedingt durch Finanz- und Politikinteressen 7-8 Radiostationen ein Monopol für die lokale Kommunikation haben. Die verbleibenden Stationen können nicht mehr als maximal lo.ooo Zuhörer erreichen. Sie werden innerhalb ihrer ersten 3 Jahre durch "seriöse" Stationen ersetzt, welche in diesem Moment insgeheim Gewinne aus Werbung machen. Denn täuschen wir uns nicht, die bisherigen Ausnahmen vom Monopol sind nichts anderès als Sendelizenzen, möglicherweise vergleichbar mit der Lizenz für den Vertrieb von Getränken. Anstelle einer phantastischen kulturellen Explosion wird sich ein neues etabliertes Monopol entwickeln. Faktisch werden wir auf lokaler Ebene mit der Frequenzmodulation das wiederfinden, was sich auf nationaler Ebene mit den großen Wellen abspielt Die medienpolitischen Fehlentscheidungen der neuen linken Regierung basieren auf der Vorstellung, daß sich die Tendenz der autoritär geführten Sender leicht nach links hin verändert und freie Radios deswegen nicht so wichtig wären. Dies ist ein schwerer Irrtum, da die Sender von der Finanzwelt abhängig sind.(...)

Von Anfang an brachte Radio Libertaire ein Musikprogramm. Die Station sendete im Schnitt 90 % französische Chansons, ausgewählt nach dem Geschmack der Animateure und nach den Wünschen der Zuhörer. Die Grundlage des Programms bildeten libertäre Sänger. Es gibt viele Talente, die unseren Ideen nahestehen, sodaß es nicht schwer ist, ein Musikprogramm mit gutem Niveau zu haben: Brassens, Brel, Ferre ... RL ist das einzige Radio im Pariser Raum, welches ein Programm des modernen französischen Chansons hat, das von dem Publikum und nicht von der Konsumindustrie bestimmt wird.

Aus Ehrlichkeit gegenüber den Höhrern hat RL niemals seine Wünsche verborgen, wohingegen sämtliche andere Stationen dies getan haben.

RL ist anarchistisch. Es ist sogar das erste anarchistische Radio der Nachkriegszeit (die spanischen Anarchisten hatten während des Bürgerkrieges gesendet). Von Anfang an hat es alle Strömungen dieser Geisteshaltung wiedergespiegelt. Es öffnet sich gerne jeden Tag Bewegungen und Vereinigungen, welche in ihrem Bereich einen ähnlichen Kampf



wie es selbst führen. Ebenfalls empfängt es Gäste mit völlig entgegengesetzten Ideen bei sich. Ohne jemanden, der am anderen Ende zuhört, ist eine Station nur eine Sache um Vergnügen zu haben. Diese einfache Erkenntnis wird von vielen Radios mißachtet: 75% der 117 Stationen haben kein Publikum und werden es nie haben.

Ende Jannuar82 präsentierte RL seinen Hörern ein neues Programmschema mit 114 Stunden je Woche für 7 Tage. Die innere Organisation des Radios reflektiert unsere libertären Vorstellungen. Es gibt keinen "Antennenchef", nur eine wöchendliche Vollversammlung der Animateure, Regisseure und Telefonisten, welche die Abstimmung des Programms regelt. Entscheidungen finden immer nur einstimmig statt. Da jeder Einzelne seine volle politische Selbstständigkeit hat, heißt das, daß jedes Team für seine Sendung voll verantwortlich ist. Sie hat ihre eigenen Techniker, Telefonisten, Animateure, Gäste und sprezielle Themen. Diese Struktur bietet den Vorteil, daß sich die Leute gut kennen und gemeinsames Interesse an den Inhalten der Sendungen haben. Ein anderer Aspekt dieses Systems ist die Verschiedenheit des Stils im Laufe eines Tages, ohne daß eine gemeinsame Darstellung nach außen hin darunter leiden würde. RL zählt im Moment 56 Mitarbeiter, die an allen Plätzen eingesetzt werden können. Die Ergebnisse eines verteilten Fragebogens im Juni 82 im Pariser Becken untermauert unsere Annahme, daß RL eine Zuhörerschaft von 100.000 Personen je Tag hat. Diese Zahlen werden durch die vielen Telefonate, Zuschriften und durch eine unveröffentlichte Umfrage einer Behörde noch bestätigt.

(Übersetzt aus einer Selbstdarstellung von RL von Franz-Josef Marx, bearbeitet von Horst Blume)

+ + +

"Schöne neue Medienwelt?"

Diese 48seitige Broschüre der Dortmunder "BI Stop Kabelfernsehen" beschäftigt sich für den Laien gut verständlich mit den Auswirkungen und Gefahren der geplanten Verkabelung der BRD. Arbeitsplatzqualität, soziale und menschliche Probleme gehören genauso wie die sich neu ergebenden politischen Überwachungsmöglichkeiten zu den Themen dieses Heftchens. Bezug: Franz-Josef Marx, Heinrichstr. 37, 46 Dortmund 1.(Am Thema interessierte können sich dort auch melden!)

THTR

"DER PLEITE-REAKTOR:THTR (THORIUM-HOCH-TEMPERATUR REAKTOR) IN HAMM/UENTROP.

Auf 28 Seiten beschreibt diese Broschüre Technik und Gefahren, sowie die Besonderheiten, die den THTR von allen anderen Reaktorlinien unterscheidet. Da der Kampf gegen den THTR von dem BBU und den Bundes-Grünen weitgehend boykottiert wird (er ist halt nicht so gut geeignet, sich in der Öffentlichkeit zu profilieren), finde ich es sehr wichtig, daß unabhängige Gruppen und Einzelpersonen uns unterstützen. In der 2. erweiterten Auflage befindet sich ein 8seitenlanger Teil, der sich mit dem Widerstand befasst. Der THTR wird Anfang 1983 in Betrieb genommen, wenn nicht bald was passiert....BEZUG gegen 2 DM in Briefmarken: Horst Blume, Schleusenweg 10, 47 Hamm oder beim SF direkt.

AUFRUFE AUS SEGOVIA

1979-1981, Edition TIAMAT, Grimmstr.26, 1000 Berlin 61

Das Buch bringt Einschätzungen und Interviews mit spanischen Autonomen, die weitgehend totgeschwiegen in spanischen Gefängnissen sitzen, weil sie Aktionen unternahmen, die denen der RZ vergleichbar sind. Ihre Beiträge enthalten anarchistische Ansätze sowie Kritik an der anarchistischen Bewegung. Vile Autonome sind längst wieder aus der CNT ausgetreten; die Begründung:"Der Machtkampf zwischen den verschiedenen Strömungen und das Ausbleiben einer wirklichen Klassenentscheidung ermöglichten und führten die Abkehr von der CNT seitens zahlreicher revolutionärer Elemente herbei, die ihrerseits an deren Wiederaufbau mitgeholfen hatten: aus der autonomen Betriebs-, Stadtviertel- und Studentenbewegung stammend, hatten sie bei ihrem Eintritt in die CNT ihre bisherige autonome Praxis aufgegeben, um sich in die syndikalistischen Strukturen einzufügen."

Nach der Abkehr entwickelten sie diese Praxis erneut: "Die Wiederaneignung ist eine kommunistische Praxis der Gegenwart, die sich von wirtschaftlichen Enteignungen in Banken bis zur Häuserbesetzung, von der Nichtbezahlung der öffentlichen Transportmittel bis zum Diebstahl im Supermarkt, von den freien Radiosendern bis zur Bekämpfung der Atomkraftwerke und der Lohnarbeit erstrecken. Ohne eine Tätigkeit den anderen gegenüber den Vorzug zu geben, aber ind alle zuenem Ganzen gehören, dessen für darin liegt, das Kapital anzugreifen und abzulehnen... die CNT ist zu solchen Zwecken ungeeignet."

KONGRESS ZU MALATESTA

Von 24. bis 26.September 82 fand in Mailand der fünfte, vom Centro Studi Libertari organisierte Themenkongress statt. Vorgänger waren die Kongresse 1976 zu Bakunin, 1978 zur Technobürokratie, 1979 zur Selbstverwaltung und 1981 zur Utopie. Die Vorträge untersuchten Biographie (Vincenzo Mantovani), Widerstand gegen den 1.Weltkrieg (Pier C.Masini), Malatesta und das Erbe Bakunins (Arthur Lehning), Aktualität Malatestas (Eduardo Colombo), Malatesta und die Arbeiterbewegung (Maurizio Antonioli), Malatestas Anarchismus (Nico Berti) oder die Nicht-Ökonomie Malatestas (Luciano Lanza) etc. Wer italienisch kann, wende sich direkt nach Mailand. (Übersetzungen werden von der SF-Redaktion kaum abgelehnt!)

CENTRO STUDI LIBERTARI
G.PINELLI
V.LE MONZA,255
I-20126 MILANO



"FRIEDEN FÜR GALILÄA" – FRIEDHOFSRUHE FÜR PALÄSTINA

DAS MÄRCHEN VOM HILFLOSEN ISRAEL

VON FRIEDERIKE KAMANN

" EURE SEHNSUCHT WAR, SO ZU WERDEN , WIE DIE VÖLKER EUROPAS,
DIE EUCH MORDETEN.
NUN SEID IHR GEWORDEN WIE SIE."

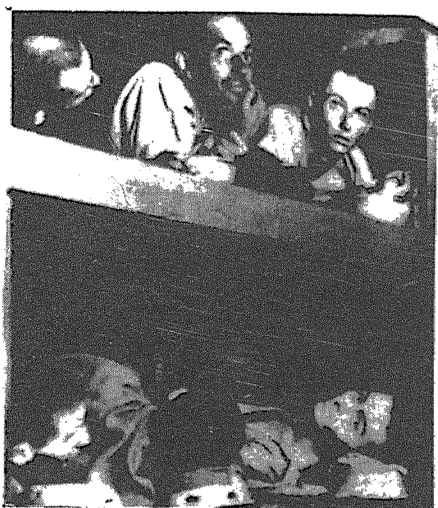
ERICH FRIED



UNBEWÄLTIGTER HOLOCAUST UND KOLONIALISTISCHE AMBITIONEN

Auch 40 Jahre nach der planmäßigen Judenvernichtung im Deutschland der Nationalsozialisten ist es in diesem Land immer noch nicht möglich geworden, sich offen und kritisch zu "Palästina" oder "Israel", zu Palästinensern oder Juden zu äußern; mit "offen" meine ich: ohne Denktabus, die uns den Blick auf die Tatsachen israelischer Außen- und Innenpolitik verstellen und uns zu Propagandisten der Machtinteressen des israelischen Staates stempeln. Die eigene nicht bewältigte nationale Geschichte hat ein ständig latentes schlechtes Gewissen zur Folge, daß jeden in den Geruch des Antisemiten bringt, der sich öffentlich kritisch zu Israels Politik äußert. Was auch immer der Staat Israel unternimmt, (zwischen seiner Beurteilung und der des Judentums muß ein entschiedener Unterschied gemacht werden!), um seine Machtgebiete auszudehnen, arabische Bevölkerungen zu vertreiben oder sie im eigenen Machtbereich als Menschen 2. Wahl zu terrorisieren – mit dem immer neuen Fingerzeig auf die nie 'gutzumachende' Schuld nicht nur der Deutschen, sondern al-

ler europäischen Staaten, einschließlich UDSSR und USA, an den Juden kann es gerechtfertigt werden. So entsteht die dogmatische offizielle Geschichtsschreibung, nach welcher Israel stets ein hilfloses Opfer von Terrorismus, militärischen Angriffen und von unerbittlichem und irrationalem Haß gewesen ist – von den Arabern aus ebendenselben antisemitischen Motivationen bekämpft,



- nicht etwa, weil Israel sie mit Gewalt aus ihren Gebieten gedrängt hat.

Diese psychologische Lage wird noch dadurch zu Israels Gunsten verstärkt, daß sich die Europäer schon immer eher mit dem "westlichen, aufgeklärten Denken" der Zionisten identifizierten, die als Träger kolonialistischer Träume und als Bastionen westlicher Macht und Kultur im "düsteren, mittelalterlich-unterentwickelten" Orient dienen konnten. vgl. Kasten **1** Der Zionismus findet bis heute seine eifrigsten Fürsprecher unter den Vertretern des Liberalismus, vor allem in den USA. Fortschrittsglaube und rassistische Überheblichkeit gehen dabei Hand in Hand mit strategischen Interessen. vgl. Kasten **2**

Von Israel wird die westliche Bereitschaft zur Unterstützung natürlich in breitestem Umfang als Legitimationschance wahrgenommen – gerade weil seine Existenz als Staat in Palästina allen Prinzipien völkerrechtlicher Legitimität widerspricht.

Noch immer orientiert sich die westliche Berichterstattung an den offiziellen Verlautbarungen Israels und dessen Vokabular, in dem die Palästinenser lange Zeit nur als "Terroristen" zugelassen waren – was besonders für den durch die Aktionen der RAF aufgeschreckten Deutschen bösartige Assoziationen weckt und israelische Kommandounternehmen gegen palästinensische Flüchtlingslager ("die Hochburgen, Verstecke, Ausbildungslager der Terroristen") per se rechtfertigen. Eine bedeutsame Rolle spielt dabei die jüdische Lobby in den USA, die ihren Einfluß besonders in Wahlzeiten geltend macht – für kontinuierliche Waffenlieferungen sorgt, und durch ihren Druck auf die US-Medien dazu beiträgt, daß die Palästinenser im dortigen öffentlichen Bewußtsein so gut wie nicht repräsentiert sind. Bis heute kann es sich kein US-Politiker leisten, auch nur anzudeuten, daß die Palästinenser an künftigen Verhandlungen über ihre Gebiete beteiligt werden. Die Anmaßung des Staates Israel, für die gesamte Nah-Ost-Region zu sprechen, seine eigene Sichtweise des Konflikts in den Vordergrund zu spielen, ist aber bis-

1

Die Verklammerung von Zionismus und europäischem Kolonialismus wird in den folgenden Worten besonders gut deutlich:

"Die Juden sind auserkoren für eine bedeutsame Aufgabe: ein lebendiges Verbindungsglied der Kommunikation zwischen drei Kontinenten zu sein. Euch ist es bestimmt, Zivilisationsträger für die Völker zu sein, die noch in der Dunkelheit befangen sind; Euch ist es bestimmt, die Wissenschaft zu lehren, zu der Eure Rasse so viel beigetragen hat; Ihr werdet das Bindeglied zwischen Europa und dem fernen Asien darstellen..., diesen fremden Regionen, die der Öffnung durch die Kultur und Zivilisation bedürfen..."

aus: Arthur Herzberg (Hrsg.) The Zionist Idea: A Historical Analysis and Reader? N.Y. 1976, S.133

2

Ein offener Brief Weizmanns an Balfour vom 30.5.1918 macht deutlich in welchem Maße der westlich geprägte Konsens über den Orient von rassistischen Zügen geprägt ist:

"...Die Araber, auf den ersten Blick schlau und von schneller Auffassungsgabe, beten nur einen einzigen Gott an – Macht und Erfolg – ... Die britischen Behörden wissen um die tückische Natur der Araber und sollten gerade deswegen ständig auf der Hut sein,... Mit anderen Worten: die Araber müssen 'umgarnt' werden.... Der Araber kann Situationen blitzschnell einschätzen und versucht immer das meiste aus ihnen herauszuholen. Er schlägt sofort Alarm und erpreßt sooft wie möglich.... Er ist hinterlistig und hat demgemäß große Vorteile gegenüber dem fairen und korrekt denkenden englischen Amtsträger, der mit den Winkelzügen des Orientalischen Wesens nicht vertraut ist..."

aus: Palestine Papers 1917-1922: Seeds of Conflict; hrsg. v.Doreen Ingranes, London 1972, S.31-32

Die Verquickung von US-Liberalismus und Zionismus entlarvt sich im folgenden Artikel von Reinhold Niebuhr in der New York Times vom 21.11.1947:

"...In politischer Hinsicht wäre es uns sehr willkommen, wenn die Staaten des Nahen Ostens unser Modell von Demokratie praktizierten. Vom sozialen und ökonomischen Standpunkt her sollten sich diese Länder entwicklungspolitisch so verhalten, daß es die Verbesserung der regionalen Lebensbedingungen zur Folge hätte und Rohstoffe sowie neue Märkte erschlossen werden könnten. Mit anderen Worten: Es sind zweifellos die amerikanischen Interessen, die langfristig eine rasche und konsequente Technisierung aller Bereiche im Nahen Osten diktieren.

Jeder, der sich dem Nahen Osten mit auch nur einem Minimum an Objektivität nähert, wird einsehen, daß es nur ein Bollwerk des Fortschritts und der Modernisierung im Nahen Osten gibt, und damit meine ich ein jüdisches Palästina. Ein zweiter den Fortschritt begünstigender Faktor ist ein christlicher Libanon..."



lang nur durchsetzbar, weil sie mit den strategischen Zielen der US-Aussen- und Wirtschaftspolitik korrespondiert.

ISRAEL, DIE HEGEMONIALMACHT IM NAHEN OSTEN

Dennoch, in Washington häufen sich diedie Stimmen, die den imperialistischen Riesen von dem Zwerg Israel auf unverhältnismäßige Weise erpreßt - bzw. erpreßbar sehen. Israel fungiert seit Camp David nicht länger als williger Satellit für US-Interessen, sondern bestimmt zunehmend durch eigenverantwortete kriegerische Aktionen die US-Politik, vor allem deren Handlungsspielraum gegenüber den Arabischen Staaten - aus dieser Schlinge suchen sich die USA janun auch durch Reagans Nah-Ost-Plan zu ziehen. Daß es zu dieser machtpolitischen Fixierung und Verklammerung jedoch kommen konnte, ist von den radikalen nationalen Kräften in Israel schon seit dessen Staatsgründung bestrebt worden. Die in diesem Jahr in Auszügen veröffent lichten Tagebuchaufzeichnungen des früheren israelischen Außen- und Premierministers Moshe Sharett zeigen, daß es den Israelis vor allem darum ging, durch unberechenbare Anwendung von Gewalt die gesamte Nah-Ost-Region so zu destabilisieren, daß Israel als der einzige und unumstrittene militärische Machtblock daraus hervorgeht, der für westliche imperialistische Interessen ansprechbar ist. Das erklärte Ziel israelischer Außenpolitik ist, die Hegemonialmacht im Vorderen Orient zu werden - und nicht etwa, wie propagandistisch immer in den Vordergrund geschoben, die Sicherung seiner Bevölkerung, seiner Grenzen.

Jüdischer Plan zur Teilung Palästinas vom August 1946 | UN-Teilungsplan 1947 | Israel nach dem Unabhängigkeitskrieg 1948 bis 1949

LIBANON, MITTELMEER, SYRIEN, Haifa, Tel Aviv Jaffa, Gaza, Jerusalem, Jordan, Totes Meer, TRANS-JORDANIEN, JORDANIEN, ÄGYPTEN, Akaba

Jüdischer Staat, Arabischer Staat, Internationale Zone Jerusalem

3

Außenminister Dayan am 26.4.1955:

"Wir brauchen keinen Sicherheitspakt mit den USA: Solch ein Pakt wird uns nur ein Hindernis sein. Für die nächsten 8-10 Jahre sehen wir überhaupt keine Gefahr einer arabischen militärischen Übermacht für uns. Selbst wenn sie vom Westen massive militärische Hilfe erhalten, werden wir dank unserer eindeutig größeren Fähigkeit, neue Waffensysteme aufzunehmen, unser militärisches Übergewicht wahren. Der Sicherheitspakt wird uns die Hände binden und uns die Aktionsfreiheit nehmen, die wir in den kommenden Jahren brauchen. Vergeltungsschläge, die wir an einen Sicherheitspakt nicht durchführen könnten, sind unser Lebensnerv. Erstens verpflichten sie die arabischen Regierungen, strenge Maßnahmen zur Sicherung ihrer Grenzen zu unternehmen. Zweitens - und das ist die Hauptsache - ermöglichen sie es uns, in unserer Bevölkerung und der Armee eine hochgradige Spannung aufrecht zu erhalten. Ohne diese Aktionen wären wir kein kämpferisches Volk mehr und ohne die Disziplin eines kämpferischen Volkes sind wir verloren..."

aus: Livia Rockach, Israels Heiliger Terror, S.78

METHODISCHE DESTABILISIERUNG

Dazu lassen sich zahlreiche Beispiele anführen - so der Sinai-Krieg 1956, in dem Israel bewußt die mögliche Verständigung mit dem Ägypten Nassers ausschlug. Abschließend gelungen ist das Vorhaben, den stärksten arabischen Staat auszuschalten, mit dem Separatfrieden von Camp David, durch den Ägypten von der übrigen arabischen Welt isoliert wurde.

Als auf Druck der USA 1955 Nasser den Israelis die Möglichkeit einer künftigen Koexistenz anbot, antwortete Israel mit einem brutalen Überfall im Gaza-Streifen, bei dem 39 Ägypter getötet wurden, und der dann später als israelisches Zurückschlagen eines ägyptischen Überfalls ausgegeben wurde. Das Ziel der ganzen Aktion war einerseits, das Zustandekommen von Verhandlungen zu vereiteln, die Israel die Hände gebunden hätten weitere feindliche Aktionen gegen seine Nachbarstaaten an den Grenzen zu unternehmen; vgl. Kasten 3 andererseits hatte der Überfall die Funktion, den Sinaikrieg propagandistisch einzuleiten.

GEPLANTE VERGELTUNGSSCHLÄGE ALS MITTEL DER EXPANSION

Auf der Logik dieser sogenannten "Vergeltungsschläge" aber beruht sowohl der innere Zusammenhalt Israels als auch seine Wirkung nach Aussen, die sich in der Flucht der Palästinenser und immer weiter vorangetriebenen Gebietserweiterungen niederschlägt. Die Konzeption israelischer Politik besteht gerade im Gegensatz zur offiziellen Propaganda von der "Sicherung der Grenzen" in deren systematischer Verunsicherung. Denn diese bringt für Israel gleich mehrere Effekte, die in Livia Rock-

achs Dokumentation der Tagebücher Sharetts mit zahlreichen Beispielen belegt sind:

1. die Verschärfung des Drucks auf die in den Grenzgebieten lebenden Flüchtlinge, die als "lebendiger, physischer Grenzstein" mit dem Anspruch auf Rückkehr in die Heimat eine ständige Erinnerung an die widerrechtliche Beanspruchung der besetzten Gebiete erinnern;

2. die Produktion neuer Flüchtlingsströme aus Gebieten, die als israelische beansprucht werden;

"In den dreißiger Jahren unterdrückten wir Rachegefühle, und wir lehrten die Öffentlichkeit, Rache als einen absolut negativen Impuls anzusehen. Jetzt rechtfertigen wir im Gegensatz dazu das System der Vergeltung... Wir haben die geistigen und moralischen Hemmschwellen dieses Instinkts eliminiert und es möglich gemacht, Rache als moralischen Wert aufrechtzuerhalten. Dieses Gefühl herrscht in großen Teilen der Öffentlichkeit allgemein vor, bei den Jugendlichen im Besonderen, aber in Sharons Bataillon hat es sich zum 'Wert eines heiligen Prinzips' herausgebildet, das zum Instrument des Staates wird..." (...)
Zitat vom 13.3.1955

"Das Phänomen, das sich unter uns Jahr für Jahr durchgesetzt hat, ist die nicht mehr vorhandene Sensibilität gegenüber Unrecht...gegenüber moralischer Korruption... Für uns ist eine Unrechtstat nichts Besonderes; wir beachten sie nur, wenn die Drohung einer Krise oder eines schlimmeren Resultats damit verbunden ist - der Verlust einer Position, der Verlust an Macht oder Einfluß. Wir haben zu moralischen Problemen kein moralisches, sondern ein pragmatisches Verhältnis." (Zitat vom 11.1.1961) 4
aus: Livia Rockach, Israels Heiliger Terror, S.64/65

3. die Provokation palästinensischer oder anderer arabischer Gegenschläge - eine Voraussetzung, um eigene längst geplante militärische Operationen unternehmen zu können - vor allem Gebietserweiterungen (vgl. die Besetzung der syrischen Golanhöhen). In diesen Zusammenhang ist auch der kürzliche Krieg gegen den Libanon einzuordnen: Die Überfälle auf palästinensische Überfälle im Südlibanon provozierten ihrerseits Attakken der Palästinenser - oft wurden auch lediglich die legitimen Verteidigungsmaßnahmen der Weltöffentlichkeit als "terroristische Überfälle" dargeboten; diese waren dann Rechtfertigung für den lange geplanten Vormarsch bis Beirut unter der beschönigenden Parole:"Frieden für Galiläa". Jetzt wird als vollendete Tatsache auf einer quasiisraelischen "Sicherheitszone" von 40 Meilen bestanden!

5. die Destabilisierung der arabischen Regierungen über das Palästinenserproblem; je stärker die Spannungen in der Region desto demoralisierter würden auch die arabischen Bevölkerungen in den Grenzgebieten werden, die von ihren Regierungen - meist Minderheitsregimen - natürlich die Sicherung ihrer Existenz und damit Gegenmaßnahmen erwarten.

Parallel dazu wurde erreicht, daß die arabischen Staaten das Problem an den Flüchtlingen festzumachen suchten, auf deren Abschiebung oder Umsiedlung drängten, bzw. in der eigenen Bevölkerung Antipathien schürten. Das führte allmählich gezielt zu innenpolitischen Krisen in Israels arabischen Anliegerstaaten.

4. die Schaffung einer permanenten Belagerungsmentalität in der israelischen Gesellschaft, deren Zweck nicht so sehr die Erzeugung eines defensiven Zusammengehörigkeitsgefühls ist, als vielmehr, die moralischen Schranken zu beseitigen (4) wobei auch oft bewußt das Leben jüdischer Menschen auf's Spiel gesetzt wurde - gerade um Vergeltungsschläge öffentlich rechtfertigen zu können. (5) Dadurch hat Israel seine durchorganisierte militärische Struktur auch im öffentlichen Bewußtsein verankert.

1953, Das Massaker in Kibya, Jordanien. Bei dieser Aktion wurden 69 Zivilisten getötet, in dem sie mit ihren Häusern in die Luft gesprengt wurden. Vorausgegangen waren kleinere Grenzzwischenfälle, von denen sich die jordanische Regierung bereits nachdrücklich distanziert hatte. In einem späteren Radiointerview im September 79 äußerte sich der damalige Leiter der Aktion, der heutige Außenminister Sharon:
"Die Verantwortung für die Ermordung von 69 Zivilisten in Kibya fällt laut Sharon auf die Opfer selbst zurück. Zu der Zeit war die arabische Bevölkerung daran gewöhnt, daß die Armee bis zum Rand des Dorfes vordrang, nur ein Haus sprengte und sich wieder entfernte. Deshalb blieben die Leute in ihren Häusern. Daher sollte jede Behauptung, daß Kibya eine kaltblütige Aktion zur Ermordung von Frauen und Kindern war, als völlig unbegründete Anschuldigung zurückgewiesen werden.
Sharon persönlich entschied, dieser Aktion einen wirksamen Charakter zu verleihen. ER ordnete an, 600 kg Explosivstoffe mitzunehmen. 45 Häuser wurden in dem Dorf markiert, um gesprengt zu werden, darunter die Schule. Die Einsatztruppe wußte nicht, daß sich Leute in den Kellern und oberen Stockwerken versteckten. Nach einer oberflächlichen Durchsuchung des Erdgeschosses wurden die Häuser gesprengt. Daher resultiert die hohe Zahl der Opfer." 5
aus: Livia Rockach: Israels Heiliger Terror, S.92/93

PROVOKATION DES BÜRGERKRIEGS IM LIBANON

Das aktuellste Beispiel für dieses Vorgehen ist die Lage im Libanon. Aus Livia Rockachs Dokumentation geht eindeutig hervor, daß der Bürgerkrieg im Libanon von 1975/76 nicht nur langgehegte Erwartungen Israels erfüllte, sondern mittels gezielter Aktionen regelrecht geplant wurde. Schon 1954 versuchte der damalige Premierminister Ben Gurion die israelische Aufmerksamkeit auf seinen bis dahin friedlichsten Nachbarn zu lenken. (6) Das Ziel israelischer Außenpolitik müsse sein, auf einen christlichen Libanon hinzuarbeiten, da dieser eine weitere Bresche in die Liga der arabischen Staaten schlagen werde. Obwohl die Voraussetzungen denkbar ungünstig waren (7), wie der eher gemäßigte Moshe Sharett entgegenhielt, der vor allem um das moralische Ansehen Israels besorgt war, setzte sich Ben Gurions Linie durch. Dayan regte an:"einen Offizier, vielleicht einen Major zu finden. Wir sollten entweder sein Herz gewinnen, oder ihn mit Geld kaufen, um seine Zustimmung zu erlangen, daß er sich selbst zum Retter der maronitischen Bevölkerung ausruft. Dann wird die israelische Armee in den Libanon einmarschieren, das notwendige Gebiet besetzen und ein christliches Regime einsetzen, das sich mit Israel verbünden wird. Das Gebiet südlich des Litani wird Israel völlig einverleibt werden und alles wäre in Ordnung." (vgl. Livia Rockach, S.54)

Der kriegerische Major wurde tatsächlich gefunden: Saad Haddad. Sein stellvertretender Einsatz führt bis zu der grausamen Konsequenz der Massaker in den Beiruter Flüchtlingslagern Schatila und Sabra.--

DAS "VOLK OHNE LAND" SCHAFFT SICH SEIN "LAND OHNE VOLK"

In der Logik des Zionismus, der die Juden als "Volk ohne Land in ein Land ohne Volk" (Theodor Herzl) führen wollte, obwohl in diesem Land um 1900 bereits ca. 700.000 Menschen lebten, liegt es, dieses Land nun tatsächlich zu entvölkern; d.h.

6
Daß die Planung der Destabilisierung des Libanon in den 50er Jahren sich fast völlig mit den Ereignissen des israelischen Einmarsches in den Libanon von 1982 deckt, wird vor allem aus Folgendem deutlich:
"Jetzt ist es Zeit, sagte Ben Gurion, den Libanon zu drängen - und das heißt, die Maroniten im Land -, einen christlichen Staat auszurufen. Ich (Moshe Sharett) sagte, daß das ein Unsinn wäre. Die Maroniten sind gespalten.(...) Ich sagte, daß es kein Geld gäbe. Die Antwort war, daß es sowas nicht gibt. Das Geld muß gefunden werden....Für so ein Projekt lohnt es sich, Hunderttausend, eine Halbe Million, eine Million Dollar fortzuwerfen. Wenn das passiert, wird ein endgültiger Wechsel im Nahen Osten stattfinden, wird eine neue Ära beginnen. (Zitat vom 27.2.1954) (...)
"Die Schaffung eines christlichen Staates ist deshalb ein natürlicher Akt; er hat historische Wurzeln und wird in weiten Kreisen der christlichen Welt Unterstützung finden, sowohl der katholischen als auch der protestantischen. In normalen Zeiten wäre dies fast unmöglich. In erster Linie wegen der fehlenden Initiative und des fehlenden Mutes der Christen. Aber in Zeiten der Wirrnis, der Revolution oder des Bürgerkrieges, erscheinen die Dinge in einem anderen Licht, und selbst der Schwache macht sich zum Helden. Vielleicht ist jetzt die Zeit, die Schaffung eines christlichen Staates in unserer Nachbarschaft zustandezubringen. Ohne unsere Initiative und entschiedene Hilfe wird das nicht passieren. Mir scheint, dies ist die zentrale Pflicht oder wenigstens eine der zentralen Pflichten unserer Außenpolitik. Dies bedeutet, daß Zeit, Energie und Mittel investiert werden sollten, und daß wir auf alle möglichen Arten handeln müssen, um einen radikalen Wechsel im Libanon zustande zu bringen." (L.Rockach, S.47/48/49)



7
Moshe Sharett widerspricht Ben Gurions Libanon Plänen mit dem Hinweis auf die tatsächlichen Verhältnisse dort:
"Es hat keinen Sinn, von außen eine Bewegung zu schaffen, die im Inneren überhaupt nicht existiert... Soweit ich weiß, existiert im Libanon heute (März 1954) keine Bewegung, die darauf abzielt, das Land in einen christlichen Staat umzubilden, der von der maronitischen Gemeinde regiert wird.... Die Christen bilden im Libanon nicht die Mehrheit. Sie sind auch kein einheitlicher Block, weder politisch gesehen noch als Gemeinde. Die orthodoxe Minderheit im Libanon neigt dazu, sich mit ihren Brüdern in Syrien zu identifizieren Sie werden für einen christlichen Libanon, der kleiner sein wird und von der arabischen Liga abgetrennt, nicht in den Krieg ziehen. (...) Was die Maroniten betrifft,...deren Führer haben das Bewußtsein entwickelt, daß es keine Chance für einen isolierten maronitischen Libanon gibt, und daß die historische Perspektive ihrer Gemeinde die Partnerschaft mit den Moslems an der Macht und der Mitgliedschaft des Libanon in der Liga ist. Sie hoffen und glauben, diese Faktoren garantierten, daß die libanesischen Moslems ihre Sehnsucht nach Vereinigung des Libanon mit Syrien aufgeben und sich unter ihnen die Entwicklung eines libanesischen Unabhängigkeitsgefühls vergrößern werde.
Deshalb neigt die große Mehrheit der maronitischen Gemeinde dazu, in jedem Versuch, die Flagge der territorialen Verkleinerung und der Christenheit zu hissen, als eine gefährliche Handlung anzusehen,...weil sie die Struktur der christlich-moslemischen Zusammenarbeit im gegenwärtigen Libanon zerreißen könnte." (L.Rockach,S.50/51)

die Araber entweder durch militärische und terroristische Maßnahmen oder durch psychologischen und strukturellen Druck zur Emigration zu bewegen. Laut Spiegel Nr. 38, 1982 gibt es heute über die ganze Welt verteilt ca. 2.651.000 palästinensische Flüchtlinge, von denen 305.000 in der westlichen Welt leben. In den besetzten Gebieten des Gaza-Streifens und der West Bank leben weitere 1,3 Mio. Die "Lösung" der Judenfrage bedeutete bislang also nur die Produktion der Palästinenserfrage.

PALÄSTINENSISCHE IDENTITÄT

Deren Probleme wurden von Israel und damit allen westlichen Staaten bislang bewußt ignoriert, was soweit führte, daß ihnen aus Rechtfertigungsgründen für Israels Landnahme der Status eines eigenständigen Volkes meistens überhaupt nicht zuerkannt wurde. Sie gelten schlicht als Araber und damit in das Innere der arabischen Welt problemlos verschiebbar. Eine eigene kulturelle und politische Identität wurde ihnen lange nicht zugestanden. Daß sich diese Situation entscheidend verändert hat, ist vor allem das Verdienst des Dachverbandes des palästinensischen Organisationen, der PLO. Ihre Bedeutung hat die PLO nicht ihren spektakulären Kommandoaktionen zu verdanken, auf die man sie bei uns als "Terroristen" reduzieren möchte, sondern "Ihrer genialen Fähigkeit, Palästinenser von überall her für sich zu gewinnen und zu integrieren". (vgl. Edward W. Said, Zionismus und palästinensische Selbstbestimmung, Stuttgart 1981; Said lebt in den USA als Professor für Orientalistik und ist Mitglied des Palästinensischen Nationalrats, des Exilparlaments)

Die PLO propagiert die Idee eines säkularen, demokratischen Staates in Palästina; damit erweiterte sie das palästinensische Gemeinschaftsbewußtsein entscheidend. Denn dieses bestimmt sich zuallererst darher, daß sie alle einmal in ihrem Heimatland Palästina lebten und von dort vertrieben wurden. Palästina wurde allmählich von einem Ort der Rückkehr zu einem Ort des völlig Neuen. Dieses völlig Neue ist " die Geburt einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft, die Beendigung religiöser und/oder rassischer Diskriminierung als Grundlage staatlicher Struktur, die Schaffung nicht nur theoretischer politischer Unabhängigkeit, sondern einer repräsentativen verantwortungsbewußten Form der Regierung." (vgl. Said, S.173)

ZWISCHEN SOZIALER BEFREIUNG UND TRADITION

Damit stellt sich die Frage nach der ART DER BEFREIUNG: betrifft sie nur die Gebiete oder enthält sie auch soziale Vorstellungen?

Said meint, daß "es erstaunlicherweise viel zu wenig Diskussionen über Formen menschlichen Zusammenlebens innerhalb der arabischen politischen und sozialen Kulturlandschaft gegeben hat." (S.197) -

Mit diesem Mangel beschäftigen sich auch INGEBORG KOSSMANN und LUKREZIA SCHARENBERG in ihrem Buch PALÄSTINENSISCHE FRAUEN. DER ALLTÄGLICHE KAMPF, Berlin 1982 - in dem sie ihre Hauptaufmerksamkeit auf die Einlösung des revolutionären Anspruchs im Blick auf die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Geschlechtern legen. Das Buch ist keinesfalls "die eher peinliche Beckmesserei von zwei Feministinnen" wie Jörg Lang in LITERATUR KONKRET



82/83 glaubt behaupten zu müssen, sondern eine wirklich solidarische auseinandersetzung mit der Rolle der Frauen im Kampf des palästinensischen Volkes. Die Schwierigkeiten bei der Beurteilung werden von den Autorinnen bewußt wahrgenommen. So lehnen sie die familiären Strukturen nicht pauschal ab, weil sie eben patriarchalisch sind, sondern räumen ein, daß diese als Element der TRADITION mitten in der Zwickmühle palästinensischer Identität stehen. Für ein Volk ohne Gebiete, auf deren Basis es neue gesellschaftliche Beziehungen entwickeln kann, ist neben dem Kampf um Rückkehr der einzige Zusammenhalt die Tradition. Ihre Pflege hat also für die Palästinenser eine wichtige Bedeutung - wobei sie aber eben von einer stark repressiven Geschlechtsrollenfixierung geprägt ist. Die Rolle der Frau ist die der Gebärerin, ausgeschlossen von der Öffentlichkeit, die eine männliche Sphäre ist - beschränkt auf das Haus.

SOZIALE REVOLUTION UND FRAUENBEFREIUNG

Erste Zugeständnisse sind aber von den Palästineserinnen bereits erkämpft - für Mädchen wird inzwischen Bildung ebenso wichtig bewertet wie für Jungen; der Teilnahme an den Kämpfen stehen nicht mehr so fest gefügte Ängste im Wege, wie noch vor 50 Jahren, als der Ausschluß damit begründet wurde, daß die Frauen ihre "Ehre" - die Jungfräulichkeit (den höchsten gesellschaftlichen Wert) verlieren könnten - bzw. sich der Gefahr der Vergewaltigung durch den Feind aussetzen. Mit dazu beigetragen hat die Situation, Angehörige eines verfolgten Volkes zu sein - die Frauen stehen wie die Männer im alltäglichen Kampf; ihre Existenz in den Lagern wie in den Dörfern der besetzten Gebiete ist der täglichen Gefahr israelischer Übergriffe ausgesetzt. Viele verloren ihre Männer und müssen nun außerhalb des Hauses arbeiten, um sich zu versorgen. Die festen Rollen werden an den Rändern brüchig.

Viele - vor allem junge Frauen fordern für sich größere Freiheiten, keine revolutionären, aber wichtige erste Schritte, wie freie Partnerwahl oder Geburtenkontrolle. Was die Autorinnen den männlichen Führern der PLO nun ankreiden, ist daß sie die-

se Bestrebungen nicht unterstützen, sondern auf "nach-der-Befreiung" vertagen wollen. Erst das Land - dann die soziale Revolution; oder wie Leila Khaled auf der Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen sagte:"Wie können sich die Frauen emanzipieren wenn wir kein Land haben?"

FRAUEN IM KAMPF:

BEFREIUNG - ODER

'HINTERLAND DER REVOLUTION'

Die Gegenfrage der Herausgeberinnen "Wie kann Palästina ohne Teilnahme befreiter Frauen 'befreit' werden?" Besteht nicht vielmehr die Gefahr, daß nach der Befreiung, die Frauen zurück in ihre Familien geschickt werden? Die PLO scheut sich bislang, diese Frage offiziell aufzugreifen - aus Angst, die palästinesische Bewegung von innen her aufzuspalten und ihre eher konservativ eingestellten Anhänger zu verlieren. Dieses Argument ist verständlich, weil der Zusammenhalt das Einzige ist, was die Palästineser der israelischen Überlegenheit entgegensetzen können. So ist von manchen der Verweis zu hören, die Aufgabe der Frauen bestehe darin, möglichst viele Kinder zu gebären, um die Verluste der Kämpfe wieder wett zu machen. "Die Frau bleibt 'Hinterland der Revolution', bleibt Reserve, Stütze für den Mann!",(S.87) bleibt verwiesen auf Sekretärinnen..ilfsdienste, Koch- und Putzarbeiten in den Büros der Organisationen.

Durch eine Vielzahl von Interviews und Berichten wird ein plastischer Eindruck der Emanzipationsversuche gegeben - wobei sich aber alle Frauen vorrangig als Palästinenserinnen begreifen. Emanzipation heißt für sie also nicht, gegen die Tradition allgemein zu sein, sondern nur dort, wo diese schlecht ist, sie behindert. Das bedeutet keine Kopie westlicher, bürgerlich-individualistischer Beispiele, sondern Versuche, eigene Wege für die arabischen Frauen zu finden. Die Palästinenserinnen kämpfen vor allem mit den Männern zusammen um ihr Land - indem aber auch sie eine freiere Zukunft erleben wollen! Rein propagandistische Unterstützung seitens der PLO hilft da wenig:

"Du sagst, die Frau soll aktiv sein. Das ist so, als ob du einen Vogel in einen Käfig sperrst, alle Türen schließt und dann sagst:'Flieg doch!'

Innerhalb der PLO muß die Diskussion über die Art der Beteiligung der Frauen verstärkt geführt werden- und zwar mit ihnen! Nicht nur über sie!



LITERATUR:

Livia Rockach, Israels Heiliger Terror, Minotaurus-Projekt 1982

Edward W. Said, Zionismus und Palästinensische Selbstbestimmung, Stuttgart 1981

I.Kossmann,L.Scharenberg, Palästinensiche Frauen. Der alltägliche Kampf, Verlag Das Arabische Buch, Berlin 1982





Redebeitrag Seweryn Blumsztajns zum Tübinger Friedensfestival am 5. Juni 1982



Seweryn Blumsztajn

BÜNDNISPARTNER

Was ich hier vorbringen will, ist eine Einschätzung der Friedensbewegung vom polnischen Standpunkt aus. Ich bin nicht vorbereitet, dieses Problem in seiner ganzen Komplexität anzusprechen, aber ich denke, wenn Ihr mich hier eingeladen habt, dann deshalb, weil Euch diese polnische Sichtweise interessiert. Ich rede bewußt von polnischer Sichtweise und nicht von Sichtweise der Solidarnosc, denn die Sichtweise von Solidarnosc ist heute identisch mit der Sache Polens.

Zur Zeit ihrer legalen Existenz war Solidarnosc die einzige authentische Repräsentation der polnischen Gesellschaft. Alle Hoffnungen, alle Aspirationen dieser Gesellschaft waren mit der Solidarnosc verbunden. Diese Situation hat sich auch nicht nach dem Staatsstreich verändert, eher im Gegenteil. Die Solidarnosc blieb das Symbol aller Errungenschaften dieses Jahres der Freiheit, das sich die Polen erkämpft haben.

Wenn Ihr mich fragt, was die Polen von der Friedensbewegung halten, so muß ich antworten, daß die Friedensbewegung sie nicht interessiert. Die Wenigen, die wissen, daß es so etwas im Westen gibt, sind der Meinung, daß dies ein weiteres Beispiel für die grenzenlose Naivität der öffentlichen Meinung im Westen ist, einer ö.M., die manipuliert ist von den Sowjets. So wie die Polen denken, kann nur ein Volk denken, das in Unfreiheit lebt. Es hat aufgehört daran zu glauben, daß es die Aussenpolitik seines Staates in irgendeiner Weise beeinflussen kann, und noch viel weniger die politische Weltlage. Aus der Perspektive der Gesellschaften im sowjetischen Imperium erscheinen Weltprobleme als etwas sehr abstraktes. Man kann sich dafür interessieren, aber es gibt niemanden, der daran glaubt, daß die Polen auf das, was in der Welt vor sich geht, irgendeinen Einfluß hätten.

Aus der Perspektive einer Gesellschaft, die im sowjetischen Imperium lebt, klingen die Parolen der Friedensbewegung höchst naiv. Einseitige Abrüstung, der Glaube, daß die SU ihre Rüstung freiwillig beschränkt, wenn der Westen abrüstet – das ruft bei uns nur ein Schulterzucken hervor. Zu gut kennen wir die Aggressivität dieser Großmacht. In den letzten 200 Jahren unserer Geschichte gelang es uns nur 20 Jahre Unabhängigkeit von Rußland zu erkämpfen. Die Friedensparolen der sowjetischen Politiker können in Polen niemanden überzeugen.

Und die Unterstützung, die diesen Parolen im Westen zuteil wird, wird bei uns für eine freiwillige Finnlandisierung gehalten.

Man wird in Europa kein Land finden, das – was den Krieg angeht – mehr Erfahrungen hat. Man wird uns also nicht vorwerfen können, daß wir uns nach einem Krieg sehnen oder daß wir keine Angst davor hätten. Wenn ich auf die Frage zu antworten hätte, ob in Osteuropa auch eine authentische Friedensbewegung existiert, so werde ich ohne Zögern antworten, daß Solidarnosc diese Friedensbewegung ist. Der Pazifismus dieser Bewegung hat sich nicht nur in den 16 Monaten ihrer legalen Existenz gezeigt, wo trotz all der Konflikte niemandem ein Haar gekrümmt wurde, selbst in den schwierigsten Momenten, als man mit Panzern gegen die Gewerkschaft vorging. Auch in dieser Situation hat Solidarnosc keine Gewalt angewandt und hat dadurch das Land vor einem Bürgerkrieg und einer darauf folgenden sowjetischen Intervention bewahrt. Die Quelle dieses Pazifismus sind nicht nur in den tief ins Bewußtsein dieser Gesellschaft eingegangenen Erfahrungen mit den Schrecken des Krieges zu sehen. Sie sind auch Ausdruck des politischen Realitätssinns der Führer der Solidarnosc und ihres Verantwortungsbewußtseins für das Schicksal des Landes. Diese Führer waren es, die tatsächlich vom Volk gewählt worden sind, im Gegensatz zu den Herrschenden, die ihr Mandat lediglich auf die Angst vor sowjetischen Panzern stützen konnten.

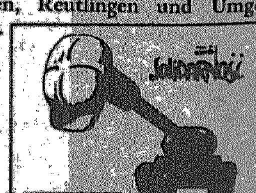
Aber trotz allem, was ich gesagt habe über das Verhältnis der Polen zur Friedensbewegung im Westen, bin ich der Überzeugung, daß gerade die Solidarnosc der natürliche Bündnispartner der Friedensbewegung im Osten ist. Aber dann bedarf es einer Bedingung, nämlich daß Frieden das gleiche bedeuten muß, auf beiden Seiten der Elbe. Es darf nicht so sein, daß die Friedensbewegung den Krieg im Zentrum Europas ignoriert, ein Krieg, in dem nur eine Seite Gewalt anwendet, daß diese Friedensbewegung nur gegen Kriege weit weg von Europa protestiert. Dies ist, so denke ich, eine Frage der moralischen Glaubwürdigkeit dieser Friedensbewegung. Der Verlust der Glaubwürdigkeit dieser Bewegung, die ja nicht nach der politischen Macht strebt, sondern moralischen Charakter hat, würde ihre Niederlage bedeuten. Dem Schweigen großer Teile der Friedensbewegung nach dem Putsch Jaruzelskis kommt hier große Bedeutung zu.

Ein gleicher Friede diesseits und jenseits der Elbe, das heißt, ein Friede der sich auch auf den Wunsch der Völker Osteuropas nach Freiheit und Demokratie gründet. Dies heißt, daß diesen Völkern nicht nur die gleichen Rechte, die Ihr im Westen habt zugestanden werden. Dies ist auch eine Frage des politischen Realismus. Die fast 40 Jahre der Nachkriegsgeschichte haben gezeigt, daß Polen, Ungarn, Tschechen nicht auf ihre Forderungen verzichten, der Wille eines Volkes hat sich in der Geschichte oft als bedeutender erwiesen als Panzer, bedeutender auch als sowjetische Panzer.

Wenn es aber um einen anderen Frieden geht, einen Frieden zwischen Breznev und Reagan, dann bedarf es keiner Friedensbewegung, das können diese Herren selbst aushandeln. Eine Friedensbewegung, die gegen die Logik der Militärblöcke ist, darf das Schicksal der Völker, die durch die Grenzen dieser Blöcke geteilt sind, nicht ignorieren. Wenn dies so sein sollte, so muß ich Euch sagen, daß es Euch dann nur um Euren eigenen Frieden ginge, der für uns Friedhofsruhe bedeuten würde.

Seweryn Blumsztajn

TÜTE Illustriertes Stadtmagazin für Tübingen, Reutlingen und Umgebung.







Solidarność

UNTERSTÜTZT DIE LIBERTÄRE BEWEGUNG IN Polen !

Nahezu unbemerkt von der libertären Bewegung des Westens hatten sich parallel zur unabhängigen Gewerkschaftsbewegung "Solidarnosc" in Polen anarchistische bzw. freiheitlich-sozialistische Gruppen gebildet.
Ansätze zu einer Wiederbelebung der anarchistischen Vorkriegstradition gab es in Polen schon kurz nach Beendigung des II. Weltkrieges. Die stärkste Repräsentantin der anarchistischen Bewegung in Polen war in der unmittelbaren Vorkriegszeit die 1926 gegründete "Anarchistyzme Federacje Polski /AFP", die vor allem im schlesischen Kohlerevier sowie in den Städten Warszawa und Krakow über eine starke Mitgliederzahl verfügte.
Nach dem II. Weltkrieg wurde die AFP, die während der deutschen Besatzungszeit wegen ihrer Widerstandsaktivitäten scharf verfolgt und in ihrer Mitgliederzahl erheblich dezimiert wurde, in "Federacja Polskich Anarcho-Syndikalistow /FPAS" umbenannt, wodurch die schon in der Vorkriegszeit vollzogene Hinwendung zum Anarcho-Syndikalismus verdeutlicht werden sollte.
Aufgrund der Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre zunehmenden Stalinisierung der polnischen Nachkriegsgesellschaft, die gänzlich unter die totalitäre Herrschaft der moskautreuen PVAP geraten war, gelang es der FPAS nicht, sich zu stabilisieren. Angesichts der massiven Staatsrepression gegen jegliche Opposition empfahl sie in einem letzten Flugblatt - in dem sie ihre Selbstauflösung bekanntgab - Anfang der 50er Jahre ihren Mitgliedern den Rückzug auf den individualistischen Anarchismus.

Erst gegen Mitte der 60er Jahre kam es innerhalb der linksoppositionellen polnischen Bürgerrechtsbewegung zu einer erneuten Renaissance der anarchistischen Ideen. Diese Neubelebung des Anarchismus in Polen war vor allem das Verdienst des ehemaligen FPAS-Mitgliedes Zdzistaw Szpakowski, der um 1964 in der Bürgerrechtsgruppe um Jacek Kuron libertäre Positionen vertrat.(1980/81 wurde er in diesem Sinne auch in der Solidarnosc aktiv und ist vermutlich z.Z. noch inhaftiert.)
Zu den Mitgliedern dieser Bürgerrechtsgruppe, der 1965 der Prozeß gemacht wurde, gehörte auch der jüdische Anarchist Natan Tanenbaum, der einen nachhaltigen Einfluß auf die oppositionelle polnische Studentenbewegung des Jahres 1968 hatte. (Nach seiner Amnestierung 1968 sah er sich wie so viele jüdische Oppositionelle in Polen gezwungen, aufgrund der anti-zionistischen, praktisch aber anti-jüdischen Hetzkampagne der polnischen Regierung - die damals nach dem israelischen Sechstagekrieg in ganz Osteuropa groß in Mode war - das Land zu verlassen. Heute lebt er in Schweden.)
Prominentester Vertreter der 68er Studentenbewegung in Polen war der legendäre Anarcho-Clown "Aby J." (Abraham do Lata Jesse), der berühmt war für sein rhetorisches Talent und seine Happenings, mit denen er zahlreiche Diskussionsveranstaltungen des regimetreuen kommunistischen Studentenverbandes sprengte. Er wurde unzählige Male verhaftet, unter anderem auch, weil er den Besitz eines Ausweises ablehnte. (Aby J. hatte in den 60er Jahren vermutlich enge Kontakte zur anarchistischen Bewegung des Westens. Heute lebt er ziemlich isoliert als Happening-Künstler in Warschau.)
Diejenigen anarchistischen Gruppen, die heute in Polen existieren, haben sich zumeist erst z.Z. des "Polnischen Sommers" (August 1980) gebildet, bzw. in einigen Fällen unmittelbar davor. Bis zum Dezember 1981 existierten größere Gruppen in Warszwawa, Krakow, Lublin und Wroclaw. Über die genaue Anzahl der in Polen existierenden Gruppen und somit über die Stärke der libertären Bewegung lassen sich keine konkreten Aussagen machen, da nur die wenigsten Gruppen offen auftreten.
Nach Einschätzung der Warschauer Genossen dürfte die libertäre Bewegung in Polen bis zur Verhängung des Kriegsrechtes jedoch kaum mehr als tausend Mitglieder und Sympathisanten umfaßt haben.
Einen ersten, wenn auch nicht unbedingt repräsentativen und aktuellen Einblick in das Selbstverständnis, die Aktivitäten und Probleme der libertären Bewegung in Polen gibt der im folgenden abgedruckte "Aufruf an die libertäre Bewegung des Westens" der Warschauer Gruppe "Sigma", der uns vor kurzem mit der Bitte um Veröffentlichung erreichte.

Daniel Birk

"Wir sind eine Gruppe von Anarchisten und antiautoritären Linken in Warszawa, die sich seit Anfang des Jahres 1980 zum Diskussionskreis "Sigma" zusammengeschlossen haben. Gemeinsam war uns allen eine kritische Grundeinstellung gegenüber dem bestehenden politischen System in un-

serem Land. Zum Anarchismus sind die meisten von uns erst später über den Weg der Literatur gestoßen.

So wurden gegen Anfang der 50er Jahre in Polen einige Werke des russischen Anarchisten Peter Kropotkin ("Prinzip der gegenseitigen Hilfe", "Die große Französische Revolution", "Memoiren eines Revolutionärs" sowie die "Ethik") wenn auch in einer kleinen Auflage veröffentlicht, die über die Bibliotheken durchaus jedem Interessierten zugänglich sind. Eine wichtige Quelle war für uns auch die Schriftenreihe Biblioteka Mysli Socjalistycznej, in der in den 60er Jahren neben Texten der Vorläufer des Sozialismus wie z.B. Winstanley, Owen, Saint-Simon und Fourier, unter anderem auch Schriften von Pierre Joseph Proudhon (2Bde.) und Michail Bakunin (2 Bde.), sowie eine, allerdings miserabel edierte Aufsatzsammlung des bedeutenden polnischen Anarchisten Edward Abromowski veröffentlicht wurden.

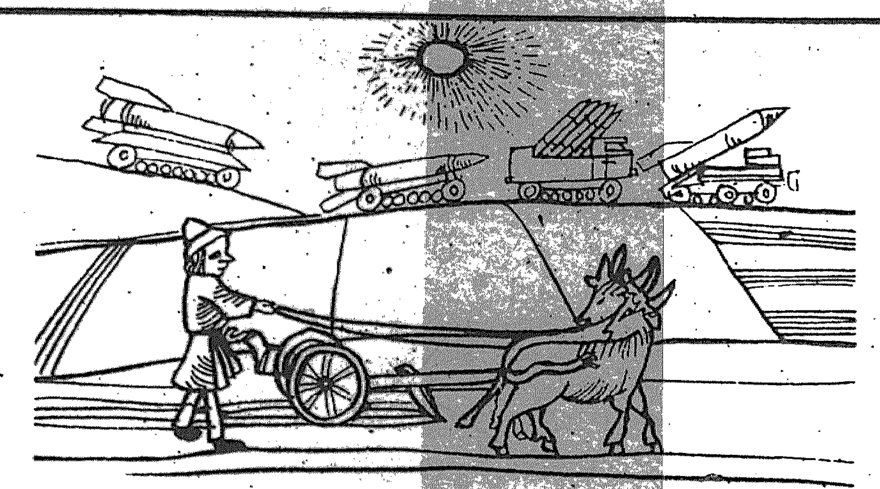
Diese Texte, die zumeist in eine sehr linientreue marxistisch-leninistische Kommentierung eingebettet, häufig auch durch willkürliche Kürzungen erheblich entstellt wurden, weckten dennoch vor allem in Studentenkreisen das Interesse am Anarchismus.

Bis zur Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 war es uns möglich, wenn auch unter großen finanziellen und bürokratischen Schwierigkeiten in den Westen zu reisen. Dort konnten wir dann direkt mit libertären Gruppen Kontakt aufnehmen und uns weitere Literatur beschaffen,die unser Interesse am Anarchismus verstärkte.

Als im August die Massenstreiks der polnischen Arbeiter aufflammten, die zur Gründung der Solidarnosc, der ersten unabhängigen Gewerkschaft der Nachkriegszeit in Polen, und zu einer gesellschaftlichen Umbruchstimmung im ganzen Lande führten, beschlossen wir, uns aktiv für die Verbreitung der libertären Ideen einzusetzen.

Ende 1980 veröffentlichten wir die erste Nummer unserer Zeitschrift "Nowa Gazeta Mazowieka", die als ein theoretisches Diskussionsforum und Organ der antiautoritären Linken in Polen gedacht war. Neben Überlegungen zur aktuellen politischen Situation sowie Prosa, Poesie und Satire, publizierten wir in der Nowa Gazeta Mazowiecka auch kürzere Aufsätze zur Theorie und Geschichte der libertären Bewegung, so z. B. eine "Kurzgeschichte des Anarchismus" und einen Aufsatz über den "Kronstädter Matrosenaufstand 1921".

Schon bald war unsere Zeitschrift in linken Solidarnosc-und Studentenkreisen sehr polulär, was den sowjetischen Botschafter in Warszawa veranlaßte, scharf gegen ihr Erscheinen bei der polnischen Regierung zu intervenieren. Teilweise wurde sie von anderen, uns häufig unbekannten Gruppen - wie etwa Krakow und Wroclaw - reprintet, wodurch sie eine große Verbreitung erhielt.(Gesamtauflage ca. 6000 Expl.)



„Schaut her, die Mechanisierung kommt. Jetzt können wir das Land wieder ernähren"

Neben der Nowa Gazeta Mazowiecka veröffentlichten wir in Form einer Beilage die Broschürenreihe "Archiwum Lewicy", in der wir größere Texte zu den Themen Anarchismus, Anarcho-Syndikalismus und Rätekommunismus abdruckten. In ihr erschienen unter anderem GrigoriJ Pietrowicz Maksimow: "Mein Soziales Credo"; "Die Arbeiteropposition/1921."

Bis zur Verhängung des Kriegsrechts gelang es uns, von der Nowa Gazeta Mazowiecka sechs Nummern und in der Reihe Archiwum Lewicy fünf Broschüren herauszugeben und über ein Netz privater Kontakte landesweit zu vertreiben. Beide Publikationen unserer Gruppe wurden in der Universität Warszawa gedruckt,deren Leitung z. Z. des sog. "Polnischen Sommers" eine ausgesprochen liberale Haltung gegenüber oppositionellen Studentengruppen an den Tag legte.

Neben unseren Publikationen existierte noch in Wroclaw eine anarchistische Zeitschrift, von deren Existenz wir jedoch nur per Zufall nach dem Dezember 1981 erfuhren. (Während eines Verhörs wurde sie einem vorübergehend verhafteten Redaktionsmitglied unserer Gruppe mit der Frage vorgelegt, ob er mit der Gruppe in Wroclaw in Verbindung stehe.So erst erfuhren wir von ihrer Existenz.)

Darüberhinaus erschien in Polen bis zur Verhängung des Kriegsrechtes eine Vielzahl anderer linksoppositioneller Zeitschriften,Broschüren und Bücher,in denen Texte veröffentlicht wurden, die eine sympathisierende Einschätzung des Anarchismus bzw. des Anarchosyndikalismus widerspiegelten.

Die politische Position unserer Gruppe, wie sie in unsere Zeitschrift zum Ausdruck kam, läßt sich ungefähr wie folgt umreißen:

* Scharfe Opposition gegenüber dem totalitären, moskaugesteuerten PVAP-Regime unter Gierek-Jagielski und Kania-Jaruzelski;
* Befürwortung der nationalen und gesellschaftlichen Selbstbestimmung des polnischen Volkes;
* kritische Solidarität mit der Solidarnosc, d. h.:
* Unterstützung all derjenigen (linken) Kräfte, die sich für die Ver-

wirklichung einer echten Arbeiterautonomie einsetzen, und
* Distanzierung von denjenigen(rechten) Kräften, die auf die Errichtung eines national-klerikalen Regimes nach westlichem Muster hinarbeiten.

Zwar wurden die libertären Kräfte in Polen von der Verhängung des Kriegsrechtes nicht überrascht; da es uns aber bis zum Dezember 1981 nicht gelungen war, eine funktionierende Kommunikation aufzubauen, geschweige denn eine gemeinsame politische Plattform zu erarbeiten, gelang es uns nicht,unsere Untergrundaktivitäten nach dem Jaruzelski-Militärputsch zu koordinieren.

Ein anderes Problem war, daß ein Teil der libertären Gruppen von Anfang an gänzlich konspirativ arbeitete, wodurch eine Kontaktaufnahme mit ihnen erschwert wurde. So erfuhren wir beispielsweise erst in der Woche nach Verhängung des Kriegsrechtes durch ein an der Warschauer Universität kursierendes anarchistisches Flugblatt - in dem zum aktiven Widerstand gegen die Militärjunta aufgerufen - von der Existenz

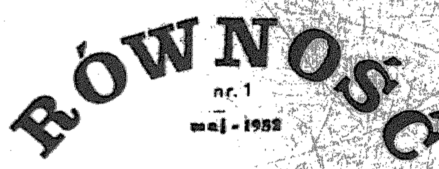
Nowa Gazeta Mazowiecka

einer anderen Anarcho-Gruppe in Warszawa.

Nach dem 13. Dezember 1981 und der vorübergehenden Verhaftung einiger Mitglieder unserer Gruppe waren wir gezwungen, unsere gesamten politischen Aktivitäten in den Untergrund zu verlagern. Durch die vielen Razzien sind fast alle uns vor dem Kriegsrecht zugänglich gewesenen Druck- bzw. Vervielfältigungsmaschinen entweder beschlagnahmt oder sogar zerstört worden. Vervielfältigungsapparate, Papier und Druckfarbe sind seitdem selbst auf dem Schwarzen Markt nur noch schwer erhältlich und wenn, dann zu Preisen, die unsere finanziellen Möglichkeiten bei weitem übersteigen.

Unserer technischen Möglichkeiten beraubt und in ständiger Unsicherheit, was die Observierung unserer Treffen angeht, blieb uns in den ersten Monaten des Kriegsrechtes keine andere Möglichkeit, unsere Ideen zu propagieren, als durch handschriftlich vervielfältigte Flugblätter und Wandlosungen, die wir in nicht ungefährlichen nächtlichen Aktionen an markanten Gebäuden anbrachten.

Nach dem Abebben der ersten großen Welle der Staatsrepression unter dem Kriegsrecht nahmen wir vorsichtig Kontakt mit anderen undogmatischen linksoppositionellen Gruppen in Warszawa auf. Im Mai 1982 waren wir dann endlich in der Lage,gemeinsam mit anderen Warschauer Genossen die Untergrundzeitschrift "Rownosc" (Gleichheit) als Organ der sozialrevolutionären Linken in Warszawa herauszugeben und zu vertreiben.



Daneben ist - wie wir vor kurzem erfahren haben - die Herausgabe einer anarcho-syndikalistischen Untergrundzeitschrift "Przelom"(sinngemäß: Umsturz) in Warszawa geplant; doch ist es uns bis jetzt noch nicht gelungen, mit den Genossen Kontakt aufzunehmen. Ansatzweise libertäre Positionen werden auch in der trotzkistischen Untergrundzeitschrift "Metro" vertreten, die wegen ihrer scharfen Kritik an der reformistischen Politik der Solidarnosc-Führung heftige Kontroversen im oppositionellen Untergrund ausgelöst hat.

Wir selbst beabsichtigen die Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden Untergrundausgabe unserer Zeitschrift Nowa Gazeta Mazowiecka sowie die Veröffentlichung verschiedener Broschüren zu den Themen Anarchismus, Anarcho-Syndikalismus und Arbeiteautonomie. Geplant ist unter anderem die Veröffentlilchung folgender Texte: A.S./R. Nagorski, "Geschichte des Anarchismus in Polen"; Nicolas Walter, "Betrifft:Anarchismus"; Grigorij Pietrowicz Maksimow, "Syndikalisten in der Russischen Revolution"; Maurice Brinton,"Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle" sowie eine Aufsatzsammlung des polnischen Anarchisten Jan Waclaw Machajski (1866-1926).

Um unser Vorhaben verwirklichen zu können und die libertären Ideen in Polen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, brauchen wir dringend eure politische, aber auch eure praktische Solidarität. Helft uns in unserem Kampf
- gegen die Jaruzelski-Militärjunta sowie die Kräfte der national-klerikalen Reaktion,
- für die gesellschaftliche und nationale Selbstbestimmung des polnischen Volkes.

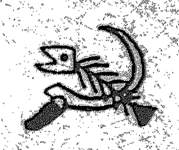
Mit freiheitlichlen Grüßen
Gruppe "Sigma", Warszawa im September 1982"

****

SPENDEN - die verdammt dringend benötigt werden - können auf das folgende Postscheckkonto unter dem Stichwort "Solidarnosc" überwiesen werden:

Jochen Knoblauch, Postscheckamt Berlin West, Kto.-Nr.: 4515 23-109

****



Sozialismus oder barbarei

Cornelius Castoriadis Analysen und Aufrufe zur kulturrevolutionären Veränderung (Rezension des gleichnamigen Buches, Wagenbach Verlag, Berlin 1980, 180 Seiten, 16,50 DM)

von Wilfried Gaum

Cornelius Castoriadis, auch bekannt unter dem Pseudonym Paul Cardan, hat als Mitarbeiter der 1948 gegründeten Gruppe "Socialisme ou barbarie" in einem Sammelband seine theoretischen Anstrengungen zu einer Grundlegung des freiheitlichen Sozialismus herausgegeben. Dabei soll sich diese Besprechung darauf beschränken, die Kritik der traditionellen Arbeiterbewegung und ihrer Ergebnisse, einschließlich des Aufbaus einer neuen bürokratischen Herrschaft in Osteurapa zu beleuchten.

Die Teile seines Denkens, die der Überwindung der etatistischen Fixierung des Sozialismus gelten und versuchen, positive Vorschläge zur Überwindung dieses Zustandes zu machen sollen ausgeklammert sein.Nur soviel soll gesagt werden:schon 1963 waren die Aufgaben der revolutionären Bewegung für Castoriadis nur in einem libertären Sinn abzustecken.

"Die revolutionäre Bewegung muß aufhören, wie eine politische Bewegung im traditionellen Sinne des Wortes zu erscheinen. Die Politik im traditionellen Sinn ist tot, und das aus guten Gründen. Die Bevölkerung läßt sie im Stich, weil sie sieht, was sie in ihrer gesellschaftlichen Wirklichkeit ist: nämlich die Aktivität von proffesionellen Mystifikatoren, die um die Staatsmaschinerie und ihre Anhängsel kreisen, um in sie einzudringen und sich ihrer zu bemächtigen. Die revolutionäre Bewegung muß wie eine umfassende Bewegung erscheinen, die von allem betroffen ist, was die Menschen tun und in der Gesellschaft erleiden, und vor allem von ihrem wirklichen Leben berührt ist."

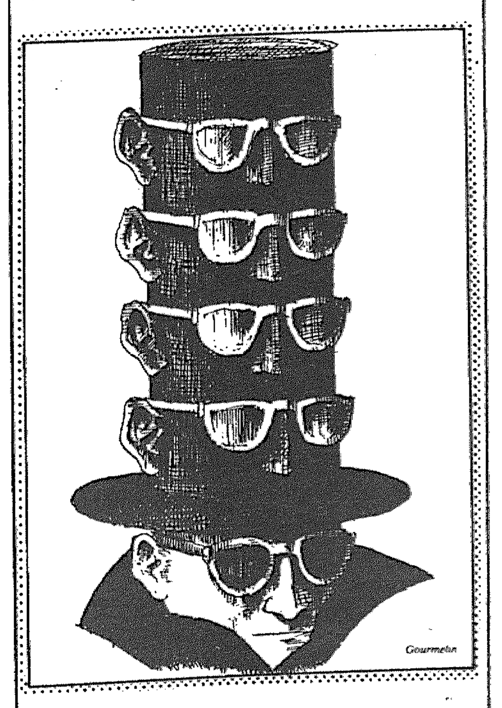
Die Konsequenz, die sich in dieser These ausdrückt, ist aus einer langjährigen und gründlichen Reflexion über das Wesen der traditionellen Arbeiterbewegung, besonders ihres leninistischen Teils und den Charakter der Sowjetunion entstanden. Castoriadis war während des 2. Weltkriegs im griechischen antifaschistischen Widerstand tätig und mußte sich neben den Nachstellungen durch die Gestapo auch der antitrotzkistischen Jagd durch die griechischen

Parteikommunisten erwehren. Er erlebte den Aufstieg einer sich kommunistisch nennenden Bewegung in einem Land und in einer Situation, in der die Industrie brachlag und von einem Proletariat nur noch in Ahnungen und Spuren die Rede sein konnte. Trotzdem wuchs die kommunistische Partei, beherrschte fast das ganze Land. Ausgehend von den klassischen marxistischen Theoremen war dieser Machtzuwachs nicht zu erklären, denn gerade die Arbeiterklasse ist es, die im Zentrum der marxschen Analyse stand und die aber in Griechenland damals zerstreut, zerschlagen und demoralisiert war. Hinzu kam der Umstand, daß auch die trotzkistische Ausrede von dem "degenerierten Arbeiterstaat" UdSSR offensichtlich absurd wurde - etablierte doch der Vormarsch der Roten Armee in Osteuropa überall von oben parteikommunistisch dominierte Regierungen und Ordnungssysteme, die der UdSSR wie ein Ei dem anderen glichen. In Osteuropa hatte es aber keine Arbeiterstaaten gegeben, so konnte also auch nichts degenerieren. Logische Konsequenz dieser Untersuchung war, daß sich ein neuer Typus von Herrschaft ohne oder über das Proletariat ergeben haben mußte. Und diese Herrschaftsordnung mußte so beschaffen sein, daß ihre Durchsetzung und Machtergreifung in keiner Weise von einem um seine Emanzipation kämpfenden Proletariat abhängig war, im Gegenteil überall alle Keime von Freiheitsbewegungen in der Arbeiterschaft erstickte und niederschlug, wie die DDR 1953, Polen und Ungarn 1956, die CSSR 1968, danach wieder Polen 1970, 1976, 1980 bis heute zeigen.

Und schließlich: der Marxismus gab dieser Herrschaft alle theoretischen und politischen Axiome an die Hand, die nötig waren, um sich abzusichern. Es lag auf der Hand, daß zwischen dem Marxismus, der traditionellen Arbeiterbewegung und der UdSSR ein Zusammenhang besteht, das alle drei eine realgeschichtliche Tendenz ausdrücken, die nicht durch Bannflüche wegzubekommen ist, sondern einer gründlichen Analyse ihrer Bewegung und Inhalte bedurfte und noch bedarf. Denn bislang ist es nicht gelungen, an irgendeiner Stelle diese neue Form der Herrschaft abzuwerfen und endlich den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft zu eröffnen.

Ergebnis dieser Überlegungen war die 1960 erschienene Arbeit "Konzeptionen und Programm von Sozialismus oder Barbarei", in der der soziale Charakter der UdSSR beschrieben wird:

"Eine neue Analyse des Begriffs von der 'Verstaatlichung der Produktionsmittel' erlaubte es zu zeigen, daß diese Verstaatlichung keineswegs die Klassenstruktur der Produktionsverhältnisse abschaffte. Der Irrtum Trotzkis hatte darin bestanden, daß er die juristischen Eigentumsformen



mit dem effektiven sozialen und ökonomischen Inhalt der Produktionsverhältnisse verwechselte. ...

Die soziale Kategorie, die diese Rolle (nämlich der tatsächliche Inhaber der wirtschaftlichen Macht zu sein, Anm. wegau) in Rußland einnimmt, ist seit langem ausgemacht: es ist die Bürokratie (der Unternehmen, der Wirtschaft, des Staates, der Partei und der Kultur). Und ist man erstmal von der trotzkistischen Sehweise losgekommen, dann ist es leicht einzusehen -, daß die Bürokratie in Rußland und in den anderen östlichen Ländern die herrschende und ausbeutende Klasse im vollsten Sinne des Wortes ist. Nicht nur einfach deswegen, weil sie eine privilegierte Klasse ist und ihr unproduktiver Konsum einen Teil des Sozialprodukts absorbiert, vergleichbar mit dem, den der unproduktive Verbrauch der Kapitalisten in den westlichen Ländern verschlingt".

Die Bürokratie in Osteuropa hat darüber hinaus auch die uneingeschränkte Verfügungsmacht über das gesamte Sozialprodukt, die Verteilung des Mehrwerts zwischen Konsum und Investitionen. Situation und Funktion des Proletariats sind mit denen im Privatkapitalismus identisch, beide sind dem Lohnverhältnis unterworfen, verfügen nicht über die Erzeugnisse ihrer Arbeit, nicht über ihre eigene Tätigkeit, verkaufen gegen Geld Zeit, Kraft und Leben, werden einer immer unpersönlicheren und kontrollierteren Arbeit und Bewegungsabläufen unterworfen, sind gemeinsam Opfer der Quantifizierung und Mechanisierung aller Aspekte der Arbeit und des Lebens.

Castoriadis arbeitet zu diesem Zeitpunkt noch stark in den Kategorien der marxschen Kritik der politischen Ökonomie, obgleich der Kritik jeder Hierarchie und Bürokratie schon ein entscheidender Stellenwert eingeräumt ist. In der Einleitung, die er 1972 der Aufsatzsammlung voranstellte, sagt er zu dem Bereich, in dem selbst unorthodoxeste Marxisten sich zu Bischöfen und Päpsten wandeln, nämlich dem der ökonomischen Analyse:

"Schließlich erschien die große Schimäre, die Meeresschlange von Marxens ökonomischer Theorie, 'der tendenzielle Fall der Profitrate', als der Endpunkt einer Serie von trügerischen Abweichungen, ausgehend von zusammenhanglosen Hypothesen, und in jedweder Hinsicht ohne die geringste Pertinenz."

Es scheint mir wichtig, an dieser Stelle Castoriadis abschließende Einschätzung des Marxismus anzuführen: "Wenn der Marxismus wahr ist, dann befindet sich nach seinen eigenen Kriterien, seine effektive historische Wahrheit in der effektiven historischen Praxis, die er prägte -d.h. letztlich in der russischen und chinesischen Bürokratie. Weltgeschichte ist Weltgericht."

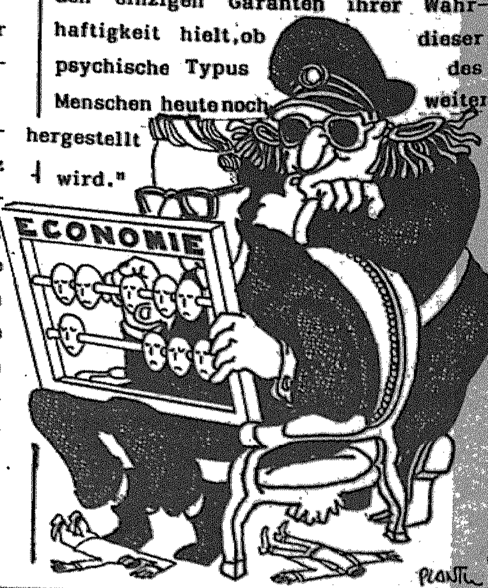
Immer wieder erlebt man nämlich in Diskussionen, daß plötzlich Glaubensgrundsätze an die Stelle analyti-

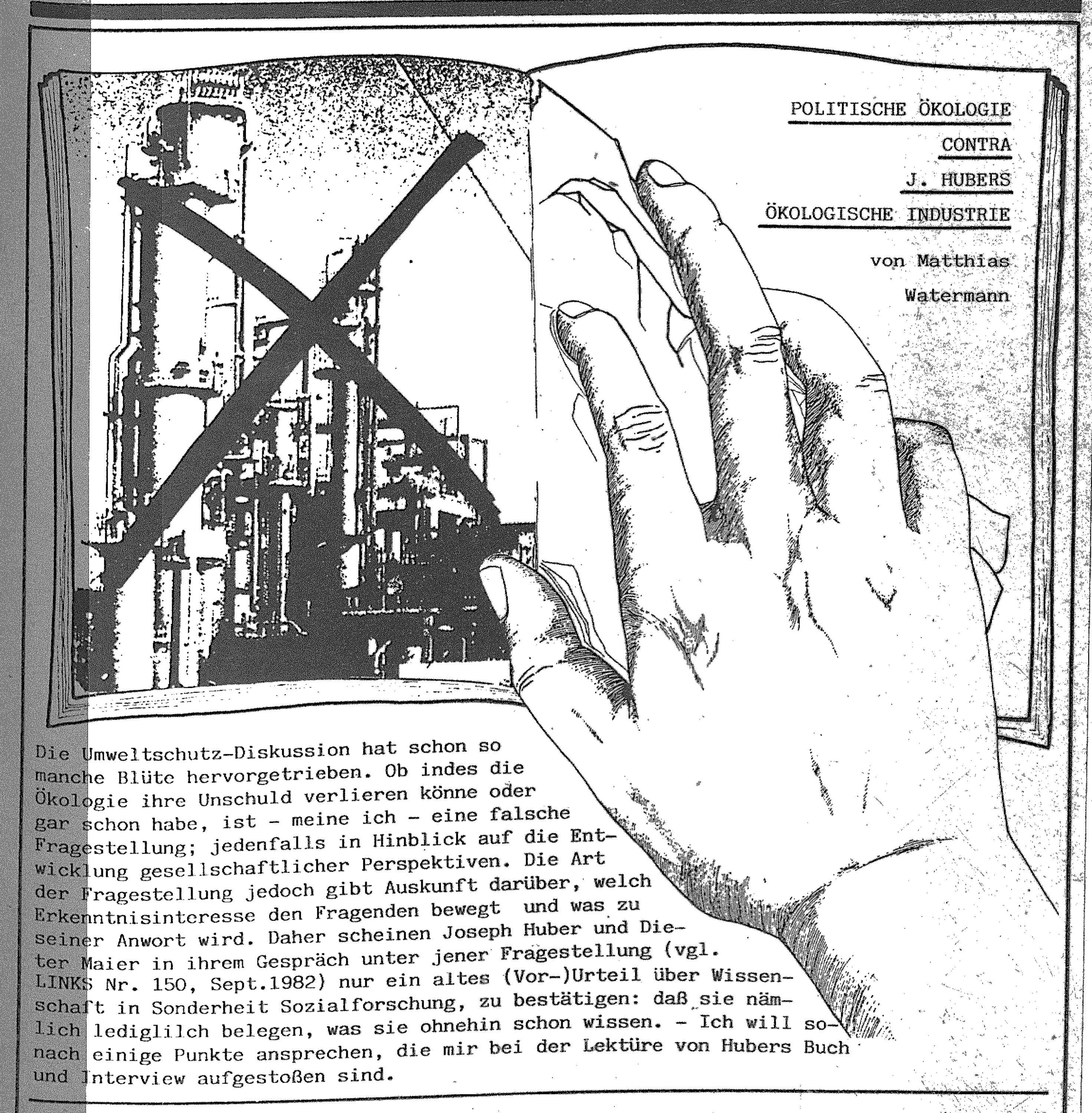
scher Kategorien treten, wenn man den Zusammenhang zwischen Bürokratie und Marxismus thematisiert-etwa so als ob die katholische Kirche plötzlich die Verantwortung für die Inquisition und die autodafés leugnen wollte. Aber Castoriadis macht nun nicht den Fehler, vom wissenschaftlich-sozialistischen Saulus zum idealistischen Paulus zu werden. Denn es ist ja nicht so, daß die sich organisierenden Arbeiter und Angehörigen anderer Schichten in den Parteien nur "verraten" und "betrogen" werden. Diese Theorie erklärt nichts, denn sie macht aus den Menschen willenlose Objekte,die den Mystifikationen ohne weiteres anheimfallen - und sie bleiben auch in der Sicht derjenigen, die dagegen vorgehen wollen, Objekte,die es gilt von ihren Zwangsvorstellungen zu "befreien" und "aufzuklären", also den "wissenschaftlichen Sozialismus" in sie einzupflanzen. Schon bald hat der Elitenwechsel stattgefunden,aber die Herrschaft ist die alte geblieben. Erklärungsbedürftig ist aber, weshalb die traditionelle Arbeiterbewegung erstens in emanzipatorischem Sinne so unfruchtbar war und zweitens nach dem 2.Weltkrieg fast überall nur noch ein Schattendasein geführt hat und wohl weiterhin führen wird.

Castoriadis versucht eine Antwort zu geben, die in gewisser Weise auf die bereits oben erörterten Thesen zurückläuft und aber für unsere gegenwärtigen Anstrengungen andere Nuancen setzt. Er ist der Auffassung - und befindet sich damit in Gesellschaft mit den ehrlichen Sozialisten- daß mit Faschismus, Stalinismus und "New Deal", der vorherrschenden keynesianistischen Schule eine neue Etappe in der Entwicklung menschlicher Herrschaftsordnungen begonnen hat. Der Privatkapitalismus wird nach und nach durch einen bürokratisch gesteuerten Kapitalismus ersetzt. Wenn man bedenkt, daß in Italien etwa ein Drittel der Industrie in staatlicher Hand sich befindet, in Frankreich seit Antritt der Mitterand-Administration der gesamte Bankapparat staatlich kontrolliert wird, daß in Mexiko 80% der Industrie staatlicher Aufsicht unterworfen sind und in keinem dieser Länder irgendjemand ernstlich von "Sozialismus" reden möchte, dann wird diese These farbig illustriert. Damit einher geht eine Umstellung der gesellschaftlichen Strukturen, d.h. es findet eine Verbreiterung der abhängigen und unselbstständigen Arbeit statt, aber der Wunderglaube, daß damit auch das proletarische Klassen-und Selbstbewußtsein wächst, hat sich auch nach der scheinbaren Reaktualisierungsphase der "Arbeiterexclusivtheorie" 1968ff nicht bestätigt. Die Gesellschaft hat vielmehr eine Struktur angenommen, in der auf jeder Ebene einer Hierarchie von bürokratisch kontrollierten Etagen sich Leiter und Leitende gegenüberstehen. In diesem Sinne könnte die Emanzipationsbewegung der Frauen, Jugendlichen, Alten usw. als ein wirksamerer Angriff auf die Herrschaftsordung unserer Tage angesehen werden als die militantest geführten Streiks, soweit diese nur wieder die Bestätigung des traditionellen Lohnarbeit-Kapital-Verhältnisses durch Tarifverträge zum Ziel haben. Damit veraltet die Revolution für Castoriadis nicht, aber er definiert sie anders:"Es wird die Revolution an dem Tag geben(und keinen Tag früher), an dem die ungeheure Mehrheit der Arbeiter, die die Bürokratiepyramide bevölkern, diese Pyramide und die über sie herrschende Minderheit angreift. Bis dahin ist die einzige Differenzierung, die eine wirklich praktische Bedeutung hat, diejenige, die auf fast allen Ebenen der Pyramide besteht, außer natürlich in den Spitzen, und zwar zwischen denen, die das System <u>akzeptieren</u>, und denen, die es in der täglichen Wirklichkeit der Produktion <u>bekämpfen</u>."

Es liegt auf der Hand, daß die traditionelle Arbeiterbewegung trotz ihrer positiven Aufnahme bürgerlicher Werte von Kultur, Technik, Wissenschaft, durch die Übernahme bürgerlicher Organisationsprinzipien und Hierarchiekonzeptionen die alte bürgerliche Ordnung zwar angreifen und teils auch(so in Rußland) beseitigen konnte, aber sofort aus der inneren Logik ihrer Ideale dazu verdammt war, der neuen Klasse von Bürokraten alle Macht abzutreten. Dieser Prozeß hat im Westen zur Einordnung der Machtapparate der Gewerkschaften und Parteien in die bürokratisch sich verformenden Kapitalordnungen geführt und im Osten einer kleinen Schicht von Apparatschiks zur Herrschaft verholfen. Es folgt daraus,daß die Arbeiterbewegung in ihrer traditionellen Form nach der ersten Schlacht zwischen den privatkapitalistischen und staatsbürokratischen Ordnungen überhaupt nicht mehr überleben konnte. Hierin mag auch ein Grund für den sang- und klanglosen Untergang selbst des anarchosyndikalistischen Zweiges dieser Bewegung liegen. Castoriadis Bilanz ist wenig optimistisch. Aber wenn die Idee des Sozialismus eine Chance haben soll, dann liegt sie in der Hoffnung begründet, die Menschen wie Proudhon Bakunin, die Genossen der 1.Internationale, die Pariser Communards, Landauer, Kropotkin bewegt hat, die sich in Arbeiterräten, den agrarkommunistischen Landkommunen in Spanien und den Kibbuzim, manchen Alternativbetrieben manifestiert.Diese libertär handelnden Menschen sind es, die vorläufige Antwort geben können auf die resignative Frage, die Castoriadis zum Ende seiner Einleitung anschneidet:

"Andererseits kann man sich fragen, ob dieser Typus von Mensch,für den die Wörter ebensoviel Gewicht hatten wie die Ideen, auf die sie Bezug nahmen - und diese waren etwas anderes und mehr als nur eine Saison lang konsumierbare Objekte - der sich für die Kohärenz seines Gesagten verantwortlich fühlte und für den einzigen Garanten ihrer Wahrhaftigkeit hielt,ob dieser psychische Typus des Menschen heute noch weiter hergestellt wird."





POLITISCHE ÖKOLOGIE CONTRA J. HUBERS ÖKOLOGISCHE INDUSTRIE

von Matthias Watermann

Die Umweltschutz-Diskussion hat schon so manche Blüte hervorgetrieben. Ob indes die Ökologie ihre Unschuld verlieren könne oder gar schon habe, ist - meine ich - eine falsche Fragestellung; jedenfalls in Hinblick auf die Entwicklung gesellschaftlicher Perspektiven. Die Art der Fragestellung jedoch gibt Auskunft darüber, welch Erkenntnisinteresse den Fragenden bewegt und was zu seiner Anwort wird. Daher scheinen Joseph Huber und Dieter Maier in ihrem Gespräch unter jener Fragestellung (vgl. LINKS Nr. 150, Sept.1982) nur ein altes (Vor-)Urteil über Wissenschaft in Sonderheit Sozialforschung, zu bestätigen: daß sie nämlich lediglilch belegen, was sie ohnehin schon wissen. - Ich will sonach einige Punkte ansprechen, die mir bei der Lektüre von Hubers Buch und Interview aufgestoßen sind.

Fünf Linien konnte ich immer wiederfinden in den sechs Hauptteilen von Hubers Buch: Daten und Fakten werden aufgelistet, theoretisches Rüstzeug wird vorgestellt, Zusammenhänge und Beziehungen bezeichnet, Zukunftsmodelle referiert oder entwickelt und zu guter Letzt ist das Buch auch noch Pamphlet, Streitschrift. Die Grundthese umschließt den Text buchstäblich. Zu Beginn (S.20) heißt's:"Die Industrie paßt sich ökologisch an, und die Ökologie verliert ihre industrielle Unschuld. Wenn Ökologie eine Zukunft hat,dann nur in industrieller Form, und die Industrie kann nur eine Zukunft haben, wenn sie ökologisch wird." In der Mitte (S. 110) ist zu lesen: "Der erreichte Entwicklungsstand läßt keine sinnvolle Alternative zur Industriegesellschaft erkennen, jedenfalls noch keine, aber es bestehen für die Zukunft sehr wohl alternative Entwicklungspfade in der Industriegesellschaft." Schließlich heißt es am Ende (S.208) des Buches: "Die Ökologie ist nicht das Ende der Industrie und zu guter Letzt nicht einmal mehr ein Gegensatz zu ihr. Die Ökologie ist vielmehr das Schicksal der Industrie und ihre weitere Erfüllung." C.G. Hegemanns Vision vom "linksradikalen" (?) Elektronikspezialisten" ist hier ebenso richtig wie bezeichnend. (...)

Zunächst, denn sonst verkommt Hubers Sermon zum trivialen Geschwätz, ist doch wohl zu fragen, was das eigentlich sei: Industrie. Und da Huber ja - zu Recht - eine breite Diskussion über seine Thesen entfachen will, jenseits des akademischen Zirkels, ziehe ich das Alltagswissen heran (wenn es auch erkenntnistheo-

retischen Ansprüchen nicht genügen mag). Danach jedenfalls ist Industrie eine Produktionsform, die sich auszeichnet durch Arbeitsteilung und Spezialisierung, durch Rationalisierung und Mechanisierung der zu verrichtenden Arbeit; die Trennung von Leitung und Produktion, Ausbeutung und Entfremdung sind weitere Stichworte. Unter Industriegesellschaft versteht man entsprechend eine Gesellschaft, in der die Industrie (=sekundärer Sektor) gegenüber der Landwirtschaft (=primärer Sektor) und dem Tertiärbereich (Handel, Transport und Dienstleistung) dominiert.

Nimmt man Hubers Argumentation in ihren unterschiedlichen Teilbereichen ernst, so tut sich ein Widerspruch auf, nicht dialektischer, sondern einfacher logischer Natur. Begreifen wir (auch: politische) Ökologie als eine Weise der Wirklichkeitsbetrachtung und -erfahrung, die (aufbauend auf der Kenntnis von den spiraligen Wechselbeziehungen zwischen Energie und Materie, zwischen Energie und Materie, zwischen Organismen und der belebten wie unbelebten Umwelt) die zeitliche Entfaltung, die Bedingungen der Entwicklung und Krise lebender Systeme biologischer, physiologischer, sozialer, ökonomischer oder kultureller Art untersucht, wenn dies also Ökologie ist, so ist schwer vorstellbar, wie ihre "Zukunft in industrieller Form" aussehen soll. Industrialisiertes Denken?

Zugunsten propagandistischer Griffigkeit betreibt Huber (bewußte?) Begriffsverwirrung. Das Bemühen um Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung biokybernetischer Fließgleichgewichtszustände im Ökosystem kann schon deshalb nicht "in industrialisierter Form" vonstatten gehen, weil jeweils die besonderen Bedingungen des Einzelfalls zu berücksichtigen sind; und ebenso verlangt eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft nach einer anderen Organisationsform (Struktur) als eine Association der Bildungsarbeiter eines von uns anvisierten sozialistischen Gemeinwesens! Im Übrigen: Die (hier nicht weiter zu diskutierenden) Merkmale von Struktur und Funktion lebender Systeme, aufgrund deren sich Begriffe, die sich eigentlich auf individuelles Verhalten beziehen auch in der Deskription sozialer Systeme verwenden lassen, bilden nichtreduzierbare Eigenschaften dieser Systeme. Eigenschaften also, die sich nicht deterministisch "ableiten" lassen aus den Merkmalen der das jeweilige System bildenden Elemente.

Zudem ist es doch äußerst zweifelhaft, ob die werdende Wirtschaftsform (man denke hier etwa an die von Huber selbst genannte Mikroelektronik und Bioenergetik) noch obiger Definition von Industriegesellschaft entsprechen wird. Wahrscheinlicher scheint mir nach allem, was ich sehe, zu sein, daß Landwirtschaft (zumal seit sich herumzusprechen beginnt, daß biologischer Anbau auch ökonomisch lukrativer sein kann als chemischer) und besonders der Dienstleistungsbereich (ich denke da vor allem an psycho/soziale Dienste und den ganzen Freizeit-Sektor, aber auch wissenschaftlich-technische Forschung und Innovation ist nicht zu vergessen) sich zukünftig in Relation zur Industrie stark ausdehnen werden, sodaß der relative Anteil industrieller Produktion (sowohl was den Materiealumsatz, als auch was den Einsatz menschlicher Arbeitskraft anbelangt) sinken wird.- Dies aber ist und das sei einigen linken Diskutanten ins Stammbuch geschrieben - kein akademischer Streitfall um Bezeichnungen ("nachindustrielle Gesellschaft" oder "Dienstleistungsgesellschaft" oder "Postmoderne" etc. pp.), sondern eine Erkenntnis, die zugleich Anstoß ist zu Fragen nach (Re-)Aktionsformen, Interventionen, Verantwortlichkeiten usf. auch der Linken.

Der Versuch Hubers, "politive Auswege zu betonen", entpuppt sich demgegenüber als Bemühung zu retten, was zu retten ist von überkommenen Denkmodellen, einhergehend mit einer konsequenten Verleugnung bzw. Ignorierung der philosophischen, analytischen, diskursiven und nicht zuletzt praktisch/handlungsmäßigen Implikationen und Konsequenzen einer auch politisch verstandenen Ökologie. Und die These vom "Wachstum der Grenzen" unternimmt das zweifelhafte Wagnis, einen kritisch und mißtrauisch gewordenen Bevölkerungsteil (eben den potentiellen Leserkreis) auf ein leicht modifiziertes Wachstumsparadigma einzuschwören. Es ist eben nicht damit getan, schlicht zu behaupten, es "ist aber nicht wahr", daß der Planet geplündert wird, wie Huber es tut, um als Beleg anzuführen: "Die Kolonisierung der Meere, Wüsten und Polkappen hat ja noch nicht einmal begonnen."

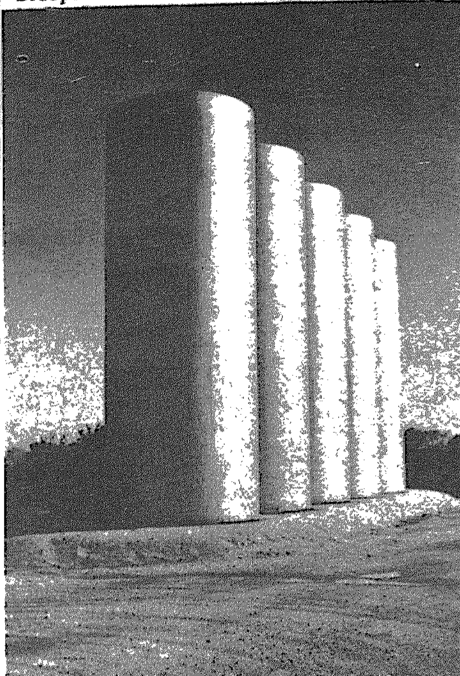
Die Vielen heutzutage diskutierten "Grenzen des Wachstums" seien vor allem politisch-ökonomische Grenzen, schreibt Huber, gezogen mit dem Griffel unserer Normen und Werte, in den seltensten Fällen aber 'natürliche', ökologische. Bezeichnenderweise findet sich just in diesem Zusammenhang einiges Absonderliche. Ich will hier die Feststellung herausgreifen, Mensch und Umwelt seine "entwicklungsfähige offene Systeme" (S. 143). Für Joseph Huber ist dieser sicherlich zutreffende Sachverhalt ein Beleg für seine Ansicht, letztlich sei alles eine Frage ökonomischer Macht und politischer Entscheidung. - Eine fatale Behauptung wie ich zeigen will.

Ein System, um eine kurze Definition zu wagen, ist eine Vielzahl von Elementen, die miteinander in dynamischer Wechselbeziehung stehen und zudem eine zielgerichtete Organisation aufweisen. Das Ziel, die Finalität des Ökosystems (dessen Teil der Mensch - noch - ist) besteht in der Aufrechterhaltung seines (Fließ-) Gleichgewichtes, die die Entwicklung von Leben ermöglicht(e). Eventuelle Störungen werden vom System sensibel registriert, durch sog. 'negative Rückkoppelung' aufgefangen bzw. reguliert, um das Gleichgewicht zu halten. Sperren die Störungen sich (wegen ihrer quantitativen Gewichtigkeit oder ihrer qualitativen Ausformung) gegen die systemimanenten Integrations- bzw. Regulationsmechanismen, so eskalieren sie infolge 'positiver Rückkoppelung', verstärken sich, bis schließlich auf einer neuen Entwicklungsstufe des (nun neuen, anderen) Systems ein neuer Gleichgewichtszustand gefunden ist.

Dieser Mechanismus der Selbststabilisierung, der lebenden Systemen zueigen ist, beinhaltet demnach durchaus zeitweise Abweichungen (zumal erzwungene) von der jeweils charakteristischen Qualität und Anzahl der internen Relationen zwi-

schen den Systembestandteilen; verbunden jedoch ist dies mit der Tendenz, zurückzukehren zu den Beziehungen, die das System charakterisieren, sobald die Störung beseitigt ist.

Die Biosphäre dieses Planeten, die ihrerseits wieder Teil des größeren, kosmischen Systems ist und mit diesem in Wechselwirkungen verbunden (d.h. vernetzt und offen), werden wir mit politischen Entscheidungen kaum aufheben. Soweit wenigstens ist Huber rechtzugeben, der die Ausnahme Atomkrieg selbst benennt. Was er allerdings übersieht ist, daß ein neues Fließgleichgewicht des Ökosystems, welches nach gewissen politischen Entscheidungen und ökonomischen Entwicklungen entsteht (infolge der angedeuteten biokybernetischen Rückkoppelungsprozesse), zwar noch der obigen Definition entsprechen mag, jedoch auf eine Art und Weise, in der kein Platz mehr ist für das Sub-System Mensch ...
Und ob diese Spezies (Mensch) infolge Radioaktivität (AKW oder nuklearer Konflikt), Klimaveränderung (durch Luftverschmutzung ausgelöster Temperaturanstieg bis zum Abschmelzen der Polkappen mit den entsprechenden Überschwemmungen etc.) Hunger (nicht an den rechten Stellen vorhandene Nahrungsmittel oder verseuchte) oder was auch immer zugrunde geht, ist - um es drastisch zu sagen- doch wohl scheißegal!
Doch es gibt ja eine Stelle, an der man Einfluß nehmen muß: die Verringerung des Energieverbrauchs (in jeder Form), um den sonst logisch folgenden Wärmetod im Universum zu verzögern, der der absolute Gleichgewichtszustand aller dann gebundenen (also nicht mehr verfügbaren) Energie ist. Es scheint mir bezeichnend zu sein, daß selbst als 'fortschrittlich' geltende Publizisten angesichts dieser Zusammenhänge nichts anderes wissen, als in das Stricken von Vorstellungen zu verfallen, die als Horrorvision empfunden werden: "Unterstellt man die Erde und die menschliche Gesellschaft als geschlossenes System, kann daraus nur folgen, den entropischen Wirtschaftsprozeß (Entropie = physikalischer Begriff, nach dem Temperaturdifferenzen stets in nichtumkehrbarer Richtung dem Ausgleich/Gleichgewichtszustand zustreben; sf-red.) weitestmöglich zu drosseln. Im Extrem bedeutet das nicht nur Nullwachstum, sondern Wirtschaftsschrumpfung, auf alle Fälle Verzicht und Askese." Joseph Huber postuliert da schon lieber die Industurialisierung der Ökologie ...
Der richtige Kern, der auch in diesem Zitat steckt - nämlich die Notwendigkeit der Drosselung der heute vorherrschenden hochentropischen Wirtschaftsprozesse (z.B. Anwendung von Kühlwasser, sf-red.) -, entschuldigt jedoch nicht die übrigen Unkorrektheiten. Ist es doch gerade die Nicht-Geschlossenheit der irdischen Biosphäre, die die Chancen und Möglichkeiten zukünftiger Produktion offenbart: zuerst der ununterbrochene Energiefluß unserer Sonne, der die Vergeudung nicht-erneuerbarer Ressourcen (Erdöl, -gas, Kohle, Uran) ablösen kann, genauso wie 'sowieso' vorhandene Energiequellen wie Wasser und Luft (Wind). Abgesehen davon kann wohl nur derjenige vor Askese und Verzicht warnen, der etwas zu verlieren hat. Der überwiegende Teil der Menschheit hingegen hat buchstäblich nichts zu verlieren außer seiner Armut und seinem Leben. Darüberhinaus gibt es schon seit längerem etliche von Berechnungen und real existierende Beispiele dafür, daß ökologische Bewirtschaftung von Grund und Boden etwa nicht nur konkurrenzfähig ist gegenüber der chemisch 'unterstützten' Lebensmittelerzeugung, sondern auch ökonomisch effizienter ...



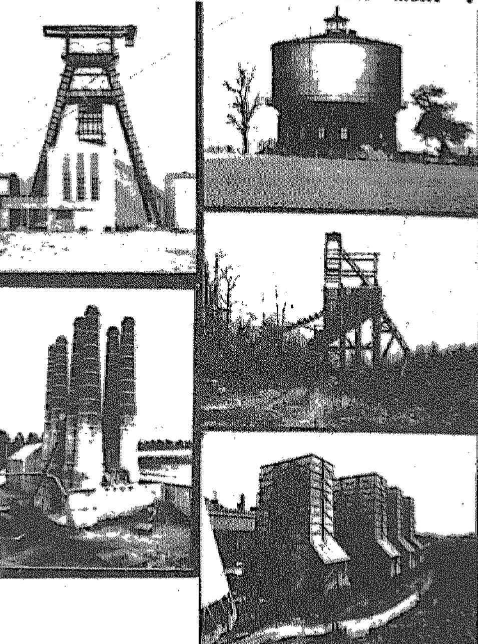
Schließlich ist nicht nur die Ausplünderung des Planeten an sich problematisch (wie Huber auch im Gespräch meint), sondern vor allem die vielfältigen Implikationen derartigen Verhaltens. Ich will hier nur auf zwei Stichworte hinweisen, die leider zusehends zu bloßen Schlagworten zu verkommen drohen: Verantwortung für künftige Generationen und irreversible Eingriffe in biosphärische Fließgleichgewichtssysteme. Und das, was am Kapitalismus kritisiert wird, ist ja auch nur Ausfluß desselben Verhältnisses der Menschen zu sich selbst und ihrer Umwelt, das die ökologische Katastrophe zu programmieren im Begriff ist.
Das Ausweichen in die Diskussion von 'Haupt'- und 'Nebenwidersprüchen' (war früher die 'Frauenfrage' der Linken liebster 'Nebenwiderspruch', so scheint's heute die 'Umweltfrage' zu sein) ist Ausdruck eines verzweifelten Verlangens, die je eigene Lehre rein zu halten. Die Einsicht, daß der Mensch sein Menschsein weder verwirklicht durch gewaltige Beherrschung der Natur, noch durch ängstliche Unterwerfung unter sie, sondern erst durch selbstbewußte Einordnung, wirkt auf Kapitalmanagement wie Linke gleichermaßen befremdend. Gleichwohl stellt sich nach und nach heraus - und das läßt so manche linke Ökologiedebatte so skuril erscheinen -, daß beispielsweise Rätedemokratie-Konzepte, die nach dem Ersten Weltkrieg in der Gewerkschaftbewegung diskutiert wurden, oder Organisationsprinzipien der Arbeiterselbstverwaltung im anarchistischen Katalonien 1936, oder auch die offenbar in Vergessenheit geratenen "Thesen" des Sozialistischen Büros in weiten Bereichen das philosophisch/politisch/ökonomische Nachvollziehen dessen ist, was heutzutage als 'biokybernetische Funktionsprinzipien lebender, offener Systeme' bezeichnet wird. Es bedarf mithin nur des Bemühens um Fach-, Schulen- und Organisationsübergreifendes Denken und Lernen (Interdisziplinarität), um aus den ewigen innerlichen Grabenkämpfen herauszukommen. (...)
Noch ein paar Anmerkungen zu einigen Interviewsätzen:
Huber behauptet keck, die Mikroelektronik sei "ökologisch sauber", da sie "energie- und rohstoffsparend

und nur wenig oder gar nicht umweltverschmutzend" sei. Dies ist eine ideologische Behauptung, die nicht nur betriebswirtschaftliche, sondern auch ökologische Aspekte außer acht läßt. So werden in solch ein Urteil weder die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen aufgenommen, noch die Kosten für Erneuerung und Werkzeugmaschinen, ganz zu schweigen von den sozialen, psychischen und medizinischen Folgekosten.

HUBER argumentiert also nicht in "technisch verkürztem Sinn", vielmehr im gleichen Sinn, nach denselben Maßstäben, nach denen sich auch die Indutrie richtet: der beschränkten Wahrnehmung des eigenen Kontostandes. - Und diese feststellung ist keinesfalls denunziatorisch gemeint, im Gegenteil: Hubers Argumentationsweise weist (unabhängig von den Ergebnissen seiner Überlegungen auf die Schwierigkeiten, denen sich traditionell analytisches Denken gegenübersieht. Jenseits aller formalen wie inhaltlichen Kritik ist aber dankenswert, daß Huber sich den - auch: intellektuellen - Herausforderungen derzeitiger historischer Prozesse überhaupt gestellt hat.

Eines macht halt so manchem schwer zu schaffen (dein Stil, Junge! die Tipperin) : Wir müssen ernsthaft Rechenschaft ablegen, ob wir tatsächlich bereit sind zu akzeptieren, daß der Mensch - angeblich Krone der Schöpfung - in gewisser Hinsicht den gleichen (Entwicklungs- und Bewegungs-) Prinzipien unterworfen ist, wie ein Bakterium. Selbst jenes Organ, das uns vor allen Lebewesen auszuzeichnen scheint, das Geist-gebärende und Welten-schaffende Hirn, ist Beleg für die Gültigkeit biokybernetischer Regelungsprozesse.- Daß die Produkte eben dieses Organs nicht selten 'dümmer' und destruktiver sind als der vermeintlich' Geistlose' Naturkreislauf, ist ein trauriges Faktum, das in der Diskussion, die wir hier führen, leider viel zu selten benannt wird. So ist es ein nicht nur intellektuelles Armutszeugnis, getränkt von mitleiderheischender Tragik, wenn sich beispielsweise der Leiter (!) des FRankfurter 'Instituts für marxistische Studien und Forschungen', Josef Schleifstein nicht entblödet zu behaupten, die Ökologiebewegung sei "eine Opposition in den Grenzen und im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems." So kann nur einer reden, der nicht weiß, wovon er spricht.

Wenn ich nach allem hier also plädiere für eine durchaus politisch verstandene Ökologie so auch, um Leute wie Huber in Schutz zu nehmen vor ihren eigenen Aussagen. Manchmal scheint es nämlich beinahe, als sollten die Fehler, die vor zehn Jahren mit einem zum Katechismus erhobenen Neomarxismus gemacht wurden, heute dadurch ausgebügelt werden, daß man sich nicht einmal intensiver damit beschäftigt, worüber man diskutieren will. Überhaupt habe ich den Eindruck, daß Huber sich bei seiner Arbeit mehr



mit wirtschaftspolitischen Fragen als mit systemtheoretischen, kybernetischen Zusammenhängen auseinandergesetzt hat. Stichworte wie Regelkreis, Symbiose oder Rückkopplung wird man denn auch vergeblich im Register seines Buches suchen. Das ist zunächst - um nicht mißverstanden zu werden - durchaus legitim, und daran will ich auch gar nicht besserwisserisch herummäkeln. Nur sollte man nicht so tun, als seien andere Ansätze als der eigene in dieser Weise zutreffend kritisierbar, überholt oder gar widerlegt. - Ein Zug, der sicherlich keineswegs auf Huber beschränkt ist, dadurch aber nicht leichter erträglich wird. Jenseits aller publizistischen Eitelkeiten sind die von ihm angesprochenen Tatbestände und Probleme zu gewichtig, als daß sie auf Dauer zum Gegenstand mehr oder minder niveauvoller Trendbücher taugten.

Hier ist beispielsweise zu denken an seinen Hinweis auf die "de-facto-Koalition" zwischen Ökologiebewegung und den "neuen, ökologisch angepaßten Industrien". Es besteht für mein Empfinden keinerlei Grund zur "Peinlichkeit" angesichts solcher Übereinstimmungen, aus zwei Gründen:

Zum einen dürfte es wohl klar sein, daß der "Zündstoff", der sich zwischen herkömmlichen und ökologisch angepaßten Industrien auftut, für die Ökologiebewegung eine lediglich taktische Waffe darstellt, nicht aber als neue Art der 'Spielwiese', der Integration durch Partizipation begriffen wird; zum anderen aber wird das Studium der mehrfach erwähnten biokybernetischen Regelungsprinzipien lebender Systeme schnell deutlich machen, daß die Struktur sowohl der ökonomischen wie auch politischen Verfassung dieses Staates (ja sogar jeden Staates) jenen Prinzipien widerspricht. Ich will hier nur soviel andeuten: Das System BRD-Gesellschaft ist auch aus systemimmanenten Gründen zu Dezentralisierung und Verschiedenheit 'verurteilt' (um dem Preis des Untergangs). Ökologisches und kapitalistisches Wirtschaften sind in letzter Konsequenz unvereinbar! Dies übrigens auch ein weiterer Hinweis auf die schon erwähnte Verwandtschaft von kommunistischem Anarchismus und politischer Ökologie.

Somit geht endlich auch Hubers Hinweis in die richtige Richtung, "das Konzept der Selbstverwaltung weiter auszuarbeiten, um den Sackgassen der Privatisierung und bürokratischen Kollektivierung zu entgehen", wenngleich dies wohl kaum (wie oben besprochen) in einer Industriegesellschaft praktisch möglich wird.-

Mein Anliegen war, hinzuweisen auf mögliche Bestandteile eines solchen Konzeptes:

Anthropologie, Atomphysik, Biokybernetik, Erkenntnistheorie, Ethnologie, Genetik, Jugoslawien, Katalonien, Konstruktivismus, Kritik der politischen Ökonomie und vieles mehr ...

* * *

Peter Schult

von RA Jürgen Arnold

Seit Wochen häufen sich bei Peter Schult Schwindelanfälle, Erbrechen, Bluthochdruck und Herzbeschwerden. Die verantwortlichen Ärzte sind auch nach 3 Wochen nicht in der Lage, eine Diagnose für die beängstigenden Beschwerden abzugeben; ihre "Therapie" ist darauf beschränkt, Beruhigungstabletten zu verschreiben...

Trotz eingehender Information der Anstaltsleitung über die möglicherweise lebensbedrohenden Symptome (drohender Herzinfakt) bei dem 54-jährigen Schriftsteller, ist dieser bis zum 20.9.82 weder eingehend untersucht, noch eine Therapie angeordnet worden. Während der stellvertretende Anstaltsleiter mir gegenüber behauptete, er habe beim Anstaltsarzt ein Gutachten in Auftrag gegeben, weiß dieser heute von gar nichts.

Als Verteidiger des Strafgefangenen Peter Schult erstatte ich gegen den stellvertretenden Anstaltsleiter der JVA Kaisheim, Herrn Dr. Holleck, Strafanzeige wegen unterlassener Hilfeleistung...

Der Hintergrund für die strafbare Verhaltensweise des Beschuldigten ist offenbar die Gesinnung und die Funktion des Strafgefangenen Peter Schult. Dieser hat inseinem Buch "Besuche in Sackgassen. Aufzeichnungen eines homosexuellen Anarchisten" (neuerdings im Foerster-Verlag, München) unter anderem auch die Verhältnisse in der JVA Kaisheim in kritischer Weise durchleuchtet. Er schreibt auch jetzt in der Haft als freier Journalist und Schriftsteller kritische Berichte über den Strafvollzug. Diese Berichterstattung versucht Dr. Holleck mit allem Mitteln zu unterbinden. Derzeit sind allein wegen angehaltener Bücher uns Schreiben 20 Anträge auf gerichtliche Entscheidung bei der Strafvollstreckungskammer Nördlingen anhängig.

(zusammengestellt aus Presseerklärungen und der Strafanzeige von Peter Schults Rechtsanwalt)

• • • • • • • •

PASOLINI-ESSAYS

v.Friedrich Kröhnke, DM 1.50 Frühlings-Erwachen,PF 2243, 2080 Pinneberg

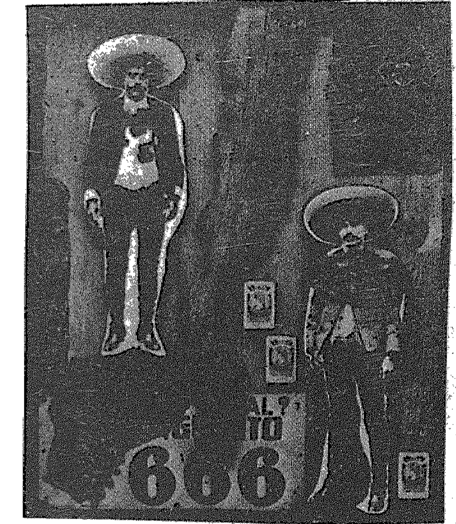
Pasolini, nach Klaus Mann, das zweite Beispiel für Kröhnke (vgl. Propaganda für K. Mann, Materialis-Verlag, Comeniusstr.8, 6 Frankfurt-60) für ein Leben, das die "Einheit von Poesie und Kampf" aufzeigt und das nach dem Verhältnis von Revolution und Homosexualität fragt.

CHE GUEVARA: BOLIVIANISCHES TAGEBUCH

Neuherausgegeben: VLB Nord, c/o Buchladen SCHWARZMARKT, Bundesstr.9, 2 Hamburg-13;8DM

Die Ausgabe bringt die Auseinandersetzung mit dem TRIKONT-DIANUS-Verlag als Vorspann

Es geht nicht um die Infragestellung von Mythen oder um den aufrechten politischen Gang a la 68; wäre es so, hätten sich kaum Anarchisten um die Neuherausgabe gekümmert. Es ist unbestritten, daß Mythen indianische Lebensauffassung etc. eine Bereicherung linker Theorie und Lebenseinstellung darstellen, und solange es darum geht (z.B. in "VULKANTÄNZE") werden die Anregungen gerade im undogmatischen und anarchistischen Bereich aufgenommen. Etwas anderes ist es, wenn Trikont-Dianus ihr neues Verständnis alten Büchern krampfhaft überstülpt: das wird weder den linken Büchern noch den indianischen Mythen ge-



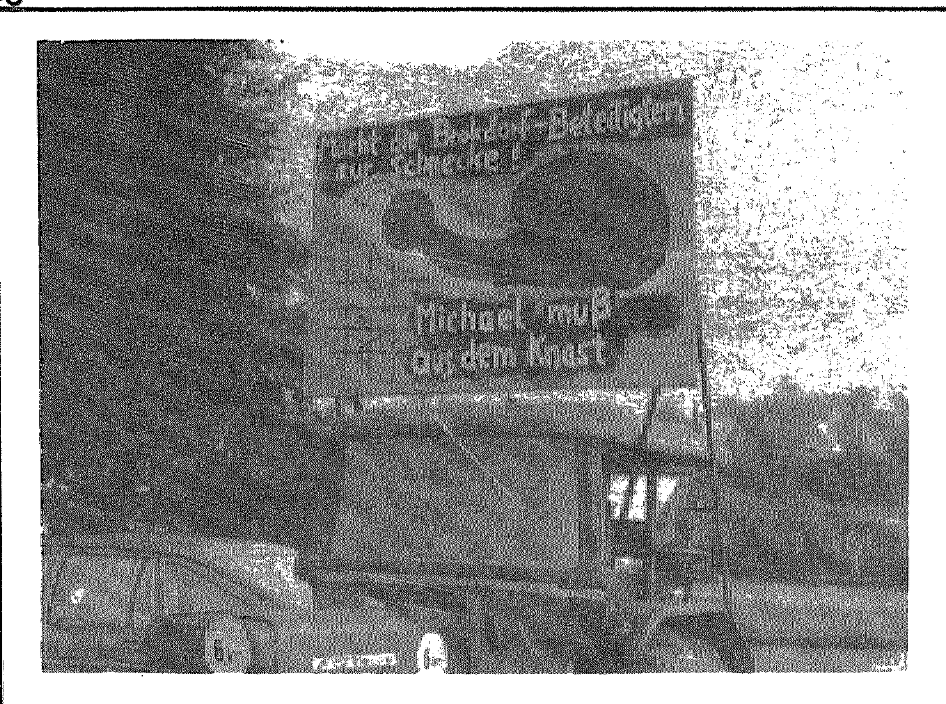
recht und DIANUS sollte es unterlassen solche TRIKONT-Bücher wie Che's Tagebuch auf diese allzu platte Weise (Che von einer zahnlosen (?) Hexe verraten!) umzupolen. Ehrlicher wäre es, auch solche Bücher auslaufen zu lassen bzw. sie anderen Verlagen weiterzugeben; Dianus hat dies mit fast ALLEN Titeln gemacht, aber "natürlich" (?) die "Renner" behalten; ganz materialistisch gedacht also. Der Januskopf wird durch die übersteigerte Konzentration auf den Mythos ebenfalls unglaubwürdig und der Verlag gerät unter Umständen bald auch in eine finanzielle Krise, sollte er seine gesamte alte Käuferschicht einbüßen. Daß es nicht unbedingt in reine Esoterik abzudriften braucht, beweist

ein neuer Titel "TOD UNTER DEM KURZEN REGENBOGEN" (zur HOPI-Problematik), der im nächsten SF ausführlicher besprochen werden wird.

SEELENHUNGER

v.Karlheinz A.Barwasser/Vincenti Dudek Klaus Krüger Verlag, Friedhofstr.36, 8760 Miltenberg

Gedichte und Grafiken aus dem Werler Knast, entstanden zwischen 1979-1982.



Brokdorf – Widerstand

I . Das Verfahren wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung gegen 7 Mitglieder der BUU/Itzehoe wurde am 4.8.82 von der Staatanwaltschaft eingestellt. Grund für die Ermittlungen, die am 16.Juni 81 durch eine großangelegte Durchsuchungsaktion bei den Beschuldigten zur Eröffnung des Verfahrens führten, waren zahlreiche Sabotageanschläge auf Zulieferfirmen des AKW Brokdorf sowie Brandanschläge auf das Amtsgericht und die Stadtwerke in Glücksstadt sowie auf das Itzehoer Kreiswehrersatzamt und die Strafaktenregistratur des Landgerichts. Die Gesamtschäden belaufen sich vermutlich auf mehrere Millionen Mark... Die Polizeiaktionen richteten sich gegen die Itzehoer Bürgerinitiativen, die mit der Veröffentlichung der ihnen Bekennerbriefe in Großauflage die Anschläge überhaupt erst bekannt machten. Polizei überhaupt erst bekannt machten. Polizei und Betreiberfirmen hatten vereinbart, diese Großanschläge der Öffentlichkeit zu verschweigen.

Zusammen mit dem Einstellungsbescheid wurde mitgeteilt, daß alle Telefone der Bürgerinitiativler abgehört worden waren.

"Gemäß § 101 Abs.1 StPO benachrichtige ich Sie, daß durch Beschlüsse des Ermittlungsrichters des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts vom 6.2. 1981 – OGs 12/81 – und 29.4.1981 –OGs 32/81 – die Überwachung und Aufnahme des Fernmeldeverkehrs auf Tonträger hinsichtlich ihres Fernsprechanschlusses... angeordnet bzw. verlängert worden ist. Die Überwachung ist am 22.6.1981 beendet worden." (Oberstaatsanwalt Plath)

II. Noch immer sitzt Michael Duffke in Neumünster im Knast. Deshalb befindet sich der abgebildete Trecker im Einsatz; da er auf 6km gedrosselt ist, darf ihn jede/r fahren, auch ohne Führerschein; d.h. es sind Fahrer/innen gesucht (Tel. 04821/5311; Mo-Fr zw.9 und 18.30 Uhr anrufen!), die einen dauernden Einsatz garantieren. Am 15.10. wurde der Trecker mehrfach von Polizei gestoppt, da "außerhalb geschlossener Ortschaften keine Schilder zu Werbezwecken eingesetzt" werden dürfen; zwischen den Ortschaften wird das Schild deshalb verhängt, (obwohl nun wirklich nichts verkauft werden soll!), am Ortseingang wird das Tuch wieder abgenommen. Wer nicht kommen kann, aber gern Treibstoff etc. spenden will, soll dies tun: Postscheck Hamburg, Dagmar Grote, Nr. 38029-206

von BUU-Itzehoe



Von der illusion



der progressiven Steuer



von
Stefan
Blankertz

Vorerwägung

Die Steuerprogression ist ein Politikum. Sozialdemokraten verstehen sie als Instrument, die Lasten der gemeinschaftlichen Aufgaben "gerecht" zu verteilen und, im Zuge ihres Einsatzes als Umverteilungssteuer, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen, während "Konservative" sie als leistungshemmend ansehen, weil sie den "Anreiz" mehr zu verdienen schmälert, oder gar als ungerechtfertigten Raub der Armen am Wohlverdienten der Reichen. Die logische Frage, die Sozialisten und Anarchisten manchmal ins Gedächtnis der Denkenden rufen, lautet: Entweder verfügen die Reichen tatsächlich wohlverdient über ihr Geld, dann allerdings ist progressive besteuerung ungerecht, oder sie tun es nicht, dann sollte ihre ungerechtfertigte Verfügung über Geld direkt bekämpft werden, anstatt über ein bürokratisches und undurchschaubares Instrument. Aber Politik wird nicht mit Logik gemacht. Anarchisten fügen oft noch hinzu: Der Hauptgewinner bei der Besteuerung ist der Staat und die Bürokratie; nicht die eine soziale Gruppe "bestiehlt" die andere, sondern der Staat alle. Noch mehr als die Logik scheuen die Politiker jedoch die Staatskritik.

Im Folgenden stelle ich eine ganz bescheidene Frage, die in der politischen Auseinandersetzung um die Steuerprogression nur zu leicht vergessen wird: Funktioniert die Progression bei der Besteuerung überhaupt? Werden durch sie die Lasten der Steuern tatsächlich unterschiedlich verteilt?

Eine Modellrechnung

Die Funktion bzw. Nicht-Funktion der Progressivsteuer demonstriere ich an einer ganz einfachen Modellrechnung. Die Zahlen im Modell sind so gewählt, daß sie einfach nachvollziehbar sind. Jeder, der mit einem Taschenrechner ausgestattet ist, kann die Richtigkeit der Aussagen durch ein paar Spielchen nachprüfen: Er kann beliebige andere Zahlen einsetzen sowie bislang unberücksichtigte Faktoren einbauen: Materialkosten, Zinskosten, Mehrwertsteuer, viele verschiedene Firmen, Unternehmensgewinne, usw.. Mein Modell besteht aus 121 Personen, die pro Stunde 2.600 Flaschen Bier produzieren; **jede Flasche** kostet 1.00 DM (netto). Um der Einfachheit des Modells willen nehmen wir an, daß alle aufgeführten 121 Personen Konsumenten des gemeinsam produzierten Biers sind und zwar ausschließlich dieses Bier konsumieren (wie gesagt funktioniert die rechnung auch, wenn wir ganz viele Betriebe ins Modell einbauen, die alle Lebensbedürfnisse abdecken; aber dann würde es unübersichtlicher). Aus der Tabelle können wir dann entnehmen: Den Anteil, den jeder Hilfsarbeiter mit seinem Lohn von der Gesamtproduktion kaufen kann, wenn keine Steuern erhoben würden, beträgt 1/260=0.00385; für den Arbeiter ist der Betrag 2/260 = 0,00770; für den Angestellten 4/260 = 0,01540; für den Inhaber 1/26 = 0,03850. Innerhalb beider

	netto -Lohn Std.	net.-Lohn -Kosten	Steuer -satz -1-	brutto-Lohnkosten 1	Steuer -satz -2-	brutto-Lohnkosten 2
10 Hilfsarbeiter	10	100	-	100	33%	150
100 Arbeiter	20	2.000	33%	3.000	33%	3.000
10 Angestellte	40	400	33%	600	33%	600
1 Inhaber	100	100	50%	200	33%	150
	gesamt	2.600	(netto)	3.900	(:brutto:)	3.900

Steuersysteme, dem progressiven wie dem linearen, gilt für den Hilfsarbeiter 1/390 = 0,00251; für den Arbeiter 2/390 = 0,00504; für dem Angestellten 4/390 = 0,01008; für den Inhaber 1/39 = 0,02520. Die Relation, in der die vier Gruppen zueinander in ihrem Verhältnis zum möglichen Konsum stehen, bleibt in allen drei Fällen konstant, nämlich 1:2:4:10.

Nun wollen wir etwas plastischer Funktionsweise und Voraussetzungen des Modells betrachten. Der Arbeiter konnte, bevor die Steuern erhoben wurden, für den Lohn einer Stunde Arbeit 20 Flaschen Bier für je 1,00 DM kaufen. Nun werden Steuern eingeführt und zwar progressiv gestaffelt. Alle Beteiligten werden versuchen, eine derartige Gehaltserhöhung durchzusetzen,daß sie ebensoviel verdienen wie vorher. Durch die Erhöhungen steigt automatisch auch der Preis des Produkts. Gehen wir davon aus, daß alle die entsprechende Gehaltserhöhung durchsetzen konnten, stellt sich das Bild so dar: Der Arbeiter bekommt statt 20 DM jetzt 30 DM, davon bezahlt er 10 DM Steuer und es bleiben ihm 20 DM. Allerdings kostet jetzt jede Flasche Bier 1,43 DM. Er bekommt für 20 DM anstatt vorher 20 Flaschen jetzt nur noch 14. Er muß also trotz Lohnausgleichs auf ein Drittel seines Konsums verzichten. Nicht anders ergeht es dem Hilfsarbeiter, den das "soziale Gewissen" von der Besteuerung ausgenommen hat, weil er ohnehin schon wenig verdient: Er bekommt für seine 10 DM statt bisher 10 Flaschen nur noch 7, muß ebenfalls auf 1/3 seines Konsums verzichten. Gleiches gilt für die Angestellten und den Inhaber. Die Gesamtsteuersumme von 1.300 DM haben alle 121 Beteiligten völlig gleichmäßig aufgebracht.

Der Verteilungskampf:

Um die Steuergesamzsumme von 1.300 DM beginnt nun der Verteilungskampf: Wer was davon abbekommt, was damit gemacht wird. Doch vor allem Verteilungskampf gewinnt unfehlbar eine Gruppe: Nämlich diejenigen, die mit der Erhebung und Verwaltung der Steuern "ihr" Geld verdienen - Steuergeld.

Im vorliegenden Modell können mit den 1.300 DM nur zwei Dinge getan werden: Entweder werden die 867 Flaschen Bier, die die 121 Personen nicht mehr mit ihrem Gehalt kaufen können, gemeinsam gekauft und konsumiert oder sie werden gekauft und verteilt. Würde etwas anderes mit dem Geld angestellt, würden nicht alle Flaschen Bier verkauft, die Einnahmen würden die Lohnkosten nicht mehr decken und der Betrieb würde entweder Bakrott machen, oder lohnkürzungen bzw. Entlassungen vornehmen. (Es ist auch klar, daß es in solch einem Fall nicht den Inhaber trifft, sondern die Schwächsten im Bund: die hilfsarbeiter und vielleicht einige Arbeiter.) Wenn die Flaschen gemeinsam konsumiert werden, haben alle, jeder Hilfsarbeiter ebenso wie der Inhaber, den gleichen prozentualen Anteil von ihrem jeweiligen Konsum dazu beigetragen. Besteuert wird also der individuelle Konsum zugunsten des gemeinsamen Konsums und zwar linear, keineswegs progressiv, wie das Steuersystem 1 behauptet. Gegenüber dem System 2 gäbe es keinen Unterschied. Übertragen auf die Wirtschaft im Ganzen bedeutet das: Alle gemeinsamen Ausgaben, seien es Straßenbau, Sozialhilfen oder Theatersubventionen, werden von allen Mitgliedern der Gemeinschaft prozentual gleich in Form von Konsumverzicht bezahlt. Das ist ein interessantes, für die staatliche Sozialpolitik schon mal bedenkenswertes Ergebnis.



Nun die andere Möglichkeit. Die Steuer wird als direkte Umverteilungssteuer benutzt, bestimmten Personengruppen werden Flaschen Bier zugeschanzt. Das hat keine andere Wirkung als direkte Lohnerhöhungen. Lohnerhöhungen hätten den Vorteil, daß sie keinen bürokratischen Apparat kosteten, den alle gleichmäßig bezahlen müssen. Einen vollkommenen Ausgleich gäbe es, wenn die Arbeiter und Hilfsarbeiter auf 21 DM Stundenlohn streiken würden - das entspricht genau dem Durchschnittsstundenlohn. Würde dann der Inhaber die Mehrkosten auf den Preis schlagen, könnten nicht mehr alle produzierten Flaschen verkauft werden. Die Arbeiter und Hilfsarbeiter, schon im Streik solidarisch, könnten solidarisch Entlassungen und Lohnkürzungen verweigern; dann muß der Inhaber entweder der Forderung "Gleicher Lohn für alle" nachgeben oder den Betrieb schließen, den die verbleibenden Mitarbeiter solidarisch weiterführen könnten.

SOLIDARITÄT ist das Stichwort: Es gibt nur solidarische Steuern, ob nun zwangsweise erhoben werden oder nicht. Gemeinsame Aufgaben können nur alle gemeinsam mit Konsumverzicht bezahlen. Ein sozialer Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen kann nur durch direkte Maßnahmen in der Lohnstruktur erreicht werden: Entweder freiwilliger Verzicht der Höherverdienenden zugunsten der Wenigerverdienenden oder in Solidarität ausgeübter Zwang gegenüber den Mehrverdienenden.(Sind

die Arbeiter nicht solidarisch mit den Hilfsarbeitern und streiken sie nur für mehr eigenen Lohn, müßten die Hilfsarbeiter deren Lohnerhöhung ebenso mitfinanzieren wie der Inhaber. Die soziale Kluft würde also größer.)



Aber unser Modell ist noch zu optimistisch, was die soziale Seite der Besteuerung angeht. Da wir annehmen, daß der Inhaber sich einen Stundenlohn von 100 DM auszahlt, müssen wir davon ausgehen, daß die Arbeiter und Hilfsarbeiter sich in ihrer Stärke, gemeinsamen Lohn für alle zu fordern und durchzusetzen, nicht bewußt sind. Der Inhaber hat die sozial stärkste Position inne. Deswegen wird er als erster die Erhöhung seines Gehalts entsprechend der Besteuerung durchsetzen können. Das heißt, er läßt "seine" Steuern von allen anderen gleichmäßig bezahlen; diese müssen dann zusätzlich zu den eigenen(nicht ausgeglichenen) Steuern die des Bosses bezahlen. Kein sehr soziales Verfahren! Solange bis die übrigen Mitarbeiter davon Wind bekommen, hat der Boss seinen Vorteil von der Regelung: Er partizipiert an den Vorteilen der Besteuerung(jedenfalls wenn gemeinsame Aufgaben mit den Steuereinnahmen bewältigt werden), ohne viel oder überhaupt etwas dafür zu bezahlen. Auch so vergrößert sich die soziale Kluft, anstatt daß sie geringer wird. Ein weiterer Faktor begünstigt den Boss(und in geringerem Maße die Angestellten). Nämlich daß die Lohnsteuer in eine Konsumsteuer umgewandelt wird. Da der Inhaber jedoch nicht all sein Geld in Konsum umsetzen wird, sondern z.B. sparen oder investieren kann, bezahlt er effektiv weniger Steuern.(Um diese Aussage zu beweisen, ist das vorliegende Modell allerdings zu einfach.) Jedenfalls sieht die Wirklichkeit der Progressivsteuer nicht besser, sondern sicherlich schlechter aus, als im Modell angedeutet.

Um einen wenigstens vorläufigen Eindruck von der gegenüber dem Modell schlechteren Wirklichkeit der als Umverteilungssteuer eingesetzten progressiven Besteuerung zu geben, paraphrasiere ich einige Ergebnisse aus der Untersuchung des schwarzen Ökonomen Thomas Sowell ("Race and Economics",Longman 1977,S.195-200; eine deutsche Untersuchung ähnlicher Art ist mir nicht bekannt.)

Ein genaues Bild von dem Maß, in welchem bestimmte soziale Gruppen von staatlichen Zuwendungen partizipieren, könnte nur entstehen, indem die gezahlten Steuern den erhaltenen Vergünstigungen gegenübergestellt werden. Für eine solche Gegenüberstellung fehlen die Zahlen. Dennoch hat Sowell Anhaltspunkte, daß (1) es unwahrscheinlich ist, daß wenig Verdienende überhaupt mehr bekommen als ihnen weggesteuert wurde und (2) viel Verdienende im Ganzen ein Vielfaches an Zuwendungen erhalten als wenig Verdienende. Die wichtigsten Punkte sind:

(a) Während für gut Verdienende die Steuerprogression oft gar nicht greift, weil ihr Geld nach geringeren Steuersätzen (Kapitalsteuer usw) besteuert wird oder weil ein Teil ihrer Ausgaben(etwa Hauskauf oder -bau) ihnen Steuervorteile beschert, sind die scheinbar für alle gleichen Steuern(z.B. die Mehrwertsteuer) tatsächlich regressiv, d.h. sie nehmen größere Anteile von kleinen Einkommen als von großen Einkommen; die Mehrwertsteuer belegt etwa nur den Anteil mit Steuern, der ausgegben wird, und der ist bei kleinen Einkommen größer als bei großen Einkommen. Konkret sieht das so aus: Diejenigen, die weniger als 2000 Dollar pro Monat verdienen, zahlen insgesamt 44% ihres Einkommens als Steuern, während diejenigen, die mehr verdienen, zwischen einem Viertel und einem Drittel ihres Einkommens als Steuern abführen müssen.

(b) Viele Staatsausgaben haben nicht den Charakter von Zuwendungen für eine bestimmte soziale Gruppe wirken sich aber so aus. Straßen, Bildungseinrichtungen, Post usw werden von allen finanziert, jedoch überdurchschnittlich und teilweise sogar von den besser Verdienenden in Anspruch genommen. Der schlecht Verdienende, der kein Auto hat, keine lange Schulausbildung, geschweige denn Universitätsstudium, kein Telefon, kein Fernsehen und der wenig oder gar keine Post schreibt und bekommt, subventioniert mit seinen Steuern diejenigen, die "Arbeitsplätze sichern" sollen (Werften,Stahlindustrie usw), kommen überproportional dem Management, den Angestellten und den Aktienbesitzern gegenüber den Arbeitern zugute.



(c) Nach den offiziellen Angaben der US-Regierung könnten mit ungefähr elf Milliarden Dollar alle Armen Nordamerikas über die (offiziell definierte) Armutsgrenze gehoben werden, während tatsächlich 30 Milliarden Dollar für Programme zur Bekämpfung der Armut ausgegeben werden und gleichzeitig mehr als fünf Millionen amerikanische Familien anerkannterweise in Armut leben. Das bedeutet, daß mehr als 2/3 des Geldes, das "umverteilt" werden soll, der Mittel-und Oberschicht zukommt, die unvermeidlicher Weise das Personal für die Durchführung der Programme stellt.

(d) Einige Programme zur Bekämpfung der Armut haben noch stärker die Tendenz, die Mittelschicht zu begünstigen. Etwa endet eine "Slum-Sanierung" meist damit, daß das sanierte Gebiet für schlecht Verdienende zu teuer wird - sie ziehen freiwillig weg oder werden gar zum Umzug gezwungen -, während in die neu errichteten Häuser, die dem staatlichen "Standard" entsprechen, Mittelschicht-Familien einziehen. Der Wohn-Standard der Unterschicht-Familien wurde nicht gehoben; aber sie haben objektiv die neuen Wohnungen mitfinanziert.

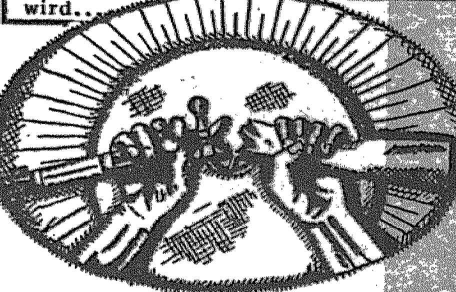
SCHLUßFOLGERUNGEN:

Die Ergebnisse meiner Überlegungen sind politisch nicht ganz eindeutig. Eine etatistische Schlußfolgerung, die von Staatssozialisten oft gezogen wird, ist: Die Progressivsteuer muß durch Lohn-und Preiskontrollen ergänzt werden. In der Tat wäre das in unserem Modell möglich. Darum ist hier nicht der Platz, die schädlichen Folgen eines solchen Vorgehens ebenso wie die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns aufzuzeigen. Die freiheitliche Möglichkeit ist in diesem Modell jedenfalls eine ebenbürtige Alternative: Die Solidarität (freie Vereinbarung, gegenseitige Hilfe) sich Bahn brechen zu lassen. Und warum sollten wir bei einer derartigen Lage eine freiheitsfeindliche Lösung wählen!

Auf jeden Fall widerlegt sind solche "realistischen" Sozialpolitiker, die mit der Steuerschraube meinen, die sozialen Lasten "gerecht verteilen" zu können. Nichteinmal der Einsatz der Steuern als Instrument der Umverteilung ist besonders effektiv. Wirklich verdienen tut nur eine Gruppe Menschen an Steuern: Die, deren Gehalt aus Steuermitteln bezahlt wird...



Antikriegshaus:



Der lange Marsch: Chronik des Antikriegshauses Sievershausen

9. Juli 1553: In der Nähe von Sievershausen liefern sich die Heere des Kurfürsten Moritz von Sachsen und des Markgrafen Albrecht von Brandenburg die blutigste Schlacht, die je auf niedersächsischem Boden stattfand: 4000 Tote.

1610: Der damalige Ortspfarrer der Kirchengemeinde finanziert das Gemälde „Schlachtung für Sievershausen" eines holländischen Wandermalers.

1853: Im nationalen Rausch wird ein Gedenkstein für Moritz von Sachsen nach Sievershausen geschleppt.

1923-1933: In diesen Jahren hat es unter der Leitung von Ernst Friedrich (Antifaschist, Antimilitarist, Anarchist) in Berlin ein Antikriegsmuseum gegeben.

1933: Das Anti-Kriegsmuseum wird von den Nazis zerstört, zum Kriegsmuseum und zur SA-Kaserne gemacht. Ernst Friedrich kann nach erlittener „Schutzhaft" ins Ausland fliehen.

1953: Zur 400-Jahr-„Feier" der Schlacht bei Sievershausen wird in der Kirche ein Zinnfigurenpanorama aufgestellt.

1966: Pastor Klaus Rauterberg, schon seit Jahren engagierter Friedensarbeiter, übernimmt die kleine Gemeinde in Sievershausen.

1967: In Zusammenarbeit mit Gruppen des Christlichen Friedensdienstes wird nach und nach ein Teil der alten Pfarrscheune zu einem kleinen Seminarhaus („Friedenswerkstatt") ausgebaut.

April 1978: Von Sievershausen aus fährt eine Gruppe der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste nach Israel. Durch einen Bombenanschlag werden zwei Mitglieder dieser Gruppe getötet.

9. Juli 1978: Zum 425. Jahrestag der „Schlachtung für Sievershausen" findet eine Großveranstaltung des Heimatbundes statt, bei der Kriegspropaganda und Friedensarbeit nebeneinander dargestellt werden.

November 1978: Der Kirchenvorstand, bestürzt über die Art der Gedenkfeier, beschließt, eine Dokumentationsstätte zu Kriegsgeschehen und über Friedensarbeit zu betreiben.

Januar 1979: Ein Landwirt der Gemeinde schenkt der Kirchengemeinde ein altes Fachwerkhaus von 1707. Zur Nutzung als Dokumentationsstätte muß das Haus auf das Kirchengelände umgesetzt werden.

1. September 1979: 40 Jahre nach Beginn des 2. Weltkrieges wird der Grundstein für das Antikriegshaus gelegt.

8. November 1981: Teileinweihung der Dokumentationsstätte/-Friedenswoche.

November 1981: Die Landessynode verhandelt das erste Mal über einen beantragten Zuschuß von 200000 Mark an die Dokumentationsstätte. Sie verweist die Entscheidung an den Landessynodalausschuß...

2. Mai 1982: In der Stresemannstraße 27 in Berlin-Kreuzberg wird ein Anti-Kriegs-Museum eröffnet. Initiator ist Tommy Spree, ein Enkel von Ernst Friedrich.

Juni 1982: Der Trägerverein bekommt ein kleines Haus geschenkt, das als Mitarbeiterhaus/-Lager genutzt werden könnte.

7. November 1982: Friedensfeier in der Dokumentationsstätte zum Beginn der bundesweiten Friedenswoche. Das Erdgeschoß wird der Benutzung für Treffen von Friedensgruppen übergeben.

GEGENBUCHMESSE 82

Zum 2. Mal bei der ASH(Arbeiterselbsthilfe) in Frankfurt-Oberursel und zum zweiten Mal typisch links-alternativ, zwischen Automassen und matschigen Wegen, im Schlamm erstickt. Die Messe ufert aus, d. h. es werden mehr und mehr Verlage, Initiativen und diesmal kamen noch selbstverwaltete (und andere) Projekte dazu. Insgesamt scheint das alles nicht mehr organisierbar. Die AGAV (Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage), die die bisherigen Gegenbuchmessen ausgerichtet hatte, war nach dem Rücktritt ihres Vorsitzenden nicht mehr arbeitsfähig,- typisch für hierarchisierte Vereinsmeierei könnte man zynisch bemerken, wenn es nicht gleich zur Selbstkritik umschlagen würde: Die meisten Verlage auch die linken und anarchistischen, benutzen diese Gegenmesse, tun aber nichts dafür, daß sie auch organisatorisch bewältigt werden kann bzw. überhaupt stattfindet. Klar beschränkt sich die Mitorganisation für viele aus finanziellen Gründen (Fahrtkosten etc.), aber es sollte zumindest den linken Verlagen klar sein, daß partikularische Verlagsarbeit, materielles Denken und nur auf sich selbst bezogene Professionalisierungswünsche nicht alles sind. Wenn die Gegenbuchmesse ihren Sinn behalten soll, der etablierten Kultur den alternativen Spiegel vorzuhalten sowie Gegeninformation zu bieten, sind die Verlage aufgefordert, ihr Forum selbst zu organisieren; dasselbe gilt für die Projekte, wobei eine räumliche Trennung aus Organisationsgründen angeraten wäre; z.B. Projektmesse 83 selbstorganisiert in der ASH, Gegenbuchmesse selbstorganisiert in der Frankfurter Brotfabrik Hausen;- fände beides gleichzeitig statt, wäre Besuchern die Möglichkeit gegeben sich alles anzusehen, beide Plätze würden aber nicht unter dem Massenandrang regelmäßig zusammenbrechen und die Veranstalter und Ausrichter müßten nicht mit fast unkalkulierbaren Risikokosten arbeiten.

Zum Schluß noch etwas zu den Anarchoverlagen: 1978-1980 waren noch die meisten mit Ständen vertreten, so daß es im Rahmen der Gegenbuchmesse auch zu speziellen Anarchoverlagstreffen kommen konnte. Gemeinsame Verlagsverzeichnisse, Rundbriefe, Absprachen etc. waren immerhin geplant, wenn sie auch nur teilweise ausgeführt wurden. Durch das zunehmende Fernbleiben oder das Vorziehen der Hauptmesse fehlt inzwischen die Kommunikation fast völlig. Es mögen unterschiedlichste Gründe sein, die die einzelnen Verlage davon abhalten zu kommen, - politisch wäre es zu fordern: sowohl für die Anarchobewegung wie die politische (im GGS zur bhagwanesischen) Zukunft der Gegenbuchmesse. Die SF-Redaktion ist jedenfalls an einer solchen Entwicklung sehr interessiert, zumal der SF als überregionale anarchistische Vierteljahresschrift auf der Gegenbuchmesse 1979 konzipiert wurde.

von Wolfgang Haug



MÄRCHEN AUS DER SPAßGERILJA

v.Robert Jarowoy/Fritz Teufel
Verlag Libertäre Assoziation, Ottenser Hauptstr.35, 2 Hamburg-50; 10.- DM

In der 4.Auflage wieder greifbar; Märchenhelden und Feen "wie ich und du". Wer sie als Zeichnungen sehen will, findet dies in Peter Reichelt/Robert Jarowoy "DER WILDE WESTEN WIE ER WIRKLICH WAR"; 6.80 DM beim: TROTZDEM-VERLAG, Obere Weibermarktstr.3, 7410 Reutlingen

"SICH FÜGEN HEIßT LÜGEN". Dokumente der Freiheit und des Widerstandes. (Hrg.Sven Stein); 175 S., 18 DM; AHDE-Verlag, PF 129, 1000 Berlin 61.

Das Buch enthält Texte von Lao-Tse, über die amerikanische Unabhängigkeitserklärung bis hin zum Flugblatt aus der CSSR vom 29.8.1968.

ARBEITSRECHT FÜR JOBBER

v. "Rivolta e Liberta"
über Karlsruher Stadtzeitung, PF 3644, 75 Karlsruhe

Alles wichtige über Arbeitsverträge, Tarifverträge, Ansprüche, Krankfeiern, Kündigung Arbeitsgerichtsverfahren etc. Motto: "Ich sage dir, man trägt wieder Mensch."



RUDOLF ROCKER

·Leben und Werk·

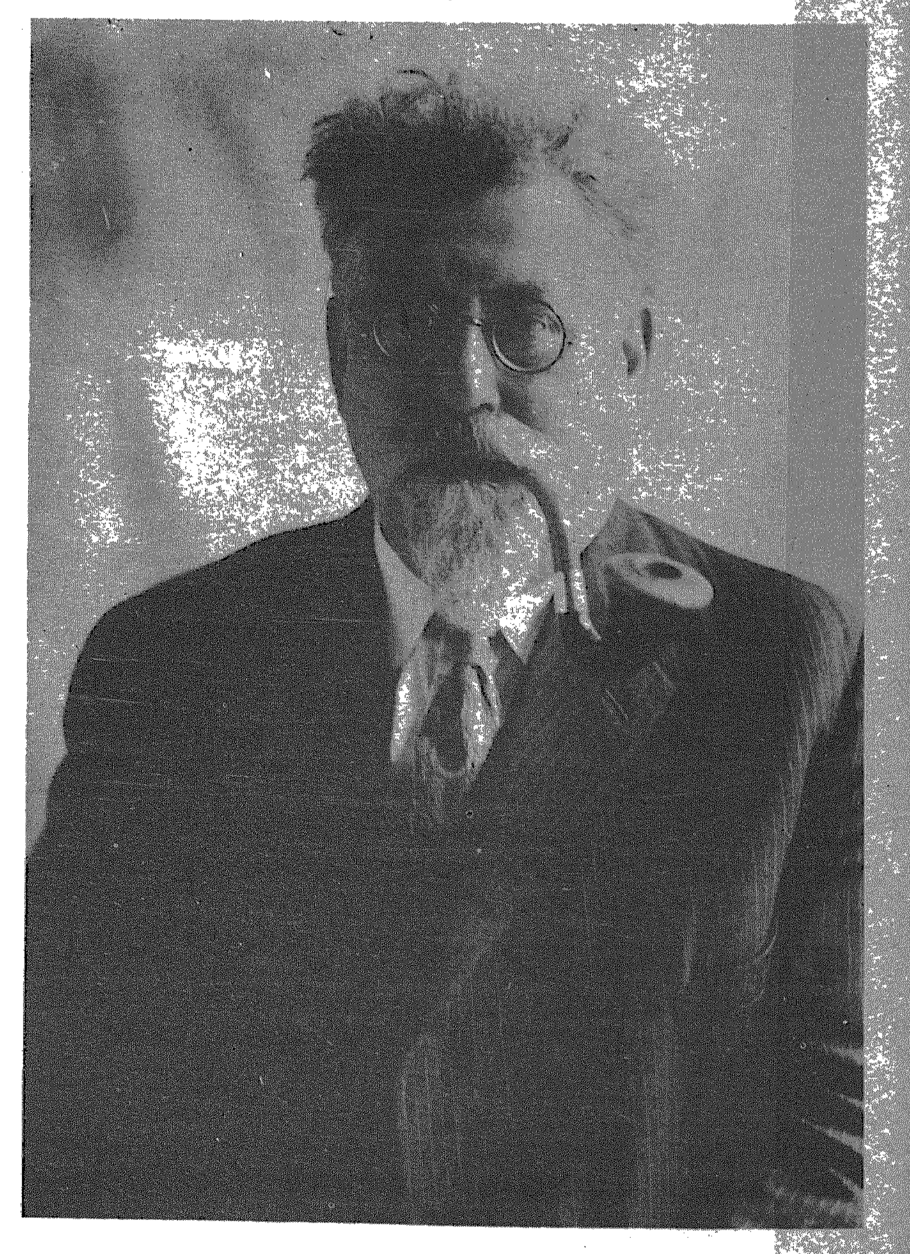
Buchbesprechung
von Horst Blume

Die Beschäftigung mit historischen Themen angesichts der vielfältigen Bedrohungen unserer Lebensgrundlagen halte ich gerade bei den in dieser Hinsicht besonders vorbelasteten Anarchisten für besonders problematich, da sie allzuoft zur Abwendung von Gegenwartsfragen führt und ihre Unfähigkeit verstärkt, in den heute stattfindenden Auseinandersetzungen konstruktive freiheitliche Perspektiven aufzuzueigen.

Bei der Biographie Rudolf Rockers von Peter Wienand habe ich allerdings diese Befürchtung nicht. Zum Einen gibt Wienand dem Leser einen hervorragend kommentierten Abriss der Weltpolitik der letzten 100 Jahre aus anarchistischer Sicht, den man woanders selten in dieser Klarheit und Genauigkeit findet. Zum Anderen gestattet die Biographie einen bisher in diesem Umfang unbekannt gebliebenen Blick hinter die Kulissen der so kleinen Welt der Anarchisten mit ihren grassierenden persönlichen Anlimositäten und ihrem Sektierertum. Für die Glanzpunkte anarchistischer Aktivitäten - die es genauso gab - benennt Wienand die Voraussetzungen die zu ihnen geführt haben und dies macht das Buch für die Zukunft so lesenswert.

Der Biograph verschweigt seine wohlwollende Haltung gegenüber Rocker nicht. Beim Lesen bekommt man fast den Eindruck, daß er wie ein unsichtbarer Begleiter in die Haut von Rocker geschlüpft ist, um bei schwierigen Situationen die bestehenden Vor- und Nachteile einer bestimmten Handlungsweise wie im Zwiegespräch gegeneinander abzuwägen.

Rudolf Rocker wurde 1873 geboren und verbrachte seine Jugend in dem damals recht weltoffenen und liberalen Mainz. Innerhalb der SPD gehörte er der Opposition der "Jungen" an, bis er 1890 nach schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen ausgeschlossen wurde. Schon während dieser Zeit mit anarchistischen Gedankengängen vertraut geworden, entfaltete er in Mainz eine rege Propagandatätigkeit in deren Folge er sich 1892 nach Paris absetzen mußte. Nach der Ausweisung aus Frankreich 1895 ging er nach England, was für 23 Jahre seine Heimat werden sollte. Dieser von der anarchistischen Geschichtsschreibung wenig beachtete Lebensabschnitt erfährt von Peter Wienand eine ausführliche Würdigung. Rockers hervorragende Rolle als geistiger Vater des deutschen Anarchosyndikalismus nach dem 1. Weltkrieg hätte er gewiß nicht ohne seine Londoner Erfahrungen spielen können. Nicht nur seine langjährige Freundschaft mit Kropotkin prägte seine Anschauungen, sondern auch seine en-



Rudolf Rocker

gen Verbindungen zu den jüdischen Emigranten aus Osteuropa machten ihn mit den sozialistischen Bewegungen in aller Welt bekannt.

Kurz vor Beginn des 1. Weltkrieges lebten nahezu 200.000 Juden in London und zwar größtenteils im East End. Den Zustrom der jüdischen Handwerker, Händler und Wirte aus Rußland führt Wienand in der Hauptsache auf 2 Faktoren zurück:

** "Mit dem Bau von Eisenbahnen und Straßen verloren sie ihre klassische ökonomische Funktion in der bis dato noch weitgehend ständischen Gesellschaft; sie waren nun nicht mehr für den Austausch und die Verteilung von Agrar- und Konsumgütern wirklich nötig." (S.175)

** "Die jüdische Bevölkerung Rußlands stieg von 1800 bis 1897 von rd. 1.000.000 Köpfen auf etwa das fünffache, und damit mußten sich immer mehr Menschen die wenigen für Juden offenen Berufssparten teilen." (S. 176)

Wienand zeigt in seiner ausführlichen Schilerung des jüdischen Emigrantenmillieus, wie die vorindustrielle Lebensweise in den Ghettos einen guten Nährboden für die anarchistischen Vorstellungen von kleinen solidarischen Gemeinschaften darstellten und der ausschließlich am Industrieproletariat orientierte Marxismus nur geringe Anziehungskraft entwickeln konnte. Rudolf Rocker spielte in dieser Bewegung - obwohl er selber nicht Jude war - eine führende Rolle. Als brillianter Vortragsredner und Herausgeber der Zeitungen "Arbeiterstimme", "Germinal" und das freie Wort" hat er das kulturelle Bewußtsein, den moralischen Mut und die Kampfbereitschaft der jüdischen Bevölkerung gestärkt. Mit dem aufsehenerregenden Sympathiestreik der jüdischen Schneider für die englischen Kollegen wurde ein großer Durchbruch erreicht und der unablässige Organisator Rocker wurde, wie Wienand zitiert, als "Architekt des Sieges" gefeiert.

Als Rocker 1919 nach Deutschland einreisen darf, mischt er sich gleich an der entscheidenden Stelle in die politische Auseinandersetzung ein: Auf der "Reichskonferenz der deutschen Rüstungsarbeiter" hält er vor 300 Vertretern aller Rüstungsbetriebe die am meisten beachtete Rede "Die Waffen nieder! Die Hämmer nieder!", in der er die Verantwortlichkeit der Arbeiter für die Produkte, die sie herstellen, aufzeigt und sie auffordert, keine Waffen mehr zu produzieren. Wienand schreibt, daß diese Broschüre mit einer Auflage von über 100.000 Exemplaren die weiteste Verbreitung von allen Schriften Rockers gefunden hat. - Sogar die Zeitung "Antimilitarismus Information" hat es sich im Jahre 1975 nicht nehmen lassen, diese Rede auf 12 Seiten abzudrucken. Die von Rocker ebenfalls 1919 verfasste Prinzipienerklärung des Syndikalismus bildete die Arbeitsgrundlage der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD), an deren Entwicklung er regen Anteil hatte. Obwohl Rocker sich sehr um die Verschmelzung der anarchistischen Weltanschauung mit der praktischen Organisationsform des syndikalistischen Gewerkschaftskonzepts bemühte, wurde die FAUD nach einer kurzen Zeit des Aufschwungs immer bedeutungsloser. Einen wichtigen Grund für den Niedergang des Anarchismus sieht Wienand in Übereinstimmung mit Rocker in der lähmenden Selbstbeobachtung der Anhänger, die oft darin gipfelte, daß man mit Haken und Ösen gegeneinanderarbeitete - ein Zustand, an dem sich heute wenig geändert hat. Unerbittlich geißelte Rocker jenes esoterische Kränzchendasein, daß seine Erfüllung schon allein darin fand, denjenigen Genossen, die dem Anarchismus eine Zeitgemäße Form geben wollten, mit krankhaftem Mißtrauen zu begegnen. Die Anhänger der angeblichen Reinheit des anarchistischen Prinzips konnten mit der Skepsis Rockers an den "ewigen Wahrheiten" nicht viel anfangen, weil sie zu sehr an ihrem Selbstverständnis rüttelt, wenn er sagt: "Ich bin Anarchist, nicht weil ich an ein bestimmtes Endziel glaube, sondern gerade, weil ich nicht daran glaube, weil ich vielmehr der Überzeugung bin, daß nur die Freiheit zu immer weiteren Erkenntnissen und sozialen Lebensformen führen kann, währen jeder Absolutismus des Denkens nur neue Dogmen schafft und uns neue Ketten anlegt. Darin liegt die Ursache jeder Tyrannei." - Sein 1933 fertiggestelltes, aber erst 1949 in Deutschland gedrucktes Hauptwerk "Nationalismus und Kultur stellt eine umfassende Kritik des Staates und des auf ihn gründenden Nationalismus dar. In seiner 1947 geschriebenen Broschüre "Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeiten einer freiheitlichen Bewegung." ging Rocker auf die veränderte Situation Nachkriegsdeutschlands ein, indem er die Revision des alten anarchosyndikalistischen Konzeptes zugunsten einer konstruktiven Betätigung auf Gemeindeebene forderte. Dile hohen praktischen und theoretischen Anstrengungen zur Durchführung dieses Vorhabens konnten von der strengungen zur Duchführung dieses Vorhabens konnten von der durch den Faschismus stark dezimierten anarchistischen Anhängerschaft nicht geleistet werden. Erst heute ergreifen verschiedene Basisbewegungen wieder die Initiative im Sinne Rudolf Rockers "Betrachtungen...". Und wenn es uns wiederum schwerfällt unsere Vorstellungen in der passenden Art und Weise einzubringen, so kann das Studium dieser Biographie sicherlich nicht unwesentlich dazu beitragen, altbekannte Fehler zu erkennen und Abhilfe zu schaffen.

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde

Literarische Abende

Rudolf Rocker spricht:

1. Febr. „Michael Bakunin der Denker und Kämpfer"
8. Febr. „Peter Kropotkin u. d. Philosophie d. gegseit. Hilfe"
15. Febr. „Elisée Reclus, der Künder eines neuen Menschentums".

Beginn 8 Uhr in der Aula der Friedrich-Werderschen-Oberrealschule, Weinmeisterstr. 15 (Nähe Bhnhf. Börse)

Aus FANAL Nr.5, 1929

*** P. Wienand: Der 'geborene' Rebell, Rudolf Rocker; 479 Seiten, 49,80 DM. Karin Kramer Verlag, 1 Berlin 44, Postfach 106.

MÜHSAM-BRIEFBÄNDE

von Wolfgang Haug

Gerd W. Jungblut gab 1978 im Berliner Guhl-Verlag zwei Bände "Erich Mühsam. Briefe an Zeitgenossen" heraus und arbeitet zur Zeit noch an einem weit ausführlicheren Mühsam-Briefband, der 1983 im TOPOS-Verlag, FL-Vaduz erscheinen wird (eine Besprechung im SF ist vorgesehen!)

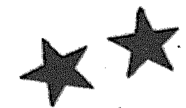
Bei den Recherchen im Amsterdamer "Instituut voor Sociale Geschiedenis" stieß Jungblut auch auf einen Mühsam-Brief an Carl Dopf, worin er die Gruppe um den PROLETARISCHEN ZEITGEIST (vgl. Otto Reimers Dokumentation im nächsten SF) verdächtigt, daß sie "von dunklen Kräften aus dem Hintergrund benutzt wird um Zwiespalt in die revolutionären Reihen des Proletariats zu bringen. Solche Mittel hat die politische Polizei früher oft angewendet ('DIE RACHE' z.B. war von Polizeigeld finanziert);..." Im weiteren Verlauf des Briefes wird allerdings deutlich, daß Mühsam keinen Beweis in Händen hielt und den Verdacht auch nicht öffentlich vertreten wollte.

Im gleichen Brief Mühsams (9.12.1927) geht es auch um eine zweite, ganz andere Auseinandersetzung zwischen Pierre Ramus (R.Großmann) und Oskar Kohl, die solange im SYNDIKALIST und FREIEN ARBEITER ausgetragen wurde, bis es den Zeitschriften zu schade war, ihren Platz mit dieser Sache zu vergeuden. Da P.Ramus jedoch in seiner eigenen Zeitschrift ERKENNTNIS UND BEFREIUNG fortfuhr, suchten seine Gegner andere Plattformen, so z.B. Mühsams FANAL. Mühsam lehnte in seinem Brief an Carl Dopf einen solchen Beitrag ab und ergänzte seine Anmerkungen zum PZ. Aus dem Jahr 1928 finden sich im Ramus-Nachlaß in Amsterdam auch Briefe von PZ-Mitarbeitern, die zu ihrer Sache Stellung nehmen (u.a.von Otto Reimers, Ernst Fiehring, Paul Kolbe...) Aus diesen Briefen wird klar, daß Mühsam wohl zu Unrecht einen gewissen Johann Elbert (auch:Joel) verdächtigte und ihn fälschlicherweise mit dem PZ in Zusammenhang brachte. Elbert saß mit Mühsam zusammen im Gefängnis Niederschönenfeld und die beiden verstanden sich offensichtlich nicht. Tatsache ist zunächst, daß Elbert nicht beim PZ mitarbeitete; daß er bezahlter Spitzel war, dürfte ebenfalls eher ein Schauermärchen sein. Der Kreis um den PZ sah die Feindschaft eher so: "Wir kannten Mühsam/Elbert. Der eine, ein Dichter, Schriftsteller,... ein bewußter Anarchist. Er mußte von seinen schriftstellerischen Arbeiten seinen Lebensunterhalt bestreiten. Der andere, ein "Überradikaler", ...der jegliche Intellektuellen ablehnte. Vor allem, wenn sie mit ihren Broschüren und Buchschreiben in der Bewegung verdienen. Daß diese sogenannten Intellektuellen meist mit ihrem Einkommen unter denen eines Arbeiters lagen, störte nicht." (Otto Reimers, Brief an Jungblut Jan.80)



Auf der Festung Niederschönenfeld mit Mitgefangenen, 1920

Dies also zur Vorgeschichte. Im Nov. 1982 verschickte Otto Reimers mit der Bitte um Veröffentlichung eine RICHTIGSTELLUNG an mehrere Genossenzeitschriften. Betroffen ist Jungbluts 1.Briefband genauer die Anmerkung 104/S.262 in der ein Reimers-Brief von 1928 als Beleg für den Spitzelvorwurf Pierre Ramus gegen Oskar Kohl zitiert wird. Es handelt sich um den oben erwähnten Brief, der sich nur auf den Vorwurf gegen den PZ bezog. Jungblut bestätigte, "daß in dem von Dir im Namen der Hamburger Genossen verfassten Brief an Ramus keine Beweise dafür enthalten sind, die die "Spitzel"-Titulierung rechtfertigen." Er stellte in Aussicht, daß er die Behauptung in der TOPOS-Neuerscheinung zurücknehmen wird und die fraglichen Briefe als Hintergrundsmaterial mitabdrucken lassen will. Da der TOPOS-Band allerdings 5 Jahre nach der wohl zu hastigen GUHL-Ausgabe erscheinen wird und zudem sehr viel teurer werden wird als der bereits vorliegende Briefband (der 2.Briefband bei GUHL enthält nämlich gar keine Briefe!), ist Ottos Zweifel ("nur wer liest schon diese in Aussicht gestellte Richtigstellung") wahrscheinlich berechtigt. Der SF entspricht daher der Bitte von Reimers, der zurecht seinen Namen nicht als Beleg für eine verleumderische Information verewigt sehen will.

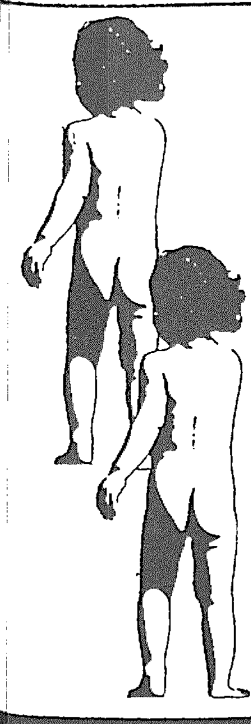


Die Flamme am Brennen halten

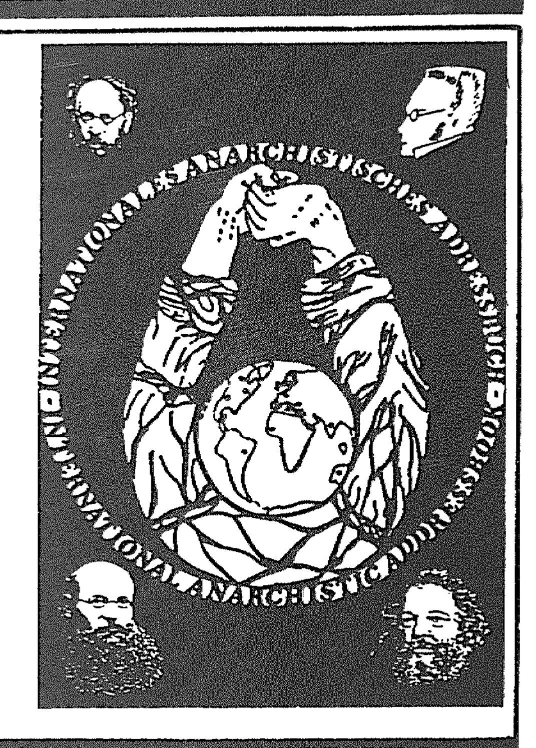
Beiträge von und über Karl Retzlaw; AK Karl Liebknecht, Eschersheimer Landstr. 455, 6 Frankfurt 50,(kostenlos).

Karl Retzlaw (1896-1979) beteiligte sich an der Novemberrevolution in Berlin, war Volkskommissar für Inneres und Ko-Polizeipräsident der Münchener Räteregierung (kommunistische zweite Phase) und stand später bis zu seinem Ausschluß aus der KPD (1933) der trotzkistischen Opposition nahe.

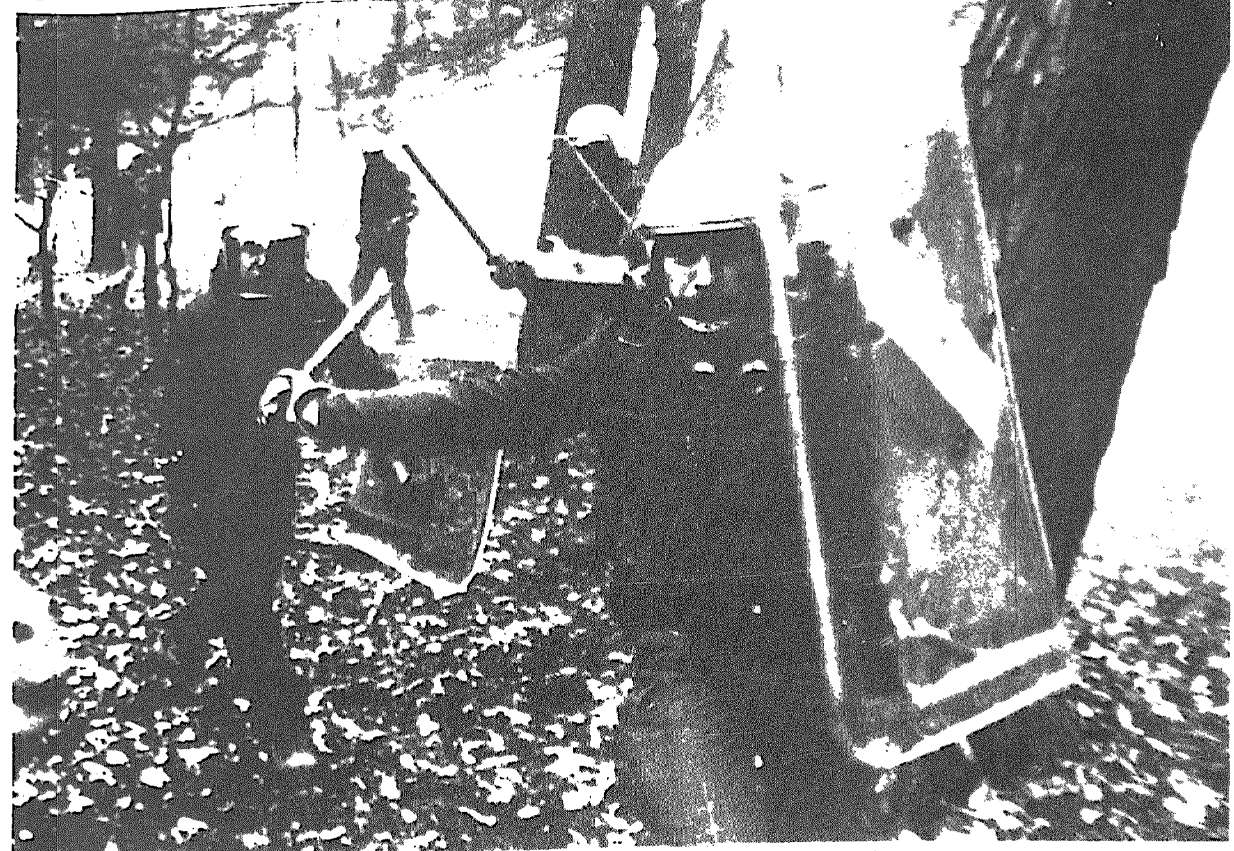
Das Buch, das von Peter Bernhardi und Karin Puck zusammengestellt wurde, enthält Beiträge von Retzlaw, die von Liebknecht bis Dutschke, von Erinnerungen an Ret Marut bis zu Fritz Teufels Briefen an Retzlaw reichen. Daß Retzlaw kein Parteibürokrat war, beweist sein Verständnis vom Job des Polizeipräsidenten: "... In einer Männer- und einer Frauenabteilung waren hier ungefähr 50 bis 60 Häftlinge untergebracht. Die Beamten erklärten, daß keine politischen darunter seien. Auf Befragung erwies sich das als richtig. Ich ging von Zelle zu Zelle und fragte sie einzeln nach den Gründen ihrer Inhaftierung. Es waren mehr oder minder die täglichen kleinen und großen Gaunereien, die in allen Polizeiberichten der Großstädte zu finden sind. Meine Zeit reichte nicht aus, das Gehörte zu überprüfen, so schickte ich alle nach Hause.(...) Zu den Schutzmaßnahmen gehörte es auch, die Akten des Polizeipräsidiums zu vernichten. (...) Menschenleben sind wichtiger als bedrucktes Papier."



WIENER ANARCHOS/AS haben ein internationales anarchistisches Adressbuch zusammengestellt, das zu größerer Kommunikation anregen soll; das Buch, enthält Selbstdarstellungen anarchistischer Gruppen, Initiativen, Projekte, Zeitschriften etc.. Auf 180 Seiten gibt es derzeit 460 Adressen aus 24 Ländern. Der SF hat einige Exemplare in den Vertrieb übernommen, so daß die Bücher gegen 18.-DM bei uns bestellt werden können. Massenbestellungen von Buchläden o. ähnlichen bitte direkt an:
Buchhandlung MONTE VERITA
Neustiftgasse 33
A - 1070 - Wien

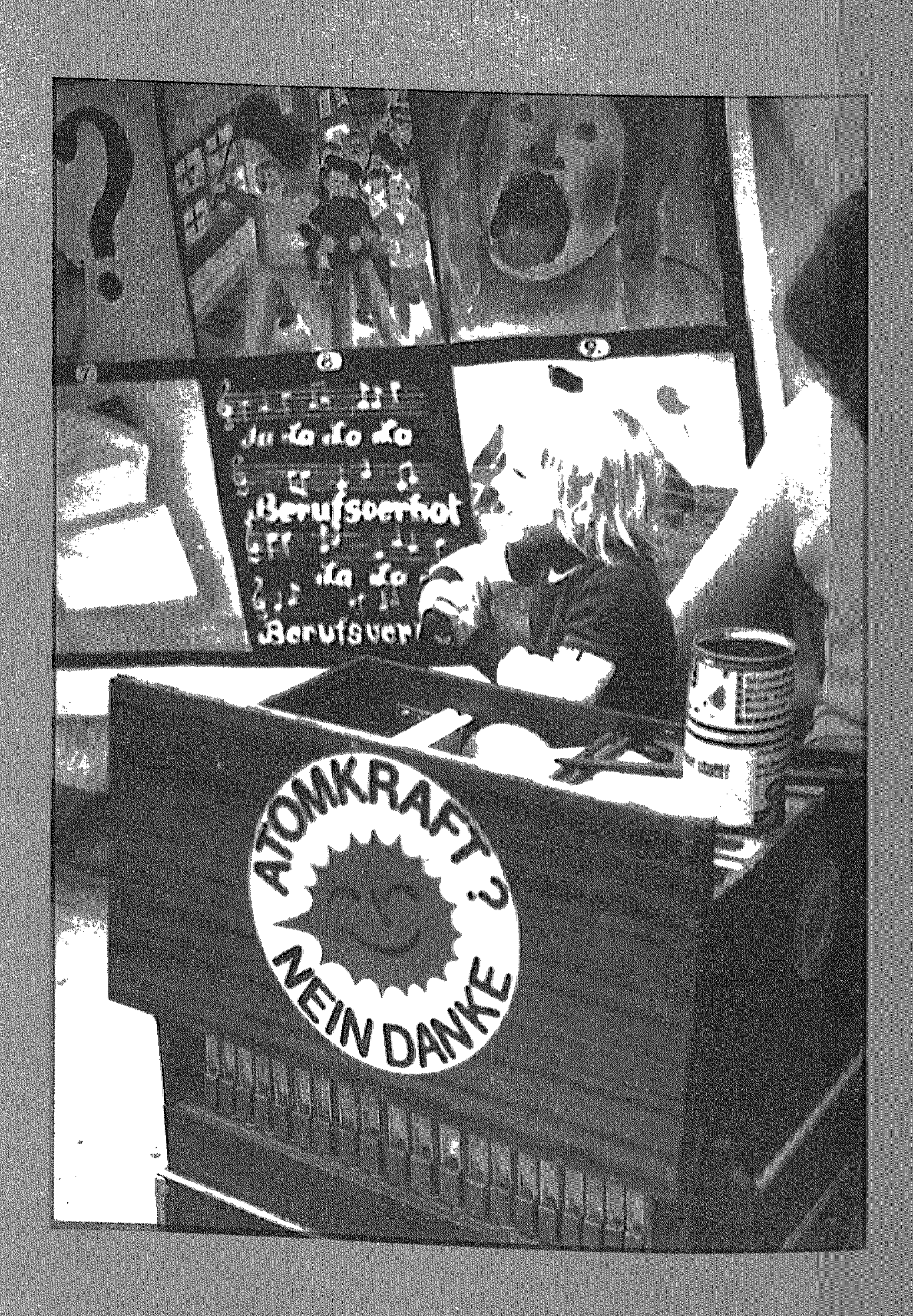


Montag, 2.November 1981: Gewaltsame Räumung des Hüttendorfs



Montag, der 2.11.81 war der Tag, an dem das Hüttendorf im Wald mit Polizeigewalt geräumt wurde. Grausame Szenen schildern später Augenzeugen und Betroffene. Eines der bekanntesten Opfer ist der Fotograf von Associated Press (AP) Rolf Böhm, der im Gegensatz zu den Startbahngegnern später durch die bundesdeutsche Presse geht. Er wurde zusammengeschlagen, als er schon am Boden lag. Wie er später weinend im Krankenwagen berichtete, wurden die jungen Demonstranten, die ihn aufgehoben hatten und ihm helfen wollten,gleich mit verprügelt.

POSTVERTRIEBSSTÜCK/GEBÜHR BEZAHLT/ABSENDER:SCHWARZER FADEN/OB.WEIBERMARKTSTR.3/7410 REUTLINGEN
W 3696 F



EIGENTUMSVORBEHALT:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine persönliche Aus händigung im Sinne dieses Vorbehalt. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden;